

seduta n. 116 del 15 aprile 1997

Vorsitz: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

(ore 10.18)

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten.
Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte um den Namensaufruf.

PRESIDENTE: Apro i lavori.
Procediamo all'appello nominale.

WILLEIT: (Segretario):(fa l'appello nominale)
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRÄSIDENT: Die Abgeordneten Ianieri, Di Puppò und Fedel haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

PRESIDENTE: Hanno giustificato la loro assenza per la seduta odierna i consiglieri Ianieri, Di Puppò e Fedel.

PRÄSIDENT: Ich bitte um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

PRESIDENTE: Prego di dare lettura del processo verbale della precedente seduta.

WILLEIT: (segretario):(legge il processo verbale)
(Sekretär):(verliest das Protokoll)

PRÄSIDENT: Sind Einwände zum Protokoll? Ich sehe keine, somit gilt es als genehmigt.

PRESIDENTE: Ci sono obiezioni al processo verbale? Nessuna. Il processo verbale risulta dunque approvato.

PRÄSIDENT: Ich bitte einen Moment um Aufmerksamkeit. Ich möchte auf der Tribüne unsere hohen Gäste begrüßen, die uns besucht haben, und zwar die Staatssekretärin Dr. Eva Hegyesi Orsós von Ungarn, die auch Präsidentin des „Office for National and Ethnic Minorities“ ist, einer Organisation, die vor 6 Jahren von der Regierung gegründet wurde. Sie ist die Verantwortliche für die Minderheitenpolitik der ungarischen Regierung und vermittelt zwischen der Regierung und den Referenten der einzelnen Minderheiten. Sie ist im Amt des Ministerpräsidenten tätig.

Begrüßen möchte ich auch ganz herzlich Frau Agnes Szauer. Sie ist die Referentin der Ungarndeutschen. Wir freuen uns über Ihren Besuch und sind geehrt, daß Sie unsere Region besuchen und daß Sie unsere Region und das Modell unserer Autonomie studieren, um Lösungen auch für Ihre Minderheiten in Ungarn zu finden. Der Regionalrat muß wissen, daß in Ungarn von den 10 Millionen Einwohnern eine ganze Million andere Sprachen sprechen und somit anderen Minderheiten angehören, daß aber viele Millionen Ungarn außerhalb der Landesgrenzen wohnen und daß aus dieser Sicht ein Minderheitenproblem besteht. Wir danken Ihnen für den Besuch und heißen Sie herzlich in Südtirol und im Trentino willkommen.

Wir kommen jetzt zu den Mitteilungen:

Am 24. März 1997 hat der Regionalausschuß den Gesetzentwurf Nr. 87: Finanzielle Maßnahmen zugunsten der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern von Trient und Bozen eingebracht.

Am 7. April 1997 haben die Regionalratsabgeordneten Boldrini, Divina und Tosadori den Beschlußantrag Nr. 164 mit dem Titel "Die Region Trentino-Südtirol muß von Anfang an Mitglied der Europäischen Währungsunion sein, auch wenn Italien nicht der Union beitrifft" eingebracht.

Am 7. April 1997 hat die Kanzlei des Landesgerichts von Rovereto dem Präsidium des Regionalrates mitgeteilt, daß in bezug auf 2 Verfahren, nämlich Nr. 24/95 R.G.N.R. und Nr. 85/95 R.G.GIP, die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Art. 16 des Regionalgesetzes vom 17.11.1988, Nr. 25 begründet ist.

Am 11. April 1997 haben die Abgeordneten Boldrini, Divina und Tosadori die nachstehend angeführten Beschlußanträge eingebracht:

den Beschlußantrag Nr. 165 mit dem Titel: Überarbeitung des Gesetzentwurfes der Regierung, mit welchem der Strom der Zuwanderer nach Padanien weitergeleitet und die Kosten den Gemeinden aufgebürdet werden sollen;

den Beschlußantrag Nr. 166: Illegale Einwanderer verursachen Probleme, Unbehagen und Gefahren für die öffentliche Gesundheit;

den Beschlußantrag Nr. 167: Albaner: die Gefahr ist der italienische Staat selbst;

den Beschlußantrag Nr. 168 betreffend Maßnahmen, damit die ungleiche steuerliche Behandlung in bezug auf verschiedene Formen des Vertriebs von Videokassetten beseitigt werde;

den Beschlußantrag Nr. 169 betreffend Gerechtigkeit für die Weinbauern des Trentino.

Es sind folgende Anfragen eingebracht worden:

die Anfrage Nr. 291, eingebracht von der Regionalratsabgeordneten Klotz, betreffend die Reisespesen der Regionalratsabgeordneten der Provinz Bozen im Jahre 1996;

die Anfrage Nr. 292, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Leitner und Tarfusser, betreffend die Erweiterungsarbeiten, welche die Brennerautobahn bei der Ein/Ausfahrt Brixen/Pustertal vornimmt;

die Anfrage Nr. 293, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten De Stefani, betreffend das Recht auf Information: Eine Tonzeitschrift für Taube;

die Anfrage Nr. 294, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Leitner und Tarfusser, betreffend die Leibrenten der Regionalratsabgeordneten;

die Anfrage Nr. 295, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend ein Dekret des Katasteramtes von Schlanders, welches lediglich in deutscher Sprache verfaßt worden ist;

die Anfrage Nr. 296, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend Entscheidungen des Regionalausschusses, für die Information über die institutionelle Tätigkeit den Dienst der Presse, der Nachrichtenagenturen und der Rundfunk- und Fernsehsender in Anspruch zu nehmen;

die Anfrage Nr. 297, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend Entscheidungen des Regionalrates, für die Information über die institutionelle Tätigkeit den Dienst der Presse, der Nachrichtenagenturen und der Rundfunk- und Fernsehsender in Anspruch zu nehmen;

die Anfrage Nr. 298, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, mit der um eine genauere Beantwortung der Anfrage Nr. 289 vom 14.03.1997 ersucht wird;

die Anfrage Nr. 299, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Divina, Boldrini und Tosadori, betreffend einen Galaabend, den der Regionalausschuß zugunsten der „Associazione Giuristi Italiani“ in Riva del Garda veranstaltet hat;

die Anfrage Nr. 300, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Divina, Boldrini und Tosadori, betreffend die Abwesenheiten des Personals im Grundbuch Bozen;

die Anfrage Nr. 301, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Divina, Boldrini und Tosadori, betreffend die Reisen, die der Präsident des Regionalausschusses mit dem Dienstfahrzeug gemacht hat;

die Anfrage Nr. 302, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Zendron und Kury, betreffend die Entscheidung des Regionalausschusses, Quoten der Autobahngesellschaft Serenissima zu erwerben;

die Anfrage Nr. 303, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Zendron und Kury, betreffend die Arbeiten zur Anbringung von Lärmschutzwänden entlang der Strecke der Brennerautobahn.

Es sind folgende Anfragen beantwortet worden:

die Anfrage Nr. 274, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Dalbosco, betreffend die Kosten, die für die Errichtung und Verwaltung von zwei getrennten autonomen Landesinstituten für Sozialfürsorge und -versicherung geplant sind und jene, die für die Errichtung eines einzigen Regionalinstitutes geplant werden (Gesetzentwurf Nr. 63/XI);

die Anfrage Nr. 284, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten De Stefani, betreffend das Recht auf Information: Steht dieses Recht nicht allen zu?;

die Anfrage Nr. 285, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend die vom Katasteramt von Bozen vorgenommene Eintragung einer Garage in Bozen/Gries;

die Anfrage Nr. 286, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter, betreffend die Neustrukturierung der Telecom in Trentino-Südtirol: Hat die Region dazu nichts zu sagen?;

die Anfrage Nr. 287, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Tosadori, Divina, Boldrini, betreffend das Interview der RAI mit dem geständigen Schuldigen Peter Paul Rainer;

die Anfrage Nr. 288, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Leitner und Tarfusser, betreffend die Außendienstvergütungen zugunsten der Bediensteten der Region;

die Anfrage Nr. 289, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend die Aufnahme von circa zehn Bediensteten von seiten der Brennerautobahn AG, ohne daß dabei die in den Mobilitätsverzeichnissen der betroffenen Gemeinden eingetragenen Personen berücksichtigt worden wären;

die Anfrage Nr. 290, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Ianieri, betreffend die mangelnde Auszahlung der Außendienstvergütungen an das nicht im Dirigentenrang eingestufte Personal der Region;

die Anfrage Nr. 291, eingebracht von der Regionalratsabgeordneten Klotz, betreffend die Reisespesen der Regionalratsabgeordneten der Provinz Bozen im Jahre 1996;

die Anfrage Nr. 294, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Leitner und Tarfusser, betreffend die Leibrenten der Regionalratsabgeordneten.

Der Text der Anfragen Nr. 274, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291 und 294 und die entsprechenden schriftlichen Antworten bilden integrierenden Teil des stenographischen Berichtes über diese Sitzung.

PRESIDENTE: Un attimo di attenzione. Vorrei salutare sulla tribuna gli illustri ospiti che hanno voluto onorarci della loro visita: si tratta della Segretario di Stato ungherese, dott.ssa Eva Hergyesi Orsós, che é anche Presidente dell'Ufficio per le minoranze nazionali ed etniche, un'organizzazione fondata 6 anni fa dal Governo ungherese. La sig.ra Orsós é la responsabile del Governo ungherese per la politica delle minoranze e conduce le trattative fra Governo e rappresentanti delle varie minoranze. Collabora inoltre direttamente con il Presidente dei Ministri.

Vorrei poi salutare la sig.ra Agnes Szauer, rappresentante della minoranza tedesca in Ungheria. Siamo molto lieti di questa loro visita nella nostra regione e del fatto che la nostra autonomia possa essere presa ad esempio nella ricerca di soluzioni concernenti le minoranze in Ungheria. E' necessario ricordare che in Ungheria un milione di persone - su un totale di 10 milioni di abitanti - parla un'altra lingua e pertanto fa parte di una minoranza e che inoltre milioni di ungheresi vivono al di fuori dei confini dell'Ungheria, costituendo quindi essi stessi una minoranza all'estero. Ringraziamo questa delegazione per la visita di cui ha voluto onorarci e Le diamo il benvenuto sia a nella Provincia di Bolzano che nella Provincia di Trento.

Passiamo ora alle comunicazioni:

...Seguono le comunicazioni del Presidente

PRÄSIDENT: Wir kommen jetzt zur Tagesordnung. Da haben der Reihe nach die Abgeordneten Denicolò, Grandi und dann Palermo das Wort verlangt.

Bitte, Abg. Denicolò.

PRESIDENTE: Passiamo ora all'ordine del giorno. Si sono iscritti a parlare vari consiglieri: prima il cons. Denicoló, poi il Presidente Grandi ed il cons. Palermo.

Prego, cons. Denicoló.

DENICOLO': Ich ersuche den Tagesordnungspunkt Nr. 1 zu vertagen, weil die Verhandlungen mit den Sozialpartnern noch im Gange sind.

(Chiedo che venga rinviato il punto n. 1 all'ordine del giorno in quanto sono in corso ancora trattative con le parti sociali.)

PRÄSIDENT: Ich muß den Abg. Morandini fragen. Er ist auch mit der Vertagung einverstanden und somit gilt Punkt Nr. 1 der Tagesordnung als vertagt.

Bitte, Präsident Grandi.

PRESIDENTE: Devo chiedere anche al cons. Morandini. Anche lui é d'accordo con il rinvio. Il punto n. 1 all'ordine del giorno é quindi rinviato.

Prego, Presidente Grandi.

GRANDI: Signor Presidente e signori colleghi, chiedo cortesemente la disponibilità ad anticipare la trattazione del punto n. 89 dell'ordine del giorno. Si tratta di un disegno di legge presentato dalla Giunta regionale e che ha come oggetto 'Modifica alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1', che è quella inerente l'ordinamento dei comuni della Regione del Trentino-Alto Adige. La ragione della richiesta di anticipo, sta nel fatto che, come ben si sa, la Regione è competente in materia di ordinamento, di conseguenza si pone la necessità di adottare questo provvedimento di legge per consentire poi alle Province, ma in modo particolare alla Provincia autonoma di Trento, di adottare il provvedimento proprio in materia di riforma istituzionale. Fino a che non è adottato però il nostro disegno di legge, la Provincia non può, per parte propria, legiferare. Per questa ragione mi permetto di chiedere l'anticipo della trattazione di questo provvedimento legislativo.

PRÄSIDENT: Ich muß jetzt auch den Abg. Zanoni, der in der Fraktionssprechersitzung nicht zu Wort gekommen ist, aber jetzt zu Wort kommen möchte, fragen, was er zu diesem Antrag sagt, weil die Punkte Nr. 89 und 90 gemeinsam zu behandeln sind.

Abg. Zanoni, ich bitte Sie dazu Stellung zu nehmen und holen Sie das nach, was in der Fraktionssprechersitzung leider nicht möglich war, weil die Sitzung abgeschlossen werden mußte.

PRESIDENTE: Vorrei ora chiedere al cons. Zanoni, che non ha avuto modo di intervenire in sede di collegio dei capigruppo, che cosa ne pensa di questa richiesta, in quanto i punti n. 89 e 90 avrebbero dovuto essere trattati congiuntamente.

Cons. Zanoni, La prego di voler prendere posizione al riguardo e di intervenire, in quanto ciò non Le è stato possibile in sede di collegio dei capigruppo, perché purtroppo la seduta volgeva al termine.

ZANONI: Presidente, la ringrazio. Avrei dovuto esprimere il mio parere in sede di Conferenza dei capigruppo, ma la gestione dei lavori nella Conferenza è sempre caotica. Abbiamo presentato come popolari il disegno di legge n. 74, che è al punto n. 90 dell'ordine del giorno, si dovrebbe parlare di discussione congiunta, ma, ahimè, l'ordine del giorno lo porta separato.

Siamo interessati all'argomento, debbo peraltro portare in quest'aula a conoscenza di quello che è accaduto in Commissione e lei sa, Presidente, l'approvazione del disegno di legge n. 86 e la bocciatura del n. 74 sono avvenute in situazioni, per quello che mi riguarda, nel non rispetto delle regole, questo è bene che i colleghi consiglieri lo sappiano, la Commissione che doveva trattare il disegno di legge è stata anticipata di un giorno e chi è stato avvisato è arrivato, fra i quali anche il sottoscritto, peraltro non essendo membro di Commissione, ma alla Commissione non era presente il numero legale, mezz'ora di attesa ha comportato poi l'allontanamento di molti membri e poi abbiamo saputo che il giorno dopo era stata respinta con votazione, non so di quale genere, il disegno di legge n. 74 e nella stessa sede, nello stesso tempo, approvato il n. 86. Allora è evidente che non abbiamo potuto in Commissione né presentare la legge, né discuterla, né, evidentemente, sapere quali erano gli orientamenti.

(Interruzione)

PRÄSIDENT: Adesso si tratta solo se anticipare o no, consigliere.

ZANONI: Dico che se anticipano l'86, è evidente che dobbiamo chiedere la trattazione, anche perché sono dieci mesi che aspettiamo di trattarlo, alla Giunta debbo fare degli appunti, in quanto su questo argomento non c'è stato nessun contatto con la Giunta regionale, per cui, che cosa volete...

(Interruzione)

PRÄSIDENT: Lei deve dire se è favorevole o no, consigliere.

ZANONI: Questa è una questione regolamentare, non è una questione mia, se si anticipa l'86, evidentemente va accorpato indipendentemente dalla mia volontà.

PRÄSIDENT: Abg. Zanoni, ich wollte Sie nur, nachdem Präsident Grandi als Einbringer des anderen Antrages die Vorverlegung beantragt hat, darauf aufmerksam machen, daß Ihr Antrag automatisch mit vorgezogen wird und ich habe Ihnen deshalb das Wort gegeben. Nur aus Respekt, damit Sie als Ersteinbringer wissen, was geschieht.

Wenn der Antrag des Präsidenten durchgeht, dann werden beide Punkte vorgezogen. Das ist vom Präsidium so festgelegt.

Bitte, Abg. Palermo, zur Tagesordnung.

PRESIDENTE: Cons. Zaroni, avendo il Presidente Grandi chiesto l'anticipazione, volevo farLe presente che automaticamente anche la Sua proposta viene anticipata. Per questo motivo Le avevo concesso la parola. Solo per rispetto, affinché come primo firmatario sapesse che cosa stava avvenendo. Se dovesse passare la richiesta del Presidente, allora verrebbero anticipati tutti e due i punti. Questo é stato deciso dalla Presidenza.

Prego, cons. Palermo, sull'ordine del giorno.

PALERMO: Presidente, nel breve intervento vorrei nella prima parte oppormi alla richiesta di anticipazione del Presidente della Giunta Grandi, nella seconda parte chiedere l'anticipazione della discussione del punto dell'ordine del giorno n. 82, cioè la Mozione 154. Sulla richiesta del Presidente della Giunta Grandi, intendo manifestare il mio aperto dissenso, in quanto dopo la rinuncia alla trattazione del primo punto all'ordine del giorno, seguendo i punti dell'ordine del giorno dovrebbe avvenire il confronto preliminare sul tema della riforma del sistema elettorale per il Consiglio regionale, ritengo che sia appena il caso di accennare e ricordare quanto già è stato più approfonditamente discusso in sede di Conferenza dei Capigruppo circa l'indifferibilità della discussione in aula di questo punto, che ha un senso solo e semplicemente se avviene questa discussione preventivamente e previamente da una parte alla discussione di quello che poi sarà il disegno di legge che la Giunta si accinge a presentare, ma anche sarà comunque utile a indirizzare tutti i consiglieri regionali che fanno parte della Commissione per il Regolamento a uniformare la propria condotta secondo i principi che potranno emergere in questo confronto preliminare sulla riforma del sistema elettorale anche nella discussione che nei prossimi giorni si terrà nella Commissione per il regolamento, perché è evidente che il regolamento non è qualcosa che si cambia in continuazione e che se dovessero emergere determinati orientamenti di modifica della legge elettorale in un senso piuttosto che in un altro di conseguenza anche modifiche regolamentari dovrebbero subire diversificazioni in un senso o in un altro.

Chiedo invece personalmente l'introduzione e come trattazione al primo punto dell'Ordine del giorno la Mozione n. 154, che è stata sottoscritta anche dai colleghi Morandini e Dalbosco e che riguarda nella sua parte motiva un'approvazione di un impegno che in particolare farà carico ai consiglieri regionali che la approveranno, di autosospendersi l'aumento dell'indennità e della diaria, che è in corso di approvazione in sede parlamentare, la necessità di trattare questo argomento preventivamente e immediatamente mi pare che sia di tutta evidenza, in quanto qualsiasi modifica legislativa o di mozioni successivamente all'applicazione dell'automatismo che dovrebbe da un momento all'altro essere applicato nei nostri confronti renderebbe evidentemente vana ed inapplicabile qualsiasi modifica della legge che contiene questi automatismi non sarebbe applicabile agli aumenti che invece già entrerebbero in vigore

medio tempore. Poiché questa mozione è stata presentata proprio per svolgere un'efficacia pro tempore e cioè fino al momento in cui non venga in qualche modo approvata una modifica alla legge sul trattamento economico dei consiglieri regionali, ritengo che per rispondere a questo problema la trattazione immediata di questa mozione nel testo emendato e che prevede come già fino adesso posso accennare un impegno che farà carico solo ed esclusivamente ai consiglieri che l'approveranno di chiedere l'autosospensione nella corresponsione di questo automatismo, chiedo che questa discussione venga anticipata al primo punto, in quanto solo una trattazione in questo momento avrebbe un senso e non successivamente.

PRÄSIDENT: Wir haben jetzt zwei Anträge. Ich möchte allerdings folgendes vorausschicken: Natürlich muß ich die Praxis verfolgen, die bisher geübt worden ist, daß derzeit Anträge zur Tagesordnung eingebracht werden können, auch weil das Reglement das ist, was es ist und leider Gottes ein Gummiband ist, das man dehnen kann, wie es gebraucht wird. Aber ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir uns eine Tagesordnung gegeben haben, diese Tagesordnung beschlossen haben und es für die Ordnung der Arbeiten sinnvoll wäre, wenn man diese Tagesordnung auch respektieren würde. Das möchte ich vorausschicken und ich würde damit auch als Präsident sagen, daß es schön wäre, wenn man den Verpflichtungen nachkommen würde, die auf der Tagesordnung stehen.

Bitte, Frau Abg. Klotz.

PRESIDENTE: Ci sono due proposte. Vorrei premettere che naturalmente io mi devo attenere alla prassi. Chiaramente possono essere presentati ordini del giorno, perché così lo prevede il Regolamento che diventa molto flessibile all'occorrenza. Ma vorrei anche far notare che ci siamo dati un ordine del giorno ben preciso, per cui sarebbe ragionevole per l'ordine dei lavori che esso venisse rispettato. Questo era quanto volevo premettere. Come Presidente vorrei anche aggiungere che sarebbe opportuno che si tenesse conto degli impegni assunti.

Prego, cons. Klotz.

KLOTZ: Zum Fortgang der Arbeiten, Herr Präsident. Ich kann vor allem nicht verstehen, weshalb die Regionalregierung, die ja das erste Interesse daran hatte, eine Prioritätenliste zusammenzustellen und sie hier abstimmen zu lassen, nun von diesem Konsens abgeht, den man gefunden hatte. Ich finde das von der Regionalregierung verantwortungslos, weil man damit wiederum von diesem einmal gefundenen Konsens abgeht. Ich denke, daß man dann mit den Arbeiten überhaupt nicht mehr weiterkommt, wenn man jetzt beginnt, von der anderen Liste wieder Dinge vorzuziehen und damit alles, was man an Konsens erreicht hat, in Frage stellt. Das zum einen.

Ich weiß, daß die Diskussion über die Vorziehung von Punkten und auch die Abstimmung immer zulässig ist. Ich möchte aber die Kolleginnen und Kollegen daran erinnern, daß hier auf der Tagesordnung für diese Session als Punkt 2 die Abhaltung einer Regionalratssitzung zum Thema der Reform des Wahlsystems des Regionalrats

aufscheint und gemäß Tagesordnung kommt jetzt dieser Punkt zur Behandlung, weil die Ergänzungsvorsorge/Sozialversicherungsmaßnahme nicht spruchreif ist. Ich ersuche alle dafür zu sorgen, daß endlich einmal etwas eingehalten wird. Außerdem wäre diese Regionalratssitzung zur Behandlung des Themas Reform des Wahlsystems auch aus praktischen Gründen sehr gut angesetzt, weil wir nur eineinhalb Tage Regionalratssitzung haben und die übrigen Tage ja für die Arbeiten in der Geschäftsordnungskommission vorgesehen sind. Es würde sich also regelrecht anbieten, auch zeitlich, daß man diesen Punkt 2 jetzt erledigt. Beginnen wir mit einem anderen Punkt, dann kommen wir möglicherweise nicht innerhalb morgen vormittag an ein Ende und dann ist das Ganze sowieso wieder in Frage gestellt.

Also bedarf es hier nur des Aufrufs an die Kolleginnen und Kollegen, daß sie hier Vernunft walten lassen und nicht damit einverstanden sind, daß man von dieser Prioritätenliste, mit der wir alle nach langem Ringen einverstanden gewesen sind, abgeht.

(Sull'ordine dei lavori, signor Presidente. Non riesco a capire perché la Giunta regionale, che per prima premeva affinché venisse redatta una lista di punti da trattare con priorità, ora si distanzi dal consenso raggiunto. Ritengo che ciò sia prova di mancanza di responsabilità, proprio perché in tal caso si rinuncia al consenso raggiunto su questi punti. Credo che non sia possibile procedere con i lavori prescindendo dalla lista dei punti da trattare con priorità e ripescando altri punti dall'ordine del giorno.

So che é sempre ammissibile una discussione sull'anticipazione dei punti e sulla votazione relativa. Ma vorrei ricordare ai colleghi e alle colleghe che al punto n. 2 dell'ordine del giorno di questa sessione era prevista una seduta dedicata al confronto preliminare sulla tema della riforma elettorale per il Consiglio regionale e quindi in base all'ordine del giorno ora dovrebbe essere trattato questo punto, visto che il primo punto relativo agli interventi di previdenza integrativa e di assicurazione sociale é stato rinviato. Vorrei che finalmente ci si attenesse agli accordi presi. Inoltre questa sessione del Consiglio regionale sarebbe molto conveniente per il confronto sulla riforma del sistema elettorale, proprio perché abbiamo solo un giorno e mezzo di seduta, visto che gli altri giorni sono stati riservati alla Commissione per il Regolamento interno. Considerando il tempo a disposizione, sarebbe quindi opportuno trattare oggi questo punto n. 2. Se iniziamo con un altro punto, domani a mezzogiorno non lo avremo ancora terminato e quindi saremo punto a capo.

Vorrei quindi appellarmi al buon senso dei colleghi e delle colleghe, affinché non ci si discosti dalla lista dei punti prioritari.)

PRÄSIDENT: Die nächste Rednerin ist die Abg. Zendron.

PRESIDENTE: Il prossimo oratore iscritto a parlare é la cons. Zendron.

ZENDRON: Presidente, la voglio invitare a rispettare qualche regola. Il minimo di regole che mi sembra sia necessario rispettare sono quelle che dovrebbero governare il Consiglio regionale e il comportamento della Presidenza, poiché mi pare di poter arguire dal comportamento della maggioranza che effettivamente non sa bene quello che vuole. Siamo stati costretti ad iniziare la trattazione nella scorsa sessione dei disegni di legge nn. 63 e 78, che sono adesso al punto n. 1, solo per questioni interne di equilibrio all'interno non della maggioranza, ma addirittura di uno dei partiti di maggioranza, che è il suo partito, Presidente, fra il resto e abbiamo iniziato una trattazione che sapevamo che avremmo poi fermato, solo perché sia al primo punto, mi sembra una cosa proprio vergognosa e che non sia il modo serio di condurre i lavori dell'aula.

Però le vorrei dire che almeno, come minimo, le chiedo di rispettare quell'ordine di precedenza che è stato dato da votazioni avvenute in Consiglio in seguito ad una discussione, cioè una Mozione e che sono i punti nn. 2 e 3. Non credo che possiamo continuamente ad ogni sessione fare una lunga ed inutile discussione in Conferenza dei Capigruppo, inutile perché l'abbiamo fatta e poi il Presidente ha detto: 'non c'è accordo, andiamo in aula e riprendiamo tutto daccapo', che è una cosa veramente scoraggiante e poi quando siamo in aula ogni volta riprendiamo e diciamo: 'anticipiamo questo' o 'anticipiamo quell'altro' senza mai che ci sia una conseguenza, perché qui abbiamo otto punti anticipati che non vengono trattati. Per cui a che cosa serve anticipare il punto? Devo dire che l'unico punto che mi sembrerebbe serio o onesto - anche se questa è una parola rara in quest'aula - anticipare sarebbe quello sulle indennità, perché sappiamo che se passa un certo termine quello è inutile trattarlo, infatti il Presidente nemmeno ascolta, perché evidentemente poco gli importa, però credo che come l'opinione pubblica ci pone questa questione, che sia una questione seria e quindi credo che questa sarebbe l'unica questione che ha effettivamente un'urgenza, tutto il resto urgenza non lo so, perché, ripeto, mi pare di poter capire che il Presidente Grandi chiede l'anticipazione, ne trattiamo un pezzo e poi magari lo lasciamo anche lì, come sta succedendo da un po' di tempo con diverse leggi.

Penso siamo arrivati ad un punto in cui il Consiglio regionale gira intorno a se stesso a tal punto da non riuscire nemmeno a rispettare i principi fondamentali, tra cui, ricordo, c'è anche quello, basilare per la democrazia, che non si vota due volte sulla stessa questione, mentre noi stiamo votando 3, 4, 5 volte per decidere se trattare o no un argomento e credo che dovremmo porci qualche problema, perché qui una parte dei consiglieri è non per fare una cosa o l'altra, ma semplicemente perché si arriva al punto in cui si decide di non fare più niente e io non sono d'accordo con questo e mi piacerebbe che il Presidente, almeno fino a quando è Presidente, si prendesse le sue responsabilità e governasse quest'aula in base alle regole che ci sono.

Grazie, signor Presidente, lei non mi ha ascoltato affatto, per cui non mi aspetto nemmeno una risposta da lei.

PRÄSIDENT: Bevor ich dem Abg. Taverna das Wort erteile, möchte ich ihn und seine Kollegen und auch den Abg. Boldrini und seine Kollegen einladen, darüber nachzudenken, ob es nicht sinnvoller wäre, die Fahnen, die sie aufgestellt bzw.

aufgehängt haben, nicht doch im Sinne einer vielleicht künftigen gemeinsamen Regelung zu entfernen. Ich möchte da keinen Fahnenstreit provozieren. Nur scheint es mir doch notwendig zu sein, darüber kurz vorher zu reden, weil wenn jeder ein Fähnchen aufstellt und möglicherweise jeder ein anderes, das ein bißchen komisch wirken könnte. Aber ich möchte da nicht einen Fahnenkrieg provozieren. Ich möchte eher einladen, daß wir bei der nächsten Fraktionssprechersitzung darüber reden und eine Regelung finden, die gemeinsam gut geht, damit es nicht einfach der Willkür der Einzelnen überlassen bleibt, wie und in welcher Form dieser Saal mit Fahnen geschmückt werden soll oder nicht. Ich würde also bitten, daß man im Sinne einer Kooperation und einer künftigen Absprache ob Ja oder Nein, ob alle Gruppen und in welcher Form darauf verzichten, die Fähnchen entfernt.

Jetzt gebe ich das Wort weiter an den Abg. Taverna.

PRESIDENTE: Prima di dare la parola al prossimo oratore, vorrei invitare il cons. Taverna e i suoi colleghi, nonché il cons. Boldrini e i suoi colleghi a riflettere se forse non sia più ragionevole togliere le bandierine che sono state esposte o attaccate, in attesa che venga predisposta una regolamentazione in merito. Non vorrei aprire una controversia sulle bandiere, ma mi sembra necessario parlarne, poiché sarebbe quantomeno singolare se ognuno esponesse la propria bandiera in quest'aula. Vorrei invitare i sigg. Consiglieri a discuterne nel corso della prossima seduta dei capigruppo, in modo che possa essere trovata una regolamentazione comune e che quindi non rientri nell'arbitrarietà del singolo decidere in quale modo e se la sala debba essere addobbata con delle bandiere. Chiederei dunque in questo senso un po' di collaborazione. In attesa che venga adottata una futura decisione in merito, che preveda o meno l'esposizione di bandiere e che decida quali gruppi ed in quale forma debbano rinunciarvi, pregherei di allontanare le bandierine.

Concedo ora la parola al cons. Taverna.

TAVERNA: Grazie, signor Presidente. Mi consenta prima di intervenire per il motivo per il quale mi sono iscritto a parlare, di svolgere una replica cortese per quanto riguarda l'invito che ha rivolto a me e ad altri, io rispondo per quanto riguarda la mia responsabilità e dico, signor Presidente che questa Assemblea è l'unica Assemblea d'Italia dove non è esposto né lo stendardo o il gonfalone della Regione né la bandiera nazionale. Sono reduce da un viaggio in Val d'Aosta, ho visitato il Consiglio regionale della Val d'Aosta ed ho visto che all'interno del Consiglio regionale c'è il gonfalone della Regione e la bandiera nazionale. Questo vale per la Sicilia, mi sono recato a Palermo ed è la stessa cosa, mi sono recato a Trieste ed ho trovato la stessa cosa, ho presentato, unitamente ai colleghi del gruppo consiliare, una mozione per quanto riguarda, oltre tutto in ricorrenza del bicentenario del tricolore, solennemente festeggiato dal Presidente della Repubblica, la necessità di esporre all'interno dell'aula la bandiera nazionale unitamente al gonfalone della Regione, mi sono permesso di supplire, non voglio, per l'amor di Dio, appropriarmi di niente, mi sono appropriato di quello che è già mio, vale a dire della bandiera nazionale, quindi, signor Presidente, io cortesemente

sono nella condizione di dover negare la mia disponibilità a togliere la bandiera nazionale in attesa che la Presidenza del Consiglio decida di far svolgere le sedute del Consiglio alla presenza della bandiera nazionale e del gonfalone della Regione.

Ciò detto, signor Presidente, la invito ad ascoltarmi, non per quanto riguarda la prima cosa, che ormai ho svolto e per la quale sono fermamente convinto a mantenere il mio atteggiamento, ma prendo la parola per quanto riguarda il Presidente della Giunta.

Prendo la parola per quanto riguarda la proposta del Presidente della Giunta...

(Interruzione)

PRÄSIDENT: Für die Ordnung im Saal ist der Präsident zuständig, Abg. Taverna, und ich habe Sie höflichst eingeladen, das Fähnchen zu entfernen. Nicht, weil ich etwas gegen Fahnen habe, sondern weil wir da auch einen Beschlußantrag vorliegen haben, der zu seiner Zeit auch behandelt werden wird, wo also der Regionalrat beschließen soll, ob wir die Fahne aushängen oder nicht. Aber daß da jeder sein Fähnchen auf seinem Platz aufhängt, das sehe ich nicht als notwendig. Deshalb bitte ich Sie noch einmal, es zu entfernen, ansonsten muß ich es entfernen lassen. Sie können nicht antworten, Sie lassen es trotzdem dort. Das geht so in dieser Form nicht. Wenn Sie es nicht selber entfernen, dann muß ich es leider entfernen lassen, Abg. Taverna. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis und auch der Abg. Boldrini stellvertretend für den Abg. Divina.

PRESIDENTE: Spetta al Presidente far osservare l'ordine in aula. Cons. Taverna, l'ho invitata cortesemente ad allontanare il gagliardetto. Non perché abbia qualcosa contro le bandiere, ma perché é stata presentata una mozione, secondo la quale sarà poi il Consiglio regionale a decidere se potranno essere esposte bandiere in aula o meno. Ma non ritengo opportuno che ognuno ora esponga il proprio simbolo. Per questo La invito ad allontanare il gagliardetto, altrimenti dovrò farlo togliere. Lei non può rispondermi che lo lascia comunque sul suo banco. Ciò non é accettabile. Se Lei non lo toglie, devo farlo togliere io. Prenda atto di questo, cons. Taverna e anche cons. Boldrini in rappresentanza del cons. Divina.

TAVERNA: Non accetto e quindi rimane qui, dovete farlo con la forza! Vi sfido, fatelo con la forza!

PRÄSIDENT: Ich bitte den Abg. Willeit zusammen mit den Amtsdienern...
Ich unterbreche die Sitzung, bis das nicht geklärt ist.

PRESIDENTE: Prego il cons. Willeit e gli uscieri di.....
Sospendo la seduta, finché non sarà chiarito questo punto.

(ore 10.59)

(ore 11.16)

PRÄSIDENT: Wir setzen die Arbeiten fort. Ich bin als Präsident dafür verantwortlich, daß wir hier arbeiten können und daß eine gewisse Ordnung herrscht. Das steht auch so in der Geschäftsordnung. Ich habe kein Interesse, irgendeinen Fahnenstreit hervorzurufen und habe auch den höchsten Respekt vor allen Fahnen, die die Nationalitäten dieser Welt aufhängen. Ich würde aber bitten - und die Lega ist dieser Einladung bereits gefolgt, sie hat auch die Fahne der Padania ausgehängt gehabt -, daß man wenn schon eine gemeinsame Regelung sucht, die in der Fraktionssprechersitzung abgesprochen werden sollte. Heute haben zwei Parteien begonnen, das nächste Mal womöglich hängen andere ihre Fahne aus. Ich finde es nicht sinnvoll, daß das autonom von jedem Abgeordneten festgelegt wird, auch weil es zu einer Diskussion führen könnte, die jetzt nicht auf der Tagesordnung steht und die somit den Rahmen der vorgesehenen Tagesordnung sprengen würde.

Ich möchte deshalb jetzt noch einmal in aller Höflichkeit bitten, bis zu einer Klärung im Fraktionssprecherkollegium, die wir bei der nächsten Sitzung vornehmen können - ich bitte das auf die Tagesordnung zu setzen - von der Exposition dieser Fahne Abstand zu nehmen. Ich sage das in aller Höflichkeit, weil ich glaube, daß wir doch eine gewisse Regelung brauchen, die wir uns gemeinsam geben. Es ist wenn schon nichts anderes und zumindest eine Neuigkeit und ein Präzedenzfall, der ja andere auch dazu anregen könnte, zumal in diesen Räumen im Regionalrat und im Südtiroler Landtag tagelange Diskussionen über die Aushängung der Fahnen stattgefunden haben, die dann in ihren Beschlüssen Niederschlag gefunden haben. Bis der Beschluß nicht geändert wird, ist er also einzuhalten, nämlich daß während der Sitzungen des Südtiroler Landtages an der Außenfassade die italienische Fahne, die Europafahne und die Landesfahne ausgehängt werden und bei den Sitzungen des Regionalrates - immer an der Außenfassade - die italienische Fahne und die Flagge der Region ausgehängt werden. Das ist die Regelung, die wir bisher eingehalten haben. Ich bitte, das auch so in diesem Sinne zu respektieren. Aber bitte nicht weitere Diskussionen darüber abzuhalten, weil es auch nicht auf der Tagesordnung steht und ich kann auch nicht zulassen, daß jeder, der mit irgendeinem provokatorischen Akt, auch wenn er aus seiner Sicht noch so berechtigt ist, einfach die Ordnung des Regionalrats durcheinanderbringt, weil das eine Störung der Ordnung ist. Das möchte ich als Warnung zuvor gesagt haben.

...Abg. Taverna, Sie folgen also dieser Einladung nicht, dann bitte ich die Mitglieder des Präsidiums dafür zu sorgen, daß diese Provokation entfernt wird und ich gebe Ihnen eine erste Mahnung, Abg. Taverna, da Sie den Worten des Präsidenten nicht Folge leisten. ...Bitte fangen wir jetzt nicht an, die Sitzung zu stören. Ich habe eine Mahnung gegenüber dem Abg. Taverna ausgesprochen.

...Wir haben uns eine Ordnung gegeben und solange ich verantwortlich bin, werden die Beschlüsse durchgeführt.

Ich spreche jetzt dem Abg. Taverna die zweite Mahnung aus, seinen Kollegen Holzmann und Benussi spreche ich die erste Mahnung aus und bitte, die Fahne

endlich zu entfernen, ansonsten werde ich die dritte Mahnung aussprechen und Sie für den Rest der Tages aus der Sitzung ausschließen. So geht das nicht, daß man die ganze Sitzung des Regionalrates aufhält, nur um eine Show abzuziehen.

Die erste Mahnung ist ausgesprochen und ich bitte Folge zu leisten.

Ich verlese jetzt den Art. 58 der Geschäftsordnung: "Ausschluß von der Sitzung und Zensur. Nach einem zweiten Verweis im Verlauf desselben Tages kann der Präsident den Abgeordneten für den ganzen Rest der Sitzung vom Sitzungssaale ausschließen und in schweren Fällen ihm die Zensur auferlegen. Die Ausschließung oder Zensur kann vom Präsidenten auch ohne vorhergehenden Verweis angeordnet werden, wenn ein Regionlratsabgeordneter Tumulte oder Störungen verursacht oder sich zu Beleidigungen oder Tätlichkeiten hinreißen läßt." Für mich ist das eine eindeutige Störung. Ich fordere Sie zum letzten Mal auf, die Fahne zu entfernen, ansonsten schließe ich alle vier Abgeordneten, die daran beteiligt sind (ich möchte jetzt den Abg. Minniti auch miterwähnen) von der Sitzung aus. Sie leisten also nicht Folge.

Abg. Taverna, Holzmann, Benussi und Minniti, Sie sind von der Sitzung für den Rest des Tages ausgeschlossen.

...Abg. Minniti, wenn Sie nicht aufpassen, bekommen Sie eine Zensur dazu.

PRESIDENTE: I lavori riprendono. Come Presidente sono responsabile dell'andamento della seduta e dell'ordine in aula. Questo é quanto é previsto dal Regolamento interno. Io non ho alcun interesse a fomentare un litigio sulle bandiere ed ho il massimo rispetto per tutte le bandiere esposte da tutte le nazionalità del mondo. Ma pregherei - e la Lega che aveva esposto il simbolo della Padania ha già accolto tale invito - che si cercasse una regolamentazione comune da concordare in sede di collegio dei capigruppo. Oggi due partiti hanno esposto una bandiera, la prossima volta potrebbero essercene di più. Non trovo ragionevole che ogni consigliere decida autonomamente in merito, in quanto ciò potrebbe portare ad una discussione che non é iscritta all'ordine del giorno e che potrebbe fare saltare l'ordine del giorno previsto.

Vorrei quindi rinnovare il mio invito ad allontanare i simboli esposti, in attesa di un chiarimento da parte del collegio dei capigruppo - che potrebbe avvenire già nella prossima sessione e prego di mettere questo punto all'ordine del giorno. Glielo chiedo cortesemente, in quanto ritengo sia necessario predisporre una regolamentazione che possa trovare il più ampio consenso possibile. In fondo l'esposizione del simbolo rappresenta una novità ed un precedente che potrebbe dar luogo ad altri fatti del genere, senza considerare che nelle sedute del Consiglio regionale e provinciale si sono svolte lunghe discussioni sull'esposizione delle bandiere che poi sono culminate nell'approvazione delle relative delibere. Finché la delibera vigente non verrà modificata, essa va rispettata, ovvero che durante le sedute del Consiglio provinciale vengano esposte all'esterno del palazzo il tricolore, la bandiera europea e quella provinciale, mentre durante le sedute del Consiglio regionale vengano esposte all'esterno il tricolore e la bandiera della Regione. Questa é la disciplina che sinora abbiamo sempre rispettato e che chiedo venga rispettata anche in questa occasione. Ma Vi prego di non aprire altre discussioni su questo argomento, anche perché il punto non

é iscritto all'ordine del giorno. Non posso permettere che qualcuno con un atto provocatorio sconquassi l'ordine del Consiglio regionale, pur avendone - a suo modo di vedere - tutte le ragioni, perché questo equivarrebbe ad un turbamento dell'ordine che ci siamo dati. Questo mi premeva dirlo come ammonizione.

....Cons. Taverna, Lei non accoglie il mio invito, pertanto chiedo ai Segretari questori di voler allontanare il simbolo. La richiamo all'ordine per la prima volta, cons. Taverna, in quanto non accoglie l'invito del Presidente. ...La prego di non disturbare la seduta. C'è stato un richiamo all'ordine nei confronti del cons. Taverna.

...Ci siamo dati un ordine e fintanto che io ne sono responsabile, vengono attuate le decisioni.

Richiamo all'ordine per la seconda volta il cons. Taverna, mentre richiamo all'ordine per la prima volta i cons. Holzmann e Benussi e li invito ad allontanare la bandiera, altrimenti devo pronunciare il mio terzo richiamo ed escluderli per il resto della giornata dalla seduta. Non si possono bloccare in questo modo i lavori del Consiglio solo per far spettacolo.

Il primo richiamo é già stato pronunciato e quindi invito i consiglieri ad accogliere il mio invito.

Leggo ora l'art. 58 del Regolamento interno del Consiglio regionale: "Esclusione dalla seduta e censura. Dopo un secondo richiamo all'ordine avvenuto nello stesso giorno, il Presidente può disporre l'esclusione del Consigliere dall'aula per tutto il resto della seduta, e, nei casi più gravi, infliggergli la censura. L'esclusione o la censura possono essere inflitte dal Presidente, indipendentemente da precedenti richiami, quando un Consigliere provochi tumulti o disordini nel Consiglio o trascenda ad oltraggi o vie di fatto." Per me si tratta chiaramente di disordine. Rinnovo l'invito ad allontanare la bandiera, altrimenti devo escludere tutti e quattro i consiglieri coinvolti (e includo anche il cons. Minniti) per il resto della giornata dall'aula. Il mio invito non viene accolto.

I cons. Taverna, Holzmann, Benussi e Minniti sono esclusi per il resto della giornata dai lavori del Consiglio.

PRÄSIDENT: Jetzt kommen wir zu den Vormerkungen zur Tagesordnung.

Der nächste Redner ist der Abg. Dalbosco.

PRESIDENTE: Passiamo ora alle prenotazioni sull'ordine del giorno.

Il prossimo oratore é il cons. Dalbosco.

DALBOSCO: Grazie, Presidente. Egregi consiglieri, è indubbiamente difficile intervenire in materia di ordine del giorno e di rispetto dei regolamenti dopo quanto è accaduto, comunque questo è ciò che dobbiamo fare per iniziare a discutere di qualcosa nel seguito della nostra riunione di oggi.

E' evidente che il nostro Consiglio è ingorgato, sia dal punto di vista procedurale, e non a caso dedicheremo due giorni e mezzo al regolamento, sia dal punto di vista più generalmente politico, direi anche da un punto di vista umano. Dunque in

questa situazione può anche aver senso chiedere, come è stato fatto, di rispettare in modo rigido l'ordine del giorno, mi domando però se data l'eccezionalità della situazione che stiamo vivendo ha senso e dopotutto il fatto che ci siano 8 punti già anticipati all'ordine del giorno è la riprova che qualche cosa da tempo non va, da due anni - dal giugno 1995 - si è chiesto un confronto preliminare ed adesso che arriviamo al dunque sulla riforma elettorale confronto non c'è stato, sicuramente non sarà più preliminare, comunque.

Allora avanzo queste proposte in merito all'ordine dei lavori: primo, come ho già accennato mi sembra che l'oggetto del punto 2) all'ordine del giorno sia superato dagli eventi, sono trascorsi quasi due anni da quella richiesta di confronto, la Giunta regionale comunque ha avanzato una proposta in merito al tema della riforma elettorale, appare anacronistico, anche ammesso che avvenga il confronto, dichiararlo preliminare, credo che la cosa più sensata se si desidera realmente arrivare a decidere in merito a questo tema in tempi utili per la scadenza elettorale del novembre 1998 sia da parte del Consiglio in condizioni mutate rinunciare al confronto preliminare per snellire i tempi e giungere alla discussione vera e propria non appena ci sarà dato di farlo.

Secondo punto: il cons. Palermo ha chiesto di anticipare la mozione in cui si chiede che il Consiglio in forme previste dal dispositivo della mozione, ed in via peraltro di emendamento, blocchi l'automatismo dell'aumento delle indennità consiliari. Sappiamo che questo è un tema delicatissimo, che tocca il rapporto di fiducia tra cittadinanza e istituzioni, in questo senso anch'io mi associo alla richiesta del cons. Palermo, credo che dobbiamo intervenire in tempo per dare un segnale forte ai cittadini almeno su questo punto e per cercare un rapporto di fiducia che altrimenti è troppo gravemente lesa.

Terzo punto che tocco in questo mio breve intervento: riforma istituzionale. C'è una richiesta precisa di anticipare i punti 89) e 90), ripeto, sempre in quel quadro purtroppo di incertezza delle regole in cui però di fatto ci troviamo a vivere per quanto riguarda l'ordine del giorno. In Trentino buona parte del quadro amministrativo dipende dalla riforma della competenza e dell'ordinamento dei comuni e dei comprensori e questo, come è noto, è subordinato ai disegni di legge che andiamo a discutere in Regione; ulteriori ritardi o addirittura insistere perché passino dei mesi prima di discutere questo punto sarebbe estremamente negativo, perlomeno per il Trentino.

Quindi, in sintesi, chiedo di rideliberare in merito al punto n. 2 'Confronto preliminare', che non è più preliminare, anticipare con tempi brevi, contingentati di discussione, la mozione presentata dai cons. Palermo, da me stesso e da Morandini e passare subito ad accogliere la richiesta di discussione della riforma istituzionale. Grazie.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter **Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

PRESIDENTE: Prima di dare la parola, voglio dire che sono dispiaciuto per quanto è successo alcuni minuti fa, non intendo commentare una decisione che è stata presa a

maggioranza dall'Ufficio di Presidenza, ma avrei visto bene una richiesta di anticipazione del punto n. 63, dove il gruppo dei cons. Taverna, Benussi, Bolzonello, Holzmann e Minniti avevano presentato una mozione e sarebbe stato bene semmai chiedere l'anticipazione di questo punto per chiarire una volta per sempre un argomento che va chiarito quanto prima.

Ha chiesto di poter intervenire il cons. Leitner. Ne ha facoltà.

LEITNER: Danke, Herr Präsident. Nur ganz kurz, ich finde es einfach beschämend wie wir in diesem Regionalrat arbeiten. Wir vergeuden die meiste Zeit dafür, um festzulegen was wir überhaupt machen oder ob wir etwas machen. Wir haben in dieser Sitzungsperiode die Zeit schon halbiert von drei auf eineinhalb Tagen, dann streiten wir einen halben Tag, was wir überhaupt machen, um möglicherweise zu erreichen, daß einer aufsteht und sagt, hier gibt es keine Mehrheit, gehen wir alle nach Hause.

Eines ist klar: in dieser Regionalregierung gibt es keine Mehrheiten um irgendwelche Gesetze voranzutreiben, deshalb soll diese Regionalregierung eine Gewissenserforschung betreiben, was sie will oder was sie kann und daraus sollte sie die Konsequenzen ziehen. Zum anderen wenn man sich nicht einigen kann irgendwelche Punkte vorzuziehen, soll man nach der Tagesordnung vorgehen. Wenn irgendein Punkt ausfällt - wie es jetzt geschehen ist mit Punkt 1 - dann kommt halt der nächste an die Reihe, sonst brauchen wir keine Tagesordnung. Ich protestiere energisch gegen diese Vorgangsweise wie wir hier arbeiten bzw. wie wir nicht arbeiten.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Bondi.

BONDI: Grazie, signor Presidente. Brevemente sull'ordine dei lavori per ricordare che la mozione su cui oggi il Consiglio chiede di poter intervenire, cioè il punto n. 2 all'ordine del giorno, era stata da me proposta circa 3 anni fa con lo scopo preciso di ragionare in via preliminare rispetto ad un disegno di legge sulla modifica del sistema elettorale che è stato oggi depositato dalla Giunta e da questa maggioranza, quindi non posso dare un'interpretazione autentica di quello che a suo tempo chiesi e poi il Consiglio approvò, ma è evidente che, come già ricordava il cons. Dalbosco, nel momento in cui c'è un progetto di legge su cui avviare un confronto non ha alcun significato fare un ragionamento preliminare rispetto a quello che avrebbe dovuto essere un po' il canovaccio su cui poi eventualmente la Giunta regionale avrebbe dovuto stendere la propria proposta. Quindi, da questo punto di vista, dopo che per due anni tutti i consiglieri hanno fatto silenzio su quella mozione, scoprirla oggi che ormai è tardiva, mi sembra veramente strumentale e soltanto uno dei tanti modi per impedire a questo Consiglio di voler produrre qualcosa. Su questo ha ragione il cons. Leitner, ma mi pare di capire che questa maggioranza che ha all'ordine del giorno due soli punti importanti, cioè la riforma elettorale e la riforma istituzionale, ha chiesto e chiede l'anticipo proprio rispetto ad una delle due, mentre su quella del sistema elettorale ormai l'iter è avviato in Commissione e poi in aula ci sarà la possibilità di discutere, sull'altra proposta, cioè della riforma istituzionale, il Presidente Grandi correttamente ha fatto la

richiesta di anticipo e mi auguro che l'Aula voglia accoglierla, proprio anche perché se vi è, come ritengo vi sia, una maggioranza che sostiene questa Giunta, ci siano anche i voti per poterlo confermare. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Gasperotti, ne ha facoltà.

GASPEROTTI: Grazie, Presidente. Anch'io condivido la sua valutazione, Presidente del Consiglio, sulla questione e l'opportunità di chiarire una volta per sempre la questione della presenza di un simbolo della nazione e della Regione in quest'aula, non si è mai affrontato e si affronta, perché questa è una sede presa a prestito, se volete, ma oggi è il Consiglio regionale, è la sede del Consiglio provinciale, ma a prestito, si può dire, del Consiglio regionale, quindi questo Consiglio non scelto democraticamente opzioni diverse da quelle che sono già instaurate in tutto il resto del Paese, ma non dico del Paese, di tutto il mondo, perché questo è il bello, non vogliamo essere diversi perché qui si vive in una condizione diversa del resto dell'Europa, andate nelle assemblee legislative di tutti i paesi e di tutte le regioni europee e troverete la presenza simbolica del popolo, quella che è stata l'espressione dell'unificazione del popolo. Qui non si vuole, vorrei anch'io discutere circa questo problema e penso che porre veti rispetto a questa problematica non serva a nessuno, ne parliamo liberamente e vediamo fino in fondo qual è il motivo per il quale oggi non viene considerata valida la proposta fatta dai cons. Taverna ed altri. Questa era l'opportunità per salvare... Ci vuole intelligenza da parte del Presidente del Consiglio per capire che le cose non sono in ordine cronologico gestite in politica, sono gestite in maniera di opportunità politica, forse la sua sensibilità era più grande rispetto al Presidente Peterlini.

Chiusa la parentesi, ritorno al discorso dell'ordine del giorno per il quale sono intervenuto. Prima di tutto mi interessa capire se questa Giunta ha la forza ed i muscoli per fare vedere fino in fondo quali sono le sue volontà rispetto alla riforma elettorale del Consiglio regionale ed abbiamo capito che non è solo senza muscoli nelle braccia, ma anche senza muscoli nelle gambe e si presenta eludendo un impegno assunto dal Consiglio, perché l'impegno dell'ordine del giorno presentato allora da Bondi e votato da questa Assemblea era un impegno del Consiglio, di questa Assemblea, eludendo questo impegno ha presentato un disegno di legge di minoranza. Allora comprendo questo PDS che voglia percorrere strade tortuose perché è missionario, ma non capisco perché voglia ed ha voluto eludere il dibattito parlamentare e consiliare di queste problematiche. Si fa troppo fuori dall'Assemblea quello che l'Assemblea indica come percorso migliore, era un percorso migliore perché ritengo ancora ci siano spazi per trovare soluzioni ai problemi sollevati dalla Giunta, dalle popolazioni residenti in questa Regione, che sono riferiti a come si può arrivare, attraverso elezioni democratiche, ad esprimere il meglio per avere un'Assemblea produttiva e rappresentativa, non si è voluto fare? Collega Bondi, chi ha eluso si prende in groppa anche questo ed avrà il merito di non aver applicato quello che l'Assemblea nella sua deliberazione congiunta ha espresso.

Seconda questione: è vero, ci sono anche altri problemi sul tappeto, ma sono moltissimi e non sono legati a questioni di regolamento, sono legati a correttezza politica, e la correttezza politica è quella anche espressa, sempre in termini di modifica alla legge elettorale, da questo Consiglio quando abbiamo costruito la nuova legge per l'elezione diretta del sindaco e dei comuni, allora si diceva: 'per queste questioni è opportuno siano coinvolte le due Commissioni, anzi è meglio sia interessata l'Assemblea regionale'. Il progetto di legge presentato dalla Giunta dovrà comunque trovare una discussione in sede di Commissione congiunta, la Prima e la Seconda, perché c'è una deliberazione dell'Assemblea, non è un mio sfizio - concludo, Presidente - è una deliberazione dell'Assemblea, vorrei che questa deliberazione fosse rispettata e non mettere in condizione i Presidenti dell'Assemblea a misurarsi chi è più forte e chi è più debole, di sopraffare uno o l'altro. Sull'opportunità di modificare l'ordine del giorno e di introdurre il disegno di legge della Giunta rispetto ai comprensori, si può fare di tutto, Presidente, ma quando non si vuole fare, se non si vuole produrre momenti di confronto politico si può fare dell'amministrazione. Facciamo dell'amministrazione? Voi scegliete di fare dell'amministrazione, invece che del meglio che può uscire da un'Assemblea politica come quella regionale? Guardatevi attorno, leggetevi un po' di atti delle altre Regioni, anche a Statuto ordinario, che hanno discusso attorno a questi problemi.

(Interruzione)

GASPEROTTI: Ora termino. La bicamerale è presente nel paese per proporre modifiche alla seconda parte della Costituzione, siamo rappresentati dai nostri eletti in questa Bicamerale? Io sì, sufficientemente, come partito vi assicuro che sono rappresentato sufficientemente, ma vorrei trovare un momento di sintesi e di unità in questa Assemblea per proporre a questa Bicamerale delle proposte unitarie. Non mi è concesso per l'ignoranza politica di questa Giunta, di capire che la politica è in tasca, è nei cervelli di altri e non dei loro, perché mi è negata questa possibilità da questa Assemblea e voi perseguite strade che non sono di qualità politica, ma di degrado e vi assicuro che mi trovo molto a disagio. Grazie.

PRESIDENTE: Colleghi, non voglio mettere in discussione una decisione presa da chi prima di me presiedeva quest'aula. Quando c'è una richiesta di anticipazione si parla in due a favore e due contro e poi si vota. Comprendo che l'inizio della seduta sia stato disturbato da una serie di iniziative, però vi prego di non ripetere quello che avete già detto nella Conferenza dei Capigruppo; qui c'è una richiesta fatta in maniera precisa dalla Giunta di anticipare i punti nn. 89 e 90, poi è stata fatta un'altra richiesta dal collega Palermo, che ha chiesto l'anticipazione del punto n. 82, perciò su questo dovete pronunciarvi se siete favorevoli o contrari.

Ha chiesto di poter intervenire il cons. Benedikter e poi sempre sull'argomento, sull'ordine del giorno ha chiesto la parola il collega Morandini, ma vi prego, colleghi, di capire che se vogliamo lavorare e produrre qualcosa dovete rispettare

il regolamento, che parla in maniera precisa, c'è una prassi, più che un regolamento, che quando un consigliere chiede un'anticipazione, due parlano a favore e due contro e poi si chiude il discorso.

Prego, collega Benedikter.

BENEDIKTER: Herr Präsident, wir haben über dieses Verlangen des Präsidenten des Regionalausschusses in der Fraktionssprechersitzung gesprochen und dort haben sich alle dazu ausgesprochen, und zwar mehrheitlich dagegen.

Wir haben darauf bestanden, daß endlich die Tagesordnung eingehalten wird. Um so mehr als der Regionalrat beschlossen hat, diese ersten Punkte vorzuverlegen. Ich habe mich gemäß Tagesordnung vorbereitet, habe die Unterlagen mitgenommen, habe mich darauf vorbereitet und erwarte, daß das was jetzt 45 Jahre im Regionalrat gegolten hat, endlich wieder gehandhabt wird, sonst ist es besser, daß sich der Regionalrat auflöst, denn so kann er sowieso nicht funktionieren. Warum wir jetzt wieder abstimmen sollen, wieder etwas vorzuverlegen, nachdem wir schon abgestimmt haben, daß diese Punkte - Punkt 2 und 3 - vorverlegt werden, verstehe ich nicht. Der Herr Abgeordnete Bondi kann darüber nicht mehr verfügen, weil der Regionalrat beschlossen hat sie vorzuverlegen. Es soll endlich gemäß Tagesordnung vorgegangen werden.

PRESIDENTE: Lei ha pienamente ragione, però io mi attengo alla volontà dell'aula. Quello che lei ha detto è rispettoso di quanto prevede il regolamento, non è più un documento del cons. Bondi, ma è un documento dell'aula; ha ragione ad averlo ricordato e precisato ancora una volta.

Ha chiesto di intervenire il collega Morandini.

MORANDINI: Grazie, signor Presidente. Intervengo a favore della proposta avanzata dal cons. Palermo di anticipare il punto che lui, il cons. Dalbosco ed io abbiamo a suo tempo presentato come mozione per l'autosospensione degli aumenti.

Mi spiego, signor Presidente: sono d'accordo con quanto è stato testé detto che, se la Conferenza dei Capigruppo dà un ordine ai lavori, questo vada seguito, però mi pare che ha subito cominciato la Giunta regionale a nome del suo Presidente a chiedere l'anticipo di altri punti, libera di chiederlo, ma allora se si apre questa possibilità, evidentemente possono utilizzarla anche altri consiglieri.

Allora, Presidente, le chiedo delle due l'una: prima di tutto di decidere da parte dell'Ufficio di Presidenza e della Presidenza se dobbiamo, come mi pare naturale, seguire l'ordine così come è scritto nella convocazione, eventualmente i titolari di qualche punto, se non vorranno che si tratti, chiederanno il rinvio, come è stato chiesto da qualcuno prima, se però non si segue questo ordine, allora non si può togliere a ciascun consigliere di chiedere l'anticipo dei punti che gli stanno a cuore, perché obiettivamente la mozione presentata dai cons. Palermo, Morandini e Dalbosco ha una sua urgenza e una sua logica.

Presidente, faccio un ultimo appello: il clima in cui stiamo lavorando è a dir poco penoso, sia per l'atmosfera che si è creata stamani e anche con riferimento ad un provvedimento assunto poco fa, che poteva essere un po' più tenue, nel senso, magari, di consentire, come lei mi pare giustamente ha proposto poc'anzi ai colleghi firmatari di quell'ordine del giorno o di quella mozione di anticiparla, così si affrontavano pienamente e serenamente gli argomenti senza nessuna guerra, e secondo per l'ordine dei lavori, che a questo punto - e faccio un appello accorato alla Presidenza - non vorrei che si chiamasse 'disordine dei lavori', ma è così oggi, signor Presidente, allora si decida, per cortesia, si segua l'ordine del giorno ed allora ciascun firmatario dei punti proposti eventualmente rinuncerà e si segue quello, oppure se qualcuno, come ha fatto la Giunta regionale, chiede l'anticipo di qualche punto, evidentemente non si può togliere ai consiglieri il diritto di chiedere l'anticipo dei relativi punti.

Per questa ragione intervengo convintamente a sostegno della proposta del cons. Palermo.

PRESIDENTE: Lei ha fatto bene. Le ultime sue parole le faccio mie: ogni consigliere ha la possibilità di poter chiedere l'anticipazione, lei sa quanto sia difficile riuscire a trovare nella Conferenza dei Capigruppo un voto unanime e tutto è stato portato in Aula, anche perché saremmo ancora lì a discutere sull'urgenza e sulla necessità - intendo sempre necessità sul piano politico - che ha la Giunta di anticipare determinati punti.

Ancora sull'ordine dei lavori la parola al collega Atz.

ATZ: Danke, Herr Präsident. Es gibt zum Fortgang der Arbeiten über zehn Wortmeldungen und jeder will etwas anderes. Der eine will die Enzian auf der Seiser Alm behandelt haben und der andere ich weiß nicht was alles.

Tatsache ist, daß es 12 Uhr geworden ist und wir immer noch nicht mit unseren Arbeiten begonnen haben. Dem anderen fällt es ein, ein Fähnchen aufzustellen, was gar nicht hereinpaßt und damit sorgt er dafür, daß wir viele wertvolle Minuten verstreichen lassen. Ich fordere das Präsidium auf, gemäß Geschäftsordnung zu einem Antrag zwei dafür und zwei dagegen sprechen zu lassen. Der Präsident des Ausschusses hat einen Antrag formuliert, daß er einen Punkt vorziehen möchte. Die Aula wird souverän entscheiden, ob sie ihn vorziehen will oder ob sie ihn nicht vorziehen will. Wenn sie ihn nicht vorziehen will, dann werden wir am zweiten Tagesordnungspunkt zu arbeiten haben und wenn die Aula vorziehen will, dann werden wir an diesem vorgezogenem Gesetz arbeiten. Wir können uns aber nicht leisten, daß wir Tage und Tage hier unnütz herumsitzen und uns nur gegenseitig die Zeit wegstehlen.

Bitte, Herr Präsident, kommen Sie zur Abstimmung.

PRESIDENTE: Con il consenso dei proponenti del punto n. 90, disegno di legge n. 74, primo firmatario Zanoni...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Lei ha chiesto la votazione, ci vogliono 5 consiglieri a sostegno. Va bene. Colleghi, vi prego di fare silenzio, perché poi non sia chiaro ciò che votiamo. Si vota l'anticipazione dei punti nn. 89 e 90, con l'assenso del firmatario dell'ordine del giorno.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Prego i consiglieri di prendere posto. Comunico l'esito della votazione dell'anticipazione dei punti nn. 89 e 90 all'ordine del giorno:

votanti	54
schede favorevoli	34
schede contrarie	19
schede bianche	1

Il Consiglio approva.
Lei chiede la parola per che cosa?

KLOTZ: Nicht nur ich, sondern auch viele andere Kollegen haben keine einzige Unterlage zu diesem Tagesordnungspunkt da.

Aus diesem Grund muß ich Sie ersuchen, eine Unterbrechung für mindestens 20 Minuten zu gewähren, ich beispielsweise habe mein Büro in der Südtiroler Straße. Es muß doch möglich sein, daß sich die Abgeordneten zumindest die Unterlagen beschaffen können, denn man kann nicht von mir verlangen, daß ich nicht nur die Unterlagen für diese zehn Punkte auf der Prioritätenliste mitbringe, sondern alle übrigen hundert auch noch.

PRESIDENTE: Comprendo e lei ha una parte di ragione, collega Klotz, l'aveva fatto presente proprio pochi minuti fa anche il collega Benedikter, procederei in questa maniera, per dare modo a lei ed a qualche collega di poter procurarsi la documentazione inerente ai punti 89 e 90: dare lettura delle due relazioni, in modo, essendo le ore 12.00, di chiudere semmai i lavori qualche minuto prima, ma cerchiamo di andare avanti e di non sospendere ulteriormente il Consiglio.

Passiamo alla trattazione dei punti nn. 89 e 90 dell'ordine del giorno:

Disegno di legge n. 86: Modifiche alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 (Nuovo ordinamento dei Comuni della Regione Trentino-Alto Adige). (Presentato dalla Giunta regionale);

Disegno di legge n. 74: Modifiche alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 (Nuovo ordinamento dei Comuni della Regione Trentino-Alto Adige). Ordinamento delle comunità montane e principi sul decentramento amministrativo. (Presentato dai consiglieri regionali Guglielmo Valduga, Danilo Zanoni e Marco Giordani).

Quindi dò la parola alla Giunta per la lettura della relazione al disegno di legge n. 89, poi abbiamo una serie di procedure, il Presidente della Commissione e contemporaneamente diamo lettura anche della relazione del disegno di legge n. 74.

Prego, collega Chiodi.

CHIODI: Grazie, Presidente.

RELAZIONE

Il presente progetto legislativo si inquadra nel recente dibattito sviluppatosi in tutto il Paese, a partire dagli anni '90, attorno al tema del decentramento delle competenze di governo verso i più bassi livelli di legittimazione democratica. Le discussioni sull'evoluzione dello Stato in senso federale, sul tema dei controlli degli atti dei comuni, sul ruolo dei segretari comunali - per fare solo alcuni esempi - possono infatti essere tutte ricondotte ad un unico principio ispiratore, quello per cui è auspicabile avvicinare il più possibile l'amministrazione ai cittadini, conferendo al contempo maggiori poteri di autogoverno alle autonomie locali.

Decentramento dei poteri e modifica dei meccanismi di legittimazione democratica: sono queste le due grandi riforme che tengono banco sui tavoli della politica italiana almeno dal 1989. Se prima di allora l'adozione di sistemi elettorali di tipo proporzionale puro e l'accentramento dei poteri ai massimi vertici costituivano la garanzia della tenuta democratica del paese, con la fine di quel periodo storico e con l'evoluzione della società e del sistema politico italiano è emersa preponderante la necessità di riformare quel modello di democrazia, per metterlo al passo delle altre moderne democrazie occidentali. Rendere più efficiente il sistema politico - attraverso leggi elettorali di tipo competitivo a parziale discapito della rappresentanza - bilanciando questo processo attraverso un vasto decentramento dei poteri, sono le risposte alla domanda di maggiore efficacia e trasparenza dell'azione politica che provengono dalla società civile, istanze che non sarebbe eccesso di retorica definire come le nuove frontiere della democrazia italiana.

In provincia di Trento, dove i contraccolpi dei cambiamenti che hanno investito il resto del paese si sono fatti sentire ben più che in provincia di Bolzano, questi due temi, le riforme elettorali e le riforme istituzionali, sono da tempo all'ordine del giorno dell'agenda politica e occupano ormai costantemente le pagine dei quotidiani.

E' da quell'esigenza che questo progetto di legge prende le mosse, considerato che tali riforme necessitano del passaggio legislativo in Regione, stante che lo Statuto affida a questo ente la competenza in materia di ordinamento degli enti locali.

Al fine di poter ottemperare alle diverse esigenze delle due Province, nelle quali probabilmente si configureranno due diversi assetti organizzativi, si è operata la scelta di aprire il campo delle opportunità, affidando alle due realtà provinciali la facoltà di definire - entro il campo delineato in legge regionale - l'assetto più consono alla propria realtà. In questo modo, la Provincia di Trento potrà procedere alla soppressione dei comprensori - dimostratisi in quella provincia esperienza superata - aprendo la strada al decentramento delle competenze direttamente verso i comuni, mentre la Provincia di

Bolzano potrà mantenere l'attuale assetto o decidere autonomamente i tempi di una eventuale riforma.

Il decentramento amministrativo, quale formula organizzativa generale, richiede per una sua effettiva operatività, una struttura fondata su un riparto di competenze tra enti posti su vari livelli, ciascuno dotato di una sfera di autonomia nell'esercizio delle attribuzioni ad esso pertinenti.

Secondo l'idea che va emergendo in Provincia di Trento, la struttura organizzativa sulla quale innestare il processo di decentramento e di trasferimento della titolarità delle funzioni amministrative, è costituita da una ridefinizione dei rapporti tra Provincia e comuni attraverso il superamento dell'ente intermedio. In questo modo, la Provincia dovrebbe in futuro assumere il ruolo di ente di programmazione, di indirizzo e di coordinamento, mentre la gestione amministrativa delle funzioni dovrebbe fare capo ai comuni. A tale scopo, in Trentino si intendono prevedere una pluralità di strumenti organizzativi flessibili ciascuno dei quali diretto a realizzare una diversa finalità.

Tenendo conto delle esigenze derivanti dalla nuova configurazione dei rapporti tra la Provincia di Trento ed i comuni, viene proposta con il presente progetto di legge regionale la modifica di alcuni aspetti dell'assetto ordinamentale dei comuni.

In primo luogo, si ritiene opportuno modificare l'articolo 2 della legge citata per ridefinire le funzioni che competono ai comuni in uno Stato fortemente decentrato quale delineato dall'articolo 5 della Costituzione.

In questo quadro si riconoscono i comuni quali naturali destinatari di tutte le funzioni amministrative relative alla cura e alla promozione degli interessi socioeconomici delle relative comunità.

Inoltre è previsto il trasferimento o la delega di funzioni amministrative dalla Regione e dalle Province ai comuni applicando i principi di sussidiarietà, responsabilità ed unità, nonché di omogeneità e di adeguatezza dell'azione amministrativa.

Infine, allo scopo di consentire nella Provincia di Trento il superamento dell'istituto del comprensorio, è prevista la possibilità che con legge provinciale vengano riconosciute al comune le funzioni che le leggi statali attribuiscono alle comunità montane e la facoltà di sopprimere i comprensori disciplinandone la liquidazione e il trasferimento delle funzioni.

Per garantire la capacità di gestire le funzioni decentrate, le amministrazioni hanno però bisogno di un complesso di strumenti organizzativi adeguati. Infatti, attualmente, salvo lo sporadico utilizzo degli strumenti della convenzione e del consorzio, le funzioni ed i servizi vengono svolti e, rispettivamente, erogati da ciascun ente in assenza di un quadro teso ad ottimizzare l'utilizzo delle risorse.

E' ora necessario che i comuni lavorino insieme per mettere a punto una visione strategica e un programma comune nella gestione delle funzioni loro attribuite dalla Provincia e per erogare servizi secondo criteri di economicità ed efficienza rimediando al limite strutturale della loro frammentazione.

In quest'ottica, viene proposta una modifica ed un ampliamento delle forme collaborative intercomunali prevedendo in particolare la possibilità per i comuni, sulla

base di un processo di autodeterminazione, di gestire quelle funzioni che per la loro complessità, ovvero per gli interessi tutelati, travalichino l'ambito della singola circoscrizione comunale, anche attraverso il nuovo strumento dell'associazione dei comuni. Con questo progetto di legge viene così sensibilmente esaltato l'esercizio associato delle funzioni in un bacino di utenza sovracomunale.

L'associazione dei comuni, istituto che verrà ulteriormente disciplinato dalla legge provinciale, costituisce una forma collaborativa alternativa all'unione. Strumento meno impegnativo, in quanto non finalizzato alla fusione dei comuni, consente però la gestione associata non solo dei servizi ma anche delle funzioni.

L'unione ha invece come prospettiva la fusione dei comuni, nel termine che sarà previsto dallo statuto secondo quanto concordato tra i comuni stessi.

Per quanto attiene ai servizi pubblici locali, tenuto conto dei numerosi interventi legislativi che in materia si sono succeduti in ambito nazionale negli ultimi anni, si è proceduto ad una revisione delle norme previste dall'articolo 44 (servizi pubblici locali) e 45 (aziende speciali ed istituzioni).

Le nuove disposizioni costituiranno il quadro futuro all'interno del quale i comuni dovranno scegliere la forma gestionale per i servizi pubblici locali.

La nuova formulazione dell'art. 44, in linea con le istanze più avanzate a livello nazionale, dispone che siano i comuni a disciplinare l'erogazione ai cittadini dei servizi pubblici, distinguendo, sulla base degli statuti e dei regolamenti, la forma di gestione diretta da quella indiretta. I comuni potranno inoltre, con atto unilaterale e al fine di agevolare le dismissioni di beni e aziende o complessi aziendali, costituire S.p.A. o trasformare aziende speciali in S.p.A.. E' prevista infine la possibilità di scindere un ramo dell'attività dell'azienda speciale per costituire società *ex novo*. Novità importante è la possibilità di delegare funzioni amministrative strettamente connesse con lo svolgimento del servizio.

Con l'art. 45 (aziende speciali ed istituzioni) su consentirà: che l'organizzazione e l'attività delle aziende siano disciplinate dallo statuto e dal codice civile; l'estensione delle attività in ambito *extra* territoriale, superando in via legislativa un grosso problema che minava di fatto la capacità e la possibilità imprenditoriale delle aziende speciali monocomunali; la migliore definizione dell'istituzione, alla quale è affidata autonomia gestionale organizzativa e di bilancio nel quadro del bilancio generale dell'ente locale.

Un'apposita disposizione riguarda i servizi pubblici erogati per ambiti territoriali sovracomunali. Per ragioni connesse alla necessità di economicità e di efficienza nell'erogazione dei servizi pubblici sono stati introdotti nuovi moduli organizzativi: la costituzione di società per azioni o l'instaurazione di rapporti concessori con imprese individuate con apposite procedure concorsuali gestite da un unico ente delegato.

Infine, anticipando il legislatore nazionale, viene introdotta una sostanziale riforma nel sistema dei controlli. La drastica riduzione dei controlli preventivi di legittimità sugli atti degli enti locali rappresenta un primo punto di grande rilevanza. Viene comunque previsto, accentuando il ruolo di controllo del Consiglio comunale, che

un terzo dei consiglieri comunali, o un quinto nei comuni sotto i tremila abitanti, possano richiedere l'assoggettamento a controllo delle deliberazioni adottate dalla Giunta comunale che vadano contro atti generali di programmazione e di indirizzo adottati dal Consiglio comunale o perché assunti dalla Giunta, organo deliberativo incompetente nella fattispecie oggetto del provvedimento.

I provvedimenti adottati dalla Giunta comunale contestualmente alla loro affissione all'albo sono trasmessi in copia ai capigruppo del Consiglio comunale.

Il progetto di legge contiene inoltre alcune disposizioni in materia di funzionamento del Consiglio comunale, chiarendo definitivamente le modalità di presentazione delle dimissioni dalla carica di consigliere comunale e le conseguenze delle «dimissioni» collettive dalla stessa carica.

Grazie.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Commissione legislativa per la lettura della relazione. Prego, collega Atz.

ATZ:

B e r i c h t

Die 1. Gesetzgebungskommission hat in der Sitzung vom 19. März 1997 den vom Regionalausschuß eingebrachten Gesetzentwurf Nr. 86 betreffend: „Änderungen zum Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 (Neue Gemeindeordnung der Region Trentino-Südtirol)“ beraten.

Im Rahmen der Erläuterung der Gesetzesmaßnahme erklärte die zuständige Frau Assessor Wanda Chiodi im Namen des Regionalausschusses, daß der Gesetzentwurf lediglich die Provinz Trient betrifft, wo wegen der bekannten schlechten Funktionsfähigkeit der Bezirksgemeinschaften ein Einschreiten durch den Gesetzgeber notwendig wird. Es sollen neue Formen des Zusammenschlusses für die Gemeinden vorgesehen werden, damit bestimmte, im Zuständigkeitsgebiet zu erbringende Dienstleistungen auf die bestmögliche Art und Weise verwaltet werden können.

Abg. Dalbosco, der im Laufe der Beratung des Gesetzentwurfes mehrmals das Wort ergriff, sprach sich grundsätzlich für den Inhalt desselben aus, hob jedoch hervor, daß der Gesetzentwurf für die Gemeinden zum Prüfstein wird, denn sie müßten in der Lage sein, in Eigenregie und ohne die Unterstützung von Zwischenkörperschaften Dienste zu verwalten.

Abg. Binelli, der zwar anerkannte, daß es notwendig ist, auf diesem Sachgebiet gesetzgeberisch tätig zu werden, äußerte Bedenken hinsichtlich der Tragweite der zur Beratung stehenden Gesetzesmaßnahme, da seiner Meinung nach jene, für die sie bestimmt ist, die endgültigen Auswirkungen der Bestimmungen nicht kennen, weshalb nicht gewährleistet werden kann, daß das Ziel erreicht wird.

Die Kommission hat im Zuge der Beratung den ursprünglichen Text an einigen Stellen abgeändert und den Gesetzentwurf schließlich bei sechs Ja-Stimmen

(Abg. Atz, Cigolla, Dalbosco, Denicolò, Mayr und Kasslatte-Mur) und zwei Stimmenthaltungen (Abg. Binelli und Willeit) gutgeheißen.

Der Gesetzentwurf wird nun zur weiteren Überprüfung an den Regionalrat weitergeleitet.

PRESIDENTE: Diamo la parola al primo firmatario Valduga per la lettura della relazione al disegno di legge n. 74.

VALDUGA:

RELAZIONE

La legge provinciale 2 marzo 1964, n. 2, che disciplinava l'assetto e lo sviluppo urbanistico del territorio provinciale per mezzo del Piano urbanistico provinciale, prevedeva la divisione del territorio in comprensori e la predisposizione di piani comprensoriali, alla cui formazione, adozione ed esecuzione "provvederanno enti a carattere consorziale costituiti, anche coattivamente, secondo le norme vigenti".

Nella costituzione del comprensorio urbanistico si cercò di individuare zone sostanzialmente omogenee per cultura, per vocazione, per struttura socio-economica; con una scelta che di fatto finì con l'essere corrispondente alla configurazione geografica delle valli.

A seguito dell'istituzione da parte dello Stato delle comunità montane, con legge 1102/1971 "in ciascuna zona omogenea si costituisce tra i comuni che in essa ricadono la comunità montana, ente di diritto pubblico", e del successivo affidamento ai comprensori, con legge della Provincia (legge n. 62 del 1973) delle funzioni e dei compiti attribuiti alle comunità montane, il comprensorio è diventato di fatto e di diritto un vero ente politico intermedio di programmazione e per la gestione di servizi a carattere sovracomunale. L'originaria funzione di programmazione socio-economica ed urbanistica (con la formazione e l'adozione del Piano di sviluppo comprensoriale e del Piano di coordinamento comprensoriale) da esercitarsi in armonia con il Programma di sviluppo provinciale, è stata via via estesa ad altri ambiti di attività attraverso compiti delegati dalla Provincia (diritto allo studio: legge provinciale 10 agosto 1978, n° 30 - scuole provinciali dell'infanzia: legge provinciale 21 marzo 1977, n° 13 - edilizia scolastica: legge provinciale 4 novembre 1986, n° 29 - smaltimento rifiuti solidi urbani: legge provinciale 20 dicembre 1982, n° 29 - centri storici: legge provinciale 15 gennaio 1991, n° 1 - interventi di politica del lavoro: legge provinciale 16 giugno 1983, n° 19 - disciplina dell'artigianato: legge provinciale 12 dicembre 1977, n° 34 - disciplina del settore commerciale: legge provinciale 22 dicembre 1983, n° 46, ecc.) e attraverso funzioni e servizi di competenza dei comuni affidati per la loro gestione al comprensorio, o mediante delega o previa convenzione.

Per effetto di quanto sopra il comprensorio dall'originale valenza urbanistica è venuto gradualmente evolvendo verso una vera e propria configurazione di ente intermedio dotato di personalità giuridica, con competenze in materia urbanistica e di

programmazione e con progressivo irrobustimento della funzione strumentale a servizio dei comuni per l'esercizio di funzioni e servizi non gestibili a livello di efficienza nella dimensione comunale.

La funzione del comprensorio-comunità montana quale soggetto istituzionale dotato di competenze in materia urbanistica e di programmazione è stata anche confermata dalla legge provinciale 5 settembre 1991, n° 22 "Ordinamento urbanistico e tutela del territorio" e dalla legge provinciale 8 luglio 1996, n° 4 "Nuova disciplina della programmazione dello sviluppo e adeguamento delle norme in materia di contabilità e di zone svantaggiate".

Senza entrare nel merito del progressivo inaridirsi della precipua funzione programmatica dei comprensori ed anche del progressivo appesantirsi delle difficoltà di funzionamento di alcuni di essi (a motivo soprattutto della pleoricità di alcune assemblee) non è fuori luogo osservare che anche nella fase politica nella quale più diffusa era la percezione della necessità di rivedere i meccanismi di funzionamento dei comprensori, per valorizzarne il ruolo di strumento operativo dei comuni, non era messa in discussione l'utilità della loro permanenza tanto è vero che relativamente al tema della riforma istituzionale dovevano essere oggetto di specifico approfondimento i seguenti cinque punti:

1. "Verifica della adeguatezza degli ambiti territoriali degli attuali comprensori, di intesa con le comunità interessate;
2. formazione di un piano delle deleghe ai comprensori e ai comuni, come continuazione della strada ispirata al principio della programmazione come metodo di governo, secondo il quale la Provincia deve spogliarsi di quelle funzioni amministrative che possono essere svolte meglio e in modo più vicino ai cittadini e alle comunità, in ambiti ottimali da individuarsi nel comune o nel comprensorio secondo esigenze specifiche;
3. definizione legislativa delle materie che interessano i rapporti comuni-comprensori, provincia-comuni, della mobilità del personale e delle procedure di finanziamento secondo una programmazione unitaria degli interventi;
4. individuazione di modalità idonee all'ampliamento della sfera di autonomia dei comuni con specifico riferimento alle potestà autoritative in materia di tutela del paesaggio. In tal senso saranno considerate anche le particolari esigenze di Trento e di Rovereto. Per Trento saranno individuate deleghe specifiche tra le quali anche alcune competenze attualmente esercitate dal comprensorio, in ragione della sua funzione di capoluogo di Regione e di Provincia;
5. emanazione di una nuova disciplina sulla elezione, le prerogative e il funzionamento degli organi comprensoriali, finalizzata ad una decisa funzionalità, anche attraverso la riduzione del numero dei componenti le assemblee, e nel contempo alla salvaguardia della rappresentatività delle varie forze politiche. Di conseguenza gli organi esecutivi andranno ridimensionati, snelliti e rafforzati nella loro capacità gestionale".

Che la particolare situazione del Trentino renda indispensabile la presenza di un organismo intermedio, al di là delle dispute di carattere meramente nominalistico, è

facilmente dimostrabile solo che si abbia riguardo alla condizione di estrema frammentazione dei comuni. Basti osservare che in 14 comuni del Trentino risiede il 51% della popolazione e in 40 il 67%, con la conseguenza che il residuo 33% è distribuito in ben 183 comuni con una popolazione media di 830 persone, con evidente impossibilità che in tale situazione possa sussistere una benché minima capacità di gestire, su basi di efficienza ed economicità, funzioni e servizi che si volessero comunque attribuire alla competenza dei comuni.

L'idea dell'ente intermedio, presa nella sua essenza fondamentale, è quindi di per sé tuttora valida, perché corrisponde ad un duplice ordine di considerazioni: da un lato l'impossibilità di continuare a mantenere a livello provinciale e accentrato la gran parte delle competenze di gestione del territorio e di amministrazione dei servizi per la popolazione; dall'altro l'impercorribilità di una soluzione di decentramento avendo come unico interlocutore il comune, sia per la situazione di estrema frammentazione sopra ricordata, sia per l'evidente astrattezza di ipotesi di drastica ed immediata semplificazione del quadro istituzionale attraverso processi di aggregazione volontaria o coattiva dei comuni.

Per dare corpo ad un progetto di riforma istituzionale finalizzato al duplice obiettivo di un radicale decentramento di funzioni e servizi e della contestuale efficienza nella loro gestione, si è ritenuto opportuno operare contemporaneamente su due fronti: quello della Regione, per esercitare la competenza ordinamentale in tema di comprensori, acquisita a seguito della legge costituzionale 2/93; e quello della Provincia per disciplinare il decentramento amministrativo definendo una serie di principi generali cui la Provincia deve attenersi per attuare un ampio decentramento delle sue funzioni a favore dei comuni e delle comunità montane.

Per quanto concerne il presente disegno di legge, riguardando esso la competenza ordinamentale, si è ritenuto opportuno agire con una soluzione di modificazione della legge regionale 4 gennaio 1993, n° 1 (Nuovo ordinamento dei Comuni della Regione Trentino-Alto Adige) per l'intento di mantenere unificata la materia ordinamentale e per la considerazione che le comunità montane vengono di fatto ad ampliare le forme associative e di cooperazione disciplinate dall'art. 39 della legge suddetta.

Il controverso problema della pletoricità delle assemblee e la connessa difficoltà a caratterizzare il comprensorio quale ente ad elevata snellezza operativa ha indotto alla scelta di prevedere il principio fondamentale del riconoscimento dell'autonomia statutaria delle comunità montane, conseguendone ampi rinvii alla disciplina dei singoli statuti in materia di elezione dell'organo assembleare, di organizzazione interna, di uffici, di personale, di bilanci. Tale soluzione prefigura la possibilità di un'articolazione politica ed organizzativa delle comunità montane modellata su soluzioni correlate alle oggettive e diversificate situazioni esistenti ed a quelle prevedibili se avrà successo il proposito di una riformulazione degli ambiti territoriali ritagliata precipuamente sul senso di appartenenza, come percepito nella sensibilità diffusa.

Al criterio della flessibilità, deducibile dalla scelta di affidare alla disciplina degli statuti alcuni ambiti fondamentali dell'organizzazione delle comunità montane, è stato affiancato quello della uniformità di un indirizzo provinciale per quanto concerne la

definizione degli ambiti territoriali, la possibilità che la città di Trento possa costituire essa stessa Comunità senza duplicare i propri organi, la facoltà della Provincia di prescrivere ai comuni l'uso delle comunità montane come ente obbligatorio di decentramento.

Quanto alle funzioni, la disciplina è flessibile: accanto alla previsione generale della comunità montana come ente di programmazione, di pianificazione e di gestione, la comunità può essere ad un tempo destinataria di deleghe e attribuzioni provinciali o comunali. Indirettamente, ma esplicitamente, essa può concorrere all'unione di comuni agendo quindi in funzione correttiva dell'attuale assetto.

Il disegno di legge regionale si articola in tre capi.

Il primo capo contiene una norma di modifica della legge regionale n. 1/93. L'articolo 1 riformula infatti l'art. 39 di tale legge, richiamando espressamente la nuova competenza regionale in materia. A seguito della legge costituzionale n. 2/1993, che ha modificato la formulazione dell'articolo 4, n. 3 dello Statuto di autonomia, la Regione ha acquistato la competenza già esercitata dalla Provincia in materia di ordinamento comprensoriale: per effetto della modifica statutaria sono divenute quindi inoperanti le disposizioni dell'art. 7 del DPR 279/74 (norma di attuazione posta a fondamento della competenza provinciale in materia di ordinamento dei comprensori) e dell'ultimo periodo del comma 2 dell'articolo 39 della legge regionale 1/93, che richiama appunto tale competenza provinciale. Si tratta quindi, sotto un primo aspetto, di una correzione imposta dalla nuova norma statutaria. Per altro verso si riconosce la possibilità di prevedere ed utilizzare nell'ordinamento regionale delle autonomie locali, accanto ai comuni e alle altre figure associative a base comunale, la figura dell'ente intermedio, individuato nella figura della comunità montana.

Il capo secondo contiene una disciplina di principio sull'ordinamento e sull'organizzazione delle comunità montane, nei vari profili relativi alla loro costituzione ed autonomia statutaria, organizzativa e funzionale. Si tratta di una disciplina di carattere generale, perché - come già detto - viene dato ampio risalto e rinvio alla autonomia statutaria dell'ente.

Nello specifico, l'articolo 2 prevede la costituzione da parte della provincia delle comunità montane, enti locali dotati di autonomia statutaria. Essi sono costituiti fra i comuni montani appartenenti ad uno stesso ambito territoriale: a tal fine tutti i comuni delle province di Trento e Bolzano sono qualificati montani. Il riconoscimento dell'autonomia statutaria è un aspetto di fondamentale importanza, sia sotto un profilo giuridico che politico. E' all'autonomia statutaria della singola comunità che sono rimesse le più importanti determinazioni sulla sua organizzazione e sul suo funzionamento. E' infine previsto che il comune con più di 40.000 abitanti possa essere costituito in comunità autonoma a sé stante.

L'articolo 3 indica le funzioni dell'ente intermedio: si tratta di una disciplina flessibile. Accanto alla previsione generale della comunità montana come ente di programmazione, di pianificazione e di gestione, la stessa può essere anche destinataria di deleghe o attribuzioni, sia provinciali che comunali; la comunità montana è vista essenzialmente, ma non solo, come ente delegatario - in via obbligatoria o facoltativa -

della provincia e dei comuni. Uno degli scopi per cui operano le comunità montane è anche quello di promuovere la fusione dei rispettivi comuni.

Nell'articolo 4 sono disciplinati - per principi - gli organi della comunità: si è scelto di non articolare in legge una disciplina precisa e compiuta della materia, ma di rinviare alla normativa statutaria. I principi fondamentali che l'autonomia statutaria deve rispettare sono pochi: la previsione di due organi collegiali, uno di tipo assembleare espressione dei comuni componenti la comunità ed avente funzione regolamentare e deliberativa degli atti fondamentali dell'ente; l'altro, con funzioni esecutive, diretto dal rappresentante dell'ente; inoltre la previsione di un organo tecnico abilitato al controllo contabile.

All'articolo 5 è disposta una disciplina direttamente funzionale alla costituzione dell'organo assembleare e alla nomina - da parte di quest'ultimo - dell'organo esecutivo e di quello abilitato al controllo. E' affidata allo statuto la scelta del sistema elettivo per dar vita all'assemblea, nell'ambito dei due metodi dell'elezione diretta o dell'elezione di secondo grado.

L'articolo 6 contiene i principi sull'organizzazione degli uffici dell'amministrazione e sulla gestione del personale, affidata ad appositi regolamenti approvati dall'organo assembleare. E' previsto personale di prevalente provenienza comunale e provinciale, in diretto collegamento con l'affidamento delle attribuzioni e delle deleghe.

Per quanto concerne l'autonomia finanziaria, l'articolo 7 enumera le varie fonti di entrata della comunità, incentrate essenzialmente sui trasferimenti provinciali e comunali e su proventi derivanti dalla riscossione di tariffe, contributi e tasse sui servizi resi. Sono previsti bilanci e consuntivi in linea con la legge provinciale sulla finanza locale.

Il capo terzo contiene una disciplina di principio sul decentramento amministrativo e una breve normativa funzionale al superamento del regime comprensoriale: in entrambi i casi spetta alla Provincia assumere gli atti normativi conseguenti.

L'articolo 8 conferma in capo alla provincia la competenza sui contenuti e sulle modalità del decentramento: in particolare la provincia deve, da un lato individuare i servizi e le funzioni da delegare o trasferire ai comuni e agli altri enti locali, dall'altro - in particolare - individuare gli ambiti territoriali e le modalità di esercizio delle funzioni da svolgere attraverso le comunità montane.

L'articolo 9 fissa i criteri generali per l'individuazione degli ambiti territoriali delle comunità montane. I parametri sono di tipo quantitativo (numero degli abitanti, dimensione territoriale funzionale) e socio-culturale (in termini di omogeneità geografica, storica, culturale ed economica). Nel procedimento di individuazione degli ambiti territoriali è prevista la partecipazione dei comuni interessati e delle loro associazioni.

Il superamento del regime comprensoriale (attraverso la messa in liquidazione e la successiva soppressione di tali enti) è previsto, all'articolo 10, per opera della Provincia e in sede di trasferimento delle relative funzioni, beni e personale alle comunità montane.

L'articolo 11 è una disposizione che indica alcune modalità operative per dare attuazione alla disciplina sul trasferimento di funzioni amministrative a comuni e comunità montane, in applicazione dell'articolo 15, comma 2, della norma di attuazione approvata con DPR 526/87.

Nel consegnare al Consiglio regionale questa proposta, i presentatori sanno di aver formulato uno schema di progetto sicuramente integrabile e perfezionabile: essi confidano che ne possa scaturire, non solo in ambito consiliare, un dibattito utile e proficuo di indicazioni e suggerimenti.

Grazie.

PRESIDENTE: Se non c'è il collega Atz, darei la parola al Vicepresidente della Commissione, il cons. Cigolla per la lettura della relazione della Commissione legislativa.

CIGOLLA:

R e l a z i o n e

La I^a Commissione legislativa nella seduta del 19 marzo 1997 ha esaminato il disegno di legge n. 74, concernente "Modifiche alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 (Nuovo ordinamento dei comuni della Regione Trentino-Alto Adige). Ordinamento delle comunità montane e principi sul decentramento amministrativo", presentato dai cons. Valduga, Zanoni e Giordani.

Il disegno di legge è stato posto all'attenzione della Commissione unitamente al disegno di legge n. 86, come previsto dal Regolamento interno e previa lettura della relazione accompagnatoria, senza dibattito, non ha ottenuto il consenso per il passaggio alla discussione articolata, avendo espresso voto contrario i cons. Dalbosco e Mayr ed essendosi astenuti i cons. Atz, Binelli, Cigolla, Denicolò, Kasslatter Mur e Willeit.

Si rimette pertanto il disegno di legge all'ulteriore esame del Consiglio regionale.

PRESIDENTE: Mi ero impegnato con la collega Klotz e con il collega Benedikter che dopo la lettura delle relazioni avrei sospeso i lavori per consentire a qualche collega di procurarsi la documentazione.

Quindi sospendo la seduta, il Consiglio è convocato alle ore 15.00. Buon appetito a tutti.

La seduta è sospesa.

(ore 12.39)

(ore 15.08)

Vorsitz: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensruf.

WILLEIT: (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Colleghi, vi prego di prendere posto.

E' aperta la discussione generale. I colleghi intendono intervenire sui disegni di legge nn. 74 e 86?

Ha chiesto di intervenire la Giunta. Prego, collega Chiodi.

CHIODI: Intervengo per illustrare il punto da dove siamo partiti con questo progetto di riforma istituzionale e di conseguenza anche per questo superamento dell'ente comprensoriale. Voi sapete che lo Statuto affida la competenza in materia di ordinamento degli enti locali alla Regione; mentre il problema maggiore di scelta lo avevamo per quanto riguarda la Provincia di Trento, abbiamo con questi 11 articoli modificato la legge n. 1 del 1993 per dare soprattutto alla Provincia di Trento, che era quella che in quel momento aveva più esigenze, un ruolo importante di poter delegare e trasferire ai comuni tutta una serie di competenze che sono ora competenze dei comprensori ed anche della Provincia. Questo è un discorso del nostro accordo politico fatto nel luglio scorso, che dovevamo dare risposta alle varie richieste di trasformare i comuni in enti che avessero anche facoltà di scelta politica e lasciare, per quanto riguarda la Provincia di Trento, un discorso di programmazione, di indirizzo e di controllo, che a nostro modo di vedere, è il ruolo che la Provincia dovrebbe avere.

Ci siamo mossi su tre binari diversi, uno è quello della Regione, con questi 11 articoli di modifica, uno è quello della Commissione dei 12, per cambiare la norma di attuazione che è già all'ordine del giorno, una norma di attuazione che non prevede più il discorso di deleghe, ma di trasferimenti e poi il progetto che sta avanzando a livello provinciale dell'assessore Bondi, che stiamo assieme portando in giro nei comuni della nostra Provincia e che vedrà il deposito alla fine di maggio dopo la fine di tutti questi incontri.

Abbiamo fatto la scelta di decidere in maniera coordinata, anche perché ci siamo resi conto che, mentre i comprensori della Provincia di Trento sono vecchi di 30 anni ed avevano avuto un ruolo importante nel passato, mano a mano che passano gli anni hanno perso un po' le loro competenze ed anche il loro ruolo e noi fortemente crediamo che il rapporto fra cittadino e politica deve iniziare dal basso, cioè partendo dai comuni e non più fare la trafila che è stata fatta fino ad ora.

Abbiamo fatto anche la scelta di contenere al massimo la dimensione dell'articolato di questa legge, demandando il più possibile alla legge provinciale. Abbiamo anche fatto alcune scelte che ritengo importanti: ricordate che quando abbiamo votato in quest'aula la legge n. 1 del 1993 avevamo iniziato il discorso dell'unione dei comuni, che ritenevamo un discorso importante, anche perché nella nostra Provincia, a differenza di quella di Bolzano, ci sono 223 comuni, una buona parte di questi, esclusi Trento, Riva, Pergine, Arco eccetera, con pochi cittadini; il discorso dell'unione dei comuni, però, non ha funzionato, perché la legge n. 1 del 1993 prevedeva un periodo di tempo di 15 anni e poi si arrivava alla fusione dei comuni.

Abbiamo fatto la scelta di togliere questo cappello innanzitutto perché crediamo che i comuni debbano decidere fra di loro e poi anche perché questo discorso dell'unione dei comuni è una scelta che ci interessa come prospettiva a lungo periodo di più e possiamo anche, tramite la legge n. 1 del 1993 aiutare questi comuni a fare una scelta determinata degli studi, voi sapete che la legge n. 1 del 1993 aveva a disposizione dei soldi per questo tipo di percorso, 18 miliardi sono andati in economia, in questo bilancio ci sono 5 miliardi divisi fra la Provincia di Trento e la Provincia di Bolzano per poter aiutare anche questi comuni nel fare questo tipo di scelta. Questo regolamento è stato inviato il mese scorso dal nostro assessorato alle due Province, stiamo aspettando una risposta e poi credo che questo regolamento potrebbe diventare attuativo.

Allora, dicevo, in questo disegno di legge abbiamo fatto una scelta che è quella più per noi importante, che è la proposta dell'unione dei comuni, l'altra scelta, se questi comuni che vogliono mettersi assieme non la vorranno fare, abbiamo anche fatto la proposta dell'associazione dei comuni, che è uno strumento di collaborazione simile, se vogliamo, al discorso dei comprensori, però è uno strumento molto snello che ha a differenza la possibilità di gestire funzioni, oltre che servizi.

Credo che questa proposta che facciamo, l'organizzazione dell'associazione dei comuni la rimandiamo alla legge provinciale, potrebbe essere un sistema molto snello che toglie questo discorso delle assemblee comprensoriali, che sono, come avete visto in questi ultimi tempi anche dai giornali, degli strumenti a mio modo di vedere già superati.

Un altro punto importante di questo disegno di legge riguarda, anticipando il legislatore nazionale, la riduzione delle delibere dei comuni sottoposte al controllo della Giunta provinciale, anche questo con un obiettivo che ci siamo dati, convinti che, se andando dopo la legge dell'elezione diretta del sindaco, dopo tutta una serie di proposte o di confronti che abbiamo fatto dove ci diciamo che l'obiettivo maggiore è quello di offrire autonomia e responsabilità ai comuni, voi sapete che nella nostra Regione, a differenza del resto del Paese, dove gli atti dei comuni sono controllati dal CORECO, nella nostra Provincia sono controllati dalla Giunta provinciale, volevamo superare questo sistema dei controlli, che è molto impacciato e molto politico, anziché essere un sistema tecnico. Non potendo noi andare a modificare lo Statuto e volendo per certi versi anticipare anche quello che sta facendo a livello nazionale il legislatore, abbiamo pensato di ridurre i controlli alle sole delibere di grande interesse, è chiaro che, se guardate la relazione o l'articolato della legge, abbiamo anche posto in essere tutta una

serie di accorgimenti perché le minoranze possano fare il loro lavoro all'interno delle rappresentanze consiliari.

Abbiamo operato, allora, tutta una serie di scelte e mi dispiace che alla fine la nostra scelta, perché anch'io guardando il disegno di legge proposto dai colleghi Valduga, Zanoni e Giordani ho trovato alcuni punti di incontro, però la nostra scelta è diversa, perché loro con le comunità montane prevedono un organo di valenza politica, noi invece abbiamo operato la scelta delle unioni e delle associazioni di comuni, perché crediamo ci sia una possibilità di fare crescere e sviluppare i nostri comuni, non credo ci sia più bisogno di un ente inteso come il ruolo che dovrebbe avere la comunità montana, come ente intermedio o ente politico, perché la linea che abbiamo scelto è proprio quella di liberare i nostri comuni. Nel bene e nel male credo sia ora di dare una risposta ai comuni, li abbiamo sempre trattati come enti secondari, di serie B e uno dei punti più importanti del nostro programma politico era proprio quello di risolvere questo punto preciso.

Allora, dicevo, non più un ente politico, ma un ente di gestione associata per le funzioni e per i servizi, soprattutto la titolarità di questo ente è fissata a livello comunale, questo era quello che politicamente avevamo in mente per questa riforma elettorale, voi, come tutti gli altri consiglieri, avete avuto il libretto dove noi, il collega Bondi ed io, abbiamo presentato entrambe le due proposte di legge, questa che diventa la chiave per poter accedere alle nostre Province ad un sistema completamente innovativo e diverso, ad un sistema che dia risposta una volta per tutte ai comuni, perché credo che il primo ente è quello che deve rispondere direttamente al cittadino sia l'ente di appartenenza.

Allora mi rendo conto che il discorso dell'altro disegno di legge, quello della comunità montana, tenendo conto che una buona parte delle proposte fatte dai colleghi c'è anche nella proposta fatta dalla Giunta, mi rendo conto però che è una questione di scelta politica e mi dispiace che non si possa superare questo passaggio, ma non è cattiva volontà, abbiamo fatto delle scelte diverse, allora questo disegno di legge nella sua semplicità è da leggere con il disegno di legge proposto dalla Provincia di Trento, che è quello che dovrebbe andare a rivoluzionare non solo i nostri comuni, non solo le aggregazioni dei nostri comuni ed i nostri comprensori, ma anche la Provincia, che alla fine del nostro percorso dovrà avere ed assumere il ruolo che avrebbe a mio modo di vedere dovuto assumere già da molto tempo, che è il discorso del controllo di indirizzo e di programmazione, perché mi pare che in questi ultimi tempi il rapporto fra una Provincia che fa un'infinità di delibere all'anno ed i nostri piccoli comuni sia stato un rapporto estremamente difficoltoso.

Ecco, io credo che per questi 11 articoli questo è quello che mi sento di dire nella presentazione del disegno di legge, poi, se volete, posso anche intervenire su ogni articolo che andiamo a modificare.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire nella discussione generale?

Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha facoltà.

BENEDIKTER: Ich muß feststellen, daß was sich heute hier getan hat, nämlich daß der Regionalrat auf einmal mit einer Abstimmung ein Gesetz, das in der Tagesordnung weit hinten liegt, vorverlegt, ohne daß man Zeit gehabt hätte sich darauf vorzubereiten, einfach gegen alle Spielregeln verstößt. Der Präsident des Regionalrates hätte so etwas auch nicht zulassen dürfen. Die Abgeordneten sind nicht in der Lage, wenn sie sich an die Tagesordnung halten, sich vorzubereiten wie es notwendig ist und wie es ihr Recht ist, daß es eben geschehen soll.

Ganz allgemein, ich bin mir bewußt, daß die Region die ausschließliche Zuständigkeit hier hat. Die Zuständigkeit auch der Region Trentino-Südtirol ist mit einem Verfassungsgesetz vom September 1993, was die Gemeindeordnung betrifft, eine ausschließliche, eine primäre Gesetzgebung geworden. Aber ausschließlich heißt eben, daß sie sich eben an die Verfassungsgrundsätze, an die Grundsätze, die im Autonomiestatut enthalten sind, an die sogenannten internationalen Bestimmungen und an die sogenannten Reformgrundsätze halten muß. Ich habe in dieser kurzen Zeit, die mir verblieben ist - über Mittag - das durchgelesen und ich nehme auch Bezug auf das was Frau Assessor Wanda Chiodi eben hier in dieser Einleitung zur Generaldebatte gesagt hat.

Sie hat gesagt, daß Durchführungsbestimmungen geändert werden müßten und dann hat sie vor allem gesagt, daß man es den Provinzen überträgt und welche Gesetzgebungsbefugnisse hinsichtlich der Gemeindeordnung auszuüben sind und das muß ich sagen, ist gegen das Autonomiestatut. Ich habe hier immer wieder angeklagt, daß die Südtiroler Volkspartei Befugnisse der Provinzen, die im Autonomiestatut vorgesehen sind - siehe Ortspolizei, siehe Gemeindefinanzen, siehe was mit Handelskammerordnung nichts zu tun hat - von der Region wahrnehmen läßt, daß sie die Region Gesetze machen läßt, die in die Zuständigkeit der Provinzen fallen. Hier passiert es, daß die Region - der dritte Absatz des Artikels 1 und es kommt dann wieder, der zweite Absatz des Artikels 3, der zweite, der dritte und der vierte Absatz des Artikels 3 - dem Provinzgesetz überantwortet etwas zu bestimmen, etwas zu regeln, was in die Gemeindeordnung gehört. Daher fällt es nicht in die Zuständigkeit der Provinz, sondern in die Zuständigkeit der Region. Die Region kann nicht mit ihrem Gesetz darüber verfügen, daß sie irgend etwas, was mit Gemeindeordnung zu tun hat, den Provinzen überträgt und sagt: das lassen wir die Provinzen machen. Das ist verfassungswidrig.

Im dritten Absatz des Artikels 1 heißt es, daß die Region und die Provinzen die Funktionen in den Sachgebieten gemäß zweitem Absatz fest ausmachen. Das sind genau die Sachgebiete wo eben die Region oder die Provinzen die Zuständigkeiten haben, welche auf die Gemeinden übertragen sind, welche delegiert sind und welche subdelegiert sind. Übertragen heißt einfach, daß die Provinz gewisse Funktionen abgibt. Das ist nicht die sogenannte Delegation, sondern die Abgabe der Funktionen an die Gemeinden. Die Provinzen können Funktionen, einen Teil ihrer Funktionen, an die Gemeinden abgeben oder delegieren oder subdelegieren. Das Subdelegieren ist dann noch etwas anderes, dort wo die Provinz delegiert ist, daß sie subdelegieren kann. Das ist einwandfrei verfassungswidrig d.h. gegen den Buchstaben des Autonomiestatutes.

Artikel 18 des Autonomiestatutes sagt, die Provinzen können einige ihrer Verwaltungsfunktionen auf die Gemeinden sagen wir delegieren, weil übertragen übersetze ich mit abgeben. Die Provinzen - das gilt auch für die Region - können nicht Funktionen abgeben. Weder die Region noch die Provinzen können Funktionen abgeben - „trasferire“. Das ist überhaupt nicht vorgesehen. Sie können delegieren, in deutscher Sprache übertragen. Es ist eine Funktion, die im Auftrag ausgeübt wird. Das Wort „trasferire“ bzw. abgeben, übertragen, sieht nicht vor, daß die Region oder die Provinzen Funktionen abgeben können an die Gemeinden oder an andere örtliche Körperschaften. Sie können sie delegieren und was die Delegation betrifft, sagen die Durchführungsbestimmungen bis auf heute, daß diese Delegation vorgenommen werden kann, siehe Dekret des Präsidenten der Republik vom 19. Dezember 1987 Nr. 526 Artikel 15.. Ich war ja dabei als diese Durchführungsbestimmungen verfaßt worden sind, man hat sich gesagt, die Region ist zuständig für die Gemeindeordnung, also müßte es eigentlich mit Regionalgesetz erfolgen. Dann hat man gesagt: ja wenn dann die Provinz Trient mit gewissen Vorschlägen hinsichtlich der Delegation kommt, dann macht die Region einfach das Gesetz so wie es die jeweilige Provinz wünscht und zwar mit anderen Delegationen. Die Provinz Trient delegiert meinerwegen mehr und die Provinz Bozen weniger oder umgekehrt und sie delegiert ganz andere Dinge. Dann ist man zu diesem Entschluß gekommen, der hier steht, nämlich die Delegation von Funktionen der Provinzen an die Gemeinden - im Autonomiestatut heißt es die Provinzen delegieren einige Funktionen - muß mit Regionalgesetz geschehen und in den Durchführungsbestimmungen heißt es einheitlich, daß diese Delegation mit Regionalgesetz im Sinne des Artikels 5, Punkt 1 des Autonomiestatutes erfolgt, und wenn diese Funktionen in die Zuständigkeit der Provinzen fallen, wird das Regionalgesetz auf gleichlautenden Antrag der Provinzen lauten. Es müssen in der Provinz Trient und in der Provinz Bozen die gleichen Dinge delegiert werden. Und nicht die Provinz Trient delegiert irgend etwas und die Provinz Bozen etwas anderes. Auch das steht in den Durchführungsbestimmungen, die ja eben Durchführungsbestimmungen sind, d.h. daß sie die Provinzen in ihrer Gesetzgebung binden bis sie nicht abgeändert werden. Das ist eine Grundsatzfrage, die ich aufwerfe und dazu gehören auch der 2., 3. und 4. Absatz des Artikels 3, wo immer wieder von Landesgesetzen die Rede ist, welche Funktionen von den Gemeinden im Verbandsverband assoziiert werden müssen und dann welche Funktionen, einschließlich der delegierten Funktionen, von den Gemeinden unterhalb 3.000 Einwohnern ausgeübt werden müssen, indem sie sich der Organisationsstruktur einer anderen Gemeinde bedienen, und noch einmal werden mit Landesgesetz die Art und Weise und die Zeiten festgesetzt, um die Gebietsbereiche festzusetzen, innerhalb welcher die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden funktionieren kann.

Ich bin der Ansicht, daß das auch ganz einwandfrei in die Zuständigkeit der Region gehört und die Region kann nicht einen Teil ihrer Gesetzgebung, wo sie zuständig ist, an die Provinzen übertragen und sagen, das lassen wir die Provinzen machen, wie Frau Assessor Wanda Chiodi eben gesagt hat: „demandando alla legge provinciale“. Also mit Regionalgesetz übertragen wir einfach etwas, was in die

Zuständigkeit der Region im Rahmen der Gemeindeordnung fällt. Das ist nicht in Ordnung. Es besteht nun einmal diese Zuständigkeitsfestsetzung und die Region hat diese Zuständigkeit und muß sie ausüben und kann nicht sagen: um unser Regionalgesetz zu vereinfachen überlassen wir einiges den Provinzen, die ja die Zuständigkeit für die Gemeindeaufsicht haben, aber das hat mit Gesetzgebung nichts zu tun. Das sind grundsätzliche Einwände und ich möchte nur noch sagen, daß im Artikel 1-bis - da hat die Kommission einen 1-bis mit zwei Absätzen eingefügt - heißt es: auf die Gemeinden der Provinz Bozen werden die Bestimmungen angewendet hinsichtlich der Zusammenarbeitsformen mit Ausnahme der Bestimmungen, die in Artikel 39 Absatz 2, 3, 4 und 5 und 41-ter vom Regionalgesetz von 4. Jänner 1993 enthalten sind und in den nachfolgenden Änderungen. Ich habe da den sogenannten Einheitstext, wo ja das spätere Gesetz vom 30. November 1994 Nr. 3 enthalten ist und schlage den Artikel 39 nach und schau wo ...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Ho chiesto all'aula di fare silenzio!
Prego, cons. Benedikter.

BENEDIKTER: ...also im Artikel 39 des Einheitstextes gibt es zwar noch einen Absatz 2 aber keinen Absatz 3, 4 oder 5. Es gibt hier auch keinen 41-ter im Einheitstext. Wo soll man das nachschlagen. Das Zitat muß falsch sein, ein Fehler, denn es muß ja aufscheinen. Diese Absätze 2, 3, 4 und 5 des Artikels 39, abgeändert durch das Gesetz vom 30. November 1994 Nr. 3 müssen ja in den Gesetzestexten aufscheinen.

Sonst ist das Gesetz so sachlich nicht wirksam und schließlich noch im zweiten Absatz des Artikels zwei dieses Gesetzesentwurfes ist die Rede, daß bei einem Rücktritt der Hälfte plus eines der zugewiesenen Mitglieder des Gemeinderates dieser anzubieten ist, wobei der Bürgermeister nicht mit eingerechnet wird und der Rücktritt dieser Mitglieder innerhalb 20 Tagen ab dem Tag, an dem der erste Rücktritt vorgebracht wird und jedenfalls innerhalb des Tages, an dem die Einberufung der Sitzung für die Ersetzung des ersten zurücktretenden Mitglieds erfolgen muß. Ich komme da nicht mit. Ich verstehe es nicht. Ich bin zwar gewohnt mit Gesetzen zu arbeiten, seit 1940 wo ich den Doktor gemacht habe, in Neapel, aber ich komme da nicht mit und auch nicht mit dem italienischen Text: "dimissioni della metà più uno dei consiglieri assegnati, non computando a tal fine il sindaco, prodotte entro venti giorni, decorrenti dalla data di presentazione delle prime dimissioni e comunque entro la data in cui è effettuata la convocazione della seduta destinata alla surrogazione del primo dei dimissionari. „Diese Hälfte plus eines dieser Gemeinderäte muß, wenn sie nicht auf einmal erfolgt, innerhalb von 20 Tagen ab dem ersten Rücktritt erfolgen, sonst kann der Artikel nicht angewendet werden. Wenn dann nach 20 Tagen erst einige zurücktreten und dann erst die Hälfte plus einer voll wird, gilt dieser Artikel nicht. Ich verstehe dann den Sinn dieses Artikels nicht, denn wenn man davon ausgeht, daß diese Rücktritte nicht auf einmal erfolgen, sondern sozusagen schrittweise, dann kann das doch nicht so

sein, daß wenn nicht innerhalb von 20 Tagen die Hälfte plus einer zurücktritt, dieser Artikel nicht angewendet werden kann. Ich komme da nicht mit.

Das sind gewissermaßen Kleinigkeiten gegenüber den Grundsatzfragen, die ich aufgeworfen habe. Nämlich, daß aufgrund des Autonomiestatutes weder die Provinz noch die Region Befugnisse, Funktionen abtreten kann an die Gemeinden, sie kann sie nur delegieren. Und es heißt im Artikel 18 des Autonomiestatutes mit Gesetz, aber mit der Bestimmung, daß diese Übertragung, diese Delegation von seiten der Provinzen an die Gemeinden erfolgen muß, mit Regionalgesetz, und zwar dieselben Funktionen müssen dann mit Regionalgesetz von beiden Provinzen delegiert werden. Also dieselbe Delegation in der Provinz Bozen und in der Provinz Trient, so ist es in den Durchführungsbestimmungen aus der Logik heraus, an die ich erinnere habe.

Dasselbe gilt, daß die Region nicht die Provinzen einfach bevollmächtigen kann. Im Landesgesetz wird festgesetzt welche Funktionen auf der Grundlage des Zusammenschlusses von Gemeinden ausgeübt werden und dann wiederum welche Funktionen von den Gemeinden unter 3000 Einwohnern ausgeübt werden, indem sie die Organisationseinheiten einer anderen Gemeinde oder die für die gemeinsame Führung eingerichtete Strukturen in Anspruch nehmen. Und schließlich auch wieder mit Landesgesetz, nach welchen Modalitäten und innerhalb welcher Fristen die Gebietsbereiche festzulegen sind, innerhalb derer die Formen der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden laut Absätzen 2 und 3 auszuüben sind.

Meiner Ansicht gehören diese Bestimmungen zur Ordnung der Gemeinden, für die die Region zuständig ist und ausschließliche Zuständigkeit hat. Sie kann aber diese Zuständigkeit eben nicht übertragen.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la collega Klotz.

KLOTZ: Wenn nun also die Vorziehung dieses Gesetzentwurfes beschlossene Sache ist und die Mehrheit die Abänderung dieses Gesetzes vom Jänner 1994 betreffend die Gemeindeordnung vornehmen will, dann ist es für uns eine sehr willkommene Gelegenheit - abgesehen von den juristischen Einwänden, die mein Kollege vorgebracht hat - den Artikel 50 dieses Regionalgesetzes Nr. 1 vom 4. Jänner 1993 abzuändern, der eben die Durchführung der Volksbefragung und die entsprechenden Regelungen in den Gemeindegesetzen vorsieht. Unsere Fraktion hatte dazu einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, das ist der Gesetzentwurf Nr. 79. Wir werden aber die beiden darin enthaltenen Artikel - wir haben schon den Änderungsantrag eingebracht - dann behandeln und abstimmen lassen.

In den letzten vier Jahren hat sich nämlich gezeigt, daß die Regelung des Artikel 50 in keiner Weise zielführend war und in keiner Weise genügend. Im Zuge der Behandlung und der Genehmigung damals dieser neuen Gemeindeordnung haben wir wiederholt den Antrag gestellt, diese Materie im Regionalgesetz genau zu regeln, was leider nicht der Fall gewesen ist. Zum einen sollte die Volksbefragung auf Gemeindeebene auf jeden Fall für die Gemeindeverwaltung, also Gemeinderat und Gemeindeausschuß, bindend sein; man sieht das gerade im Lichte der letzten Ereignisse,

ich denke da beispielsweise an die Rodelbahn Meransen oder zum Beispiel könnte das auch für Volksbefragungen betreffend Flughafen Bozen und Erdgasleitung von Belang sein und könnte für viele andere Projekte beispielsweise gerade Bau von Sportstätten und anderen Strukturen noch wichtiger werden.

Zum anderen hat die Union damals schon vorgeschlagen, die Prozenzhürde für die Unterschriftensammlung zum Volksbefragungsantrag im Regionlgesetz festzuschreiben. Es hat sich gezeigt, daß dies dann in den meisten Gemeindegesetzungen hier so geregelt worden ist, daß die Prozentsätze, die in den Gemeindegesetzungen vorgesehen worden sind, allein für den Antrag um eine Volksbefragung durchzuführen, zu hoch angesetzt waren, durchschnittlich 20%. Im Fall der Gemeinde Mühlbach sogar 25%. Es sind nur einige wenige Gemeinden, in denen dieser Prozentsatz des Antrages 10% beträgt. Soweit ich informiert bin, gibt es keine Gemeinde, die beispielsweise einen Prozentsatz von 5 vorsieht. So kann man eben sagen, daß der Artikel 50 keine generellen Bestimmungen enthält, die für die Gemeinden mehr oder weniger bindend und auch harmonisch sind und daß die Mehrheiten in den Gemeinderäten Südtirols, vielleicht nicht so im Trentino, die Schwelle so hoch gesetzt haben, daß das Instrument Volksbefragung kaum genützt werden kann.

Gerade jetzt stellt sich heraus, daß aber die Volksbefragungen als direkte demokratische Schritte und direkte demokratische Entscheidungen immer mehr an Bedeutung gewinnen werden, nicht nur in Südtirol. Schauen wir uns an was sich gerade in den letzten Tagen z.B. in Österreich ereignet hat, mehrere Volksbefragungen wurden durchgeführt - wichtig die Volksbefragung betreffend Genmanipulation und auch das Frauenvolksbegehren - und wir sehen das jetzt, abgesehen von der Schweiz, wo das ja ein traditionelles Instrumentarium, eine Tradition an und für sich ist, eine sehr gute demokratische Tradition, daß solche direkt demokratischen Entwicklungen zunehmend in anderen europäischen Gebieten vor allem in Österreich und auch in Südtirol an Aktualität gewinnen. Aber die Mehrheit des Regionalrates war damals, vor vier Jahren, gegen diese Vorschläge, weil sie den Gemeinden die Möglichkeit offen halten wollte, die genaueren Bestimmungen in den Gemeindegesetzungen zu regeln und genau das war eben verkehrt. Wir hatten es damals schon bemängelt, wir hatten damals schon für eine bindende Festlegung dieser Prozenzhürde gekämpft und für andere Regelungen, die wir jetzt bringen, beispielsweise daß ein solcher Antrag auf Abhaltung einer Volksbefragung auch von einem Viertel der amtierenden Gemeinderäte eingebracht werden kann, also nicht nur eine Volksinitiative ist, sondern auch auf Initiative eines Viertels der Gemeinderäte ergriffen werden kann. Mittlerweile hat sich aber gezeigt, daß eine einheitliche vom Gesetz vorgesehene Regelung unumgänglich ist, wenn man das Instrument Volksbefragung und damit direkt demokratische Maßnahmen wirklich ernst nimmt und wenn man die zum Tragen kommen lassen will. Das Mittel der Volksbefragung wurde durch sehr fragwürdige Bestimmungen in den Gemeindegesetzungen mancher Gemeinden ins Absurde geführt. So ist es unsinnig, Volksbefragungen in den Gemeinden vorzusehen, deren Ergebnis die Gemeindeverwaltung nicht bindet und das ist in den allermeisten Fällen so. Das Ergebnis einer Volksbefragung ist nicht bindend. Welchen Sinn hat dann eine

Volksbefragung, wenn es nur eine Art Orientierung ist, die man zur Grundlage der Entscheidung nehmen kann aber nicht nehmen muß. Dies stellt eine in der Demokratie unzulässige Bevormundung der Bürger dar. Wenn die Mehrheit der Bürger in einer die Gemeindekompetenzen und Gemeindeangelegenheiten betreffenden Angelegenheit eine Entscheidung fällt, muß die Gemeindeverwaltung diese demokratische Abstimmung als eindeutigen politischen Auftrag akzeptieren, der nicht nach Belieben interpretiert oder umgangen werden kann.

Die Gemeinden haben diese Frage in ihren Satzungen unterschiedlich geregelt, sodaß die Bürger verschiedener Gemeinden unterschiedliche demokratische Mitentscheidungsmöglichkeiten haben. Die Prozenzhürde für die erforderlichen Unterschriften wahlberechtigter Gemeindebürger, mit denen ein Antrag auf Abhaltung einer Volksbefragung eingebracht werden muß, sind in den Satzungen wie gesagt der verschiedenen Gemeinden zumindest in Südtirol - vielleicht hören wir wie es im Trentino geregelt ist - ebenfalls unterschiedlich geregelt. Der Eindruck ist dadurch entstanden, daß die Gemeinderatsmehrheit die bevorstehenden Volksbefragungen erschweren wollte, also mit der Einführung einer hohen Hürde von wahlberechtigten Bürgern, die den Antrag überhaupt auf Abhaltung einer Volksbefragung stellen und dann daß es eben nicht bindend ist. Die unterschiedliche Handhabung der Regelung zur Volksbefragung stellt eine in der Demokratie Ungleichbehandlung der Wahlbürger dar. Wenn in einer Gemeinde 25% als Unterschriftenhürde festgesetzt ist, so werden die Bürger dieser Gemeinde gegenüber den Wahlberechtigten einer Gemeinde mit 10% Unterschriftenklausel erheblich benachteiligt sein. Die bisherige Erfahrung mit den Bestimmungen zur Volksbefragung in den verschiedenen Gemeindegesetzen macht es erforderlich, daß der Regionalrat gesetzgeberisch eine klare Regelung vorgibt, nachdem auch aus den Reihen der Mehrheitsparteien Forderungen nach Angleichung der Prozentsätze für Volksbefragungen kommen - siehe Abgeordneten Franz Pahl, der ja die Senkung dieser Hürde verlangt, der in Sachen Mühlbach ja mehr als eine Pressemitteilung herausgegeben hat, wo er sagt, welcher Skandal das sei, daß man hier die Latte so hoch gelegt hat und die Latte müsse herunter. Wo ist der Abgeordnete Dr. Pahl jetzt, der dafür in den Pressemitteilungen kämpft.

Angesichts auch dieser Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeit ist es vier Jahre nach Inkrafttreten dieser Gemeindeordnung an der Zeit im Regionalgesetz zur Gemeindeordnung klare Bestimmungen für die Abhaltung von Volksbefragungen aufzunehmen. So wird in unserem Antrag, es wird jetzt Artikel 7-bis des vorliegenden Gesetzentwurfes, bestimmt, daß die Volksbefragungen für die Gemeindeverwaltungen bindenden Charakter haben und ich glaube das wäre schon ein erster Fortschritt. Wie gesagt haben wir das schon vor vier Jahren massiv eingemahnt und entsprechende Anträge schon gestellt. Der Gemeinderat - das soll auch eingebaut werden - kann auf Antrag von 25% seiner Mitglieder selbst eine Volksbefragung festsetzen. Wenn die Initiative von den Gemeindebürgern ausgeht, muß der Antrag von mindestens 5% der in die Wählerlisten eingetragenen Bürger unterzeichnet sein, das ist unser Antrag.

Der Gemeinderat muß auch zu Beginn seiner jeweiligen Amtsperiode eine Kommission einsetzen, welche über die Modalitäten der Durchführung einer

Volksbefragung befindet und das erscheint uns auch sehr wichtig. Dann nämlich ist bereits diese Kommission da, denn es hat sich bisher in vielen Gemeinden, wo man eine Volksbefragung durchführen wollte, diese Lücke gezeigt, nicht nur die hohe Latte an Anträgen zur Abhaltung einer Volksbefragung, sondern vor allen Dingen auch, daß man nicht genau gewußt hat, wer diese Kommission einberuft, worauf diese Kommission achten muß, was diese Kommission genau tun und regeln muß. Diese Lücke soll damit auch geschlossen werden. Dieser Kommission müssen Gemeinderäte der politischen Mehrheit und der politischen Minderheit angehören, um hier eben demokratische Regeln, demokratische Grundlagen, zu schaffen. In diesem Artikel 7-bis werden die grundlegenden Voraussetzungen für die Volksbefragungen festgeschrieben, welche für alle Gemeinden und somit für alle Gemeindebürger gleich sein müssen. In den Gemeindegesetzen können die weiteren Verfahren, die Modalitäten zur Volksbefragung, zur Ausschreibung und zur Bürgerinitiative dann geregelt werden.

Artikel 12 dieses Gesetzes verpflichtet die Gemeinden zur möglichst raschen Anpassung der Gemeindegesetzen an die neuen gesetzlichen Bestimmungen und auch das ist sehr wichtig, damit sich die Gemeinden nicht wieder Zeit lassen können und sie damit möglicherweise Volksbefragungen ausweichen, die noch in dieser gemeintem Legislatur anstehen und durchgeführt werden sollten. Das zum Thema Volksbefragung. Wie gesagt, wenn man den Gesetzentwurf schon vorzieht, dann ist dies für uns ein willkommener Anlaß, um dann eben diese wichtigen direkt demokratischen Anliegen auch einzubringen und ein für allemal dafür zu sorgen, daß diese Volksbefragungen tatsächlich einen Sinn haben, indem sie eben einen bindenden Charakter bekommen.

Nun zu einer anderen Frage und zu einem anderen Teil dieses Gesetzentwurfes. Hier ist also die Rede, daß delegiert werden soll. Ich hätte hier eine Frage an ein Mitglied der Südtiroler Landesregierung, vielleicht Landesrat Herrn Dr. Achmüller. Die konkrete Frage: es ist die Rede von Möglichkeiten der Delegierungen auch von Landeskompetenzen an die Gemeinden. Im Zusammenhang mit der Auflösung verschiedener Arbeitsämter draußen in den Bezirken hat der Landesrat Achmüller uns hier einmal gesagt, die Gemeinden würden diese Aufgabe übernehmen, das heißt also Ausstellung von Arbeitsbüchlein, Eintragung in die Arbeitslosenliste und dergleichen. Ich ersuche hier um eine Auskunft, ob man das an diese Gesetzesmaßnahme knüpfen will, was in dieser Hinsicht bereits getan ist oder was man eventuell dezentralisieren will. Das ist hier nämlich nicht klar genug gesagt. Es steht hier beispielsweise im Begleitbericht auf Seite 2: in diesem Rahmen werden die Gemeinden als natürliche Ansprechpartner für sämtliche Funktionen administrativer Art betrachtet, die mit der Wahrung und Förderung der sozioökonomischen Interessen der jeweiligen Gemeinschaften im Zusammenhang stehen.

Ich bitte um eine kurze Stellungnahme dazu, ob das dann nicht mit diesem Gesetz geschieht. (Grundsätze der Subsidiarität, Verantwortlichkeit und Einheitlichkeit - hier erwähnt -, die Grundlage der Selbstbestimmung auch der untergeordneten Einrichtungen, also der Gemeinden, die Gemeindevereinigung, die interkommunale Zusammenarbeit, überkommunale Zielgruppen und dergleichen). Wenn hier von

Transparenz die Rede ist, so ersuche ich um noch eine Erläuterung hier, wie das geregelt werden soll. Hier steht im Begleitbericht, dadurch daß die Kontrollfunktion des Gemeinderates verstärkt wird, ist in jedem Falle gewährleistet, daß ein Drittel der Gemeinderatsmitglieder bzw. ein Fünftel in den Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohner beantragen kann, daß vom Gemeindeausschuß getroffene Beschlüsse, die gegen programmierungs- und richtungsweisende Akte allgemeiner Art verstoßen und vom Gemeinderat erlassen wurden bzw. vom Ausschuß getroffen wurden, der als beschlußfassendes Organ nicht für den besonderen Bereich zuständig ist, der den Gegenstand der Maßnahme bildet, einer Kontrolle unterliegen. Es ist mir nicht ganz klar, was hier praktisch damit gemeint ist, denn man müßte doch eigentlich sagen: ist nicht alles der Kontrolle des Gemeinderates unterworfen, wird nicht alles vom Gemeinderat kontrolliert oder kann nicht alles vom Gemeinderat kontrolliert werden, welche Änderungen soll es dann beispielsweise geben für andere Gemeindeaufsichtsorgane. Sollen die damit entlastet werden, die Gemeindeaufsichtsbehörden beispielsweise des Landes oder was ist hier der konkrete Hintergrund dieser Maßnahme bzw. ist es etwas wirklich Neues, praktisch Neues. Dazu möchte ich eine klarere Auskunft.

Die vom Gemeindeausschuß erlassenen Maßnahmen werden an der Amtstafel ausgehängt und gleichzeitig erhalten die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden des Gemeinderates eine Kopie derselben. Das scheint mir im Grunde etwas Selbstverständliches zu sein. Ich weiß nicht, ob das bisher nicht der Fall war. Wenn das nicht der Fall war, so ist das höchste Zeit und im Sinne der Bürgernähe aber auch der sogenannten Transparenz unumgänglich, daß es an der Amtstafel ausgehängt wird und daß die Bürger Einsicht nehmen können in diese Gemeinderatsbeschlüsse und vor allen Dingen, daß die Gemeinderatsmitglieder - ich hätte gesagt nicht nur die Fraktionsvorsitzenden sondern alle Gemeinderatsmitglieder - dann eine Kopie dieser Beschlüsse bekommen.

Ich ersuche die Kolleginnen und Kollegen vor allen Dingen was die Änderung des Artikels 50 dieses alten Gesetzes betreffend Volksbefragungen hier betrifft, ein offenes Ohr zu zeigen und auch eine demokratische Einstellung, denn gerade die Ereignisse der letzten Wochen und Monate haben gezeigt, daß die Gemeindegremien hier Hürden festgesetzt haben, die sehr schwer zu überspringen sind, sodaß die Volksbefragung als direkt demokratische Maßnahme nicht zum Tragen kommen kann.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Valduga. Ne ha facoltà.

VALDUGA: Signor Presidente, mi sia permesso, prima di fare qualche considerazione di tipo generale rispetto al disegno di legge che è stato avanzato dal PPI, di rendere edotta l'aula del comportamento della maggioranza rispetto all'iter del disegno di legge che stiamo discutendo. Il Partito popolare aveva presentato il disegno di legge in data 1 ottobre 1996, non ha avuto il piacere di vederlo discusso dalla Commissione fino a quando la Giunta regionale non ha presentato il suo disegno di legge, ciò è avvenuto

circa un mese fa e subito il disegno di legge della Giunta è stato portato in Commissione, una Commissione che fra il resto era convocata per il 21 di marzo e che improvvisamente è stata anticipata al 19 senza che tutti i commissari della Commissione fossero avvertiti, Commissione che doveva adunarsi alle ore 15 del 19 di marzo, che alle ore 15.30 non aveva ancora raggiunto il numero legale ed il membro della Commissione ed il relatore per il Partito popolare della legge si allontanavano a causa del fatto che la Commissione non si era adunata in numero legale per poter intraprendere i lavori.

Il giorno successivo venivamo informati che verso le ore 15.50 il Presidente della Commissione Atz, con una serie di telefonate, aveva ritenuto opportuno trovare un numero di consiglieri affinché formassero la maggioranza e si era proceduto all'esame del disegno di legge presentato dalla Giunta regionale e anche del disegno di legge presentato dal gruppo popolare pure in carenza della presenza dei popolari.

Questa mattina abbiamo sentito risuonare in aula lo squallore del verbale della Commissione laddove dice che il disegno di legge del Partito popolare è stato bocciato senza che vi fosse dibattito all'interno della Commissione.

Segnalo queste cose, perché questa maggioranza regionale si era presentata l'anno scorso in estate come la maggioranza che andava a fare le riforme, come la maggioranza che finalmente inglobava una forza politica che avrebbe dato voce, spazio e possibilità di espressione alle opposizioni o comunque alle minoranze e ci troviamo invece di fronte ad un regime bello e buono, con una connivenza da parte delle nuove forze entrate a far parte della maggioranza che fa rabbrivire rispetto ad un comportamento del SVP nella persona del suo capogruppo Roland Atz, che la dice lunga rispetto all'attenzione nei confronti delle minoranze e rispetto ad un confronto civile e proficuo rispetto a temi importanti e significativi come quelli che stiamo trattando quest'oggi in aula.

Debbo dire anche che proprio la volontà della maggioranza che si è materializzata questa mattina di spostare il punto n. 89 con l'abbinato n. 90 a prescindere dalla volontà del Partito popolare al punto n. 1 ci lascia sconcertati, perché pone l'Assemblea regionale nella condizione di non essere sufficientemente preparata e disponibile ad un dibattito approfondito sull'argomento e credo che ci fosse necessità che i vari consiglieri regionali potessero avere materiale sufficiente per poter operare gli interventi necessari. Prendo atto con soddisfazione e sottolineo l'abilità e la passione civile e civica che animano personaggi come Benedikter ed Eva Klotz, che sono riusciti nel giro di poche ore nell'intervallo del pranzo a vedere il disegno di legge della maggioranza, a preparare tutta una serie di osservazioni puntuali sotto il profilo addirittura della legittimità ed a prepararsi per una battaglia di proposizioni emendative durante l'esame dell'articolato, non so se gli altri gruppi hanno avuto la stessa possibilità e se sono stati messi nella condizione di poter prepararsi in eguale maniera; se ciò non fosse avvenuto per quanto voluto dalla maggioranza, mi pare che questo ritorna a disdoro di un discorso di rapporto positivo tra maggioranza ed opposizione, ma che la maggioranza, soprattutto nella componente di sinistra, si stia progressivamente dimostrando insensibile alle ragioni e alle motivazioni delle opposizioni non è dimostrato solo da oggi o all'interno della Giunta regionale, ma anche altre sedi hanno

avuto modo di segnalare l'intolleranza sostanziale di persone che arrivate a gestire il potere ritengono che solo le loro idee e solo i loro comportamenti siano significativi e importanti per la comunità trentina o regionale e gli altri debbano essere da considerarsi non solo di serie B, ma addirittura di serie C o quanto meno come qualcosa di inopportuno.

Detto questo e sperando di poter anche ritornare su alcune osservazioni che puntualmente ha fatto il collega Benedikter, mi pare di poter portare qualche ulteriore elemento per la discussione generale.

Il Partito popolare, forte di una tradizione che gli è propria, che è quella dell'attenzione nei confronti delle istituzioni e del funzionamento delle istituzioni, non poteva non cogliere all'interno della Regione Trentino Alto Adige e in modo particolare all'interno della Provincia di Trento il fatto che le istituzioni erano poste in condizione di non poter funzionare al meglio, e dico subito, da una parte la Regione messa come una specie di cornice, di quadro, dentro cui si può fare di tutto, ma che sostanzialmente non può determinare nulla e qui la discussione forte e violenta che è nata in questi tempi rispetto al ruolo e al significato che la Regione potrebbe avere, credo che riaprire un discorso estremamente forte e di confronto sul tema della Regione potrebbe diventare finalmente un'operazione positiva per il Consiglio regionale e magari un punto di merito per la Giunta regionale, ove questa volesse finalmente assumere un ruolo propositivo. La Provincia di Trento, a seguito di una serie di competenze che è riuscita a strappare nel dialogo e confronto con lo Stato si è andata via via caricando di oneri e di incombenze che non sa assolutamente gestire secondo criteri di snellezza, di trasparenza, di efficacia rispetto alla vita di tutti i giorni, nel Trentino in modo particolare, ma anche nella Provincia di Bolzano, la situazione comunale è connotata da una frammentazione talmente forte da inficiare sostanzialmente il ruolo del comune rispetto anche qui ad una vita civile, che sia improntata all'utilizzo positivo delle risorse, alla chiamata del cittadino ad essere responsabile in prima persona, ma messo nelle condizioni di poter esercitare la responsabilità e sono i comuni del Trentino talmente frammentati che non possono assolutamente proporsi come soggetti reali per creare le condizioni e le opportunità per costruire una vita degna del 2000, corriamo il rischio di disperdere in rivoli multipli energie, risorse, possibilità di avanzamento dello stato economico, civile e culturale della nostra gente in grazie proprio di una struttura e di una architettura istituzionale che non è più confacente alle esigenze ed ai tempi moderni e proprio prendendo spunto da questa considerazione, che noi riteniamo incontrovertibile, abbiamo pensato come Partito popolare che era necessario arrivare ad una modifica dell'assetto istituzionale nel senso di decongestionare la Provincia di tutta una serie di incombenze di tipo gestionale, di tipo pianificatorio, di tipo progettuale, per ricondurla invece ad un ruolo che sia di tipo programmatico generale, il ruolo di legislatore, il ruolo di indirizzo e di controllo dell'attività che si deve svolgere sul territorio, abbiamo ritenuto necessario che il terminale della rivoluzione che porterà la Provincia a perdere di peso dal punto di vista della gestione ed acquistarne finalmente dal punto di vista legislativo e di programmazione fosse il comune, ci siamo però accorti subito che il delegare il tutto ai singoli comuni nel Trentino diventava improduttivo e

comunque era tale da operare un dispendio di energie e di risorse che non era compatibile con la situazione attuale. Da qui quindi, in estrema sintesi, la necessità di pensare ad un ente sovraordinato che fosse capace di interpretare le istanze dei comuni, garantire paritetiche opportunità su tutto il territorio della Provincia, evocare quelle che sono le qualità peculiari dal punto di vista socio-economico e culturale, enfatizzare e sottolineare il senso di appartenenza, mettere in evidenza per quello che riguarda il Trentino la ricca diversità del Trentino e attraverso la sottolineatura della diversità concorrere a creare la ricchezza complessiva della Provincia di Trento.

Per poter andare incontro a questo disegno si trattava, evidentemente, di operare uno sforzo dal punto di vista legislativo che fosse, come ho detto prima, finalizzato ad un duplice risultato: il primo, introdurre una nuova disciplina sull'ente intermedio, da collocare come strumento di amministrazione locale in posizione intermedia tra la Provincia autonoma e il comune, secondo questa prospettiva - lo dicevo già questa mattina - l'idea di un ente intermedio non è stata ritenuta di per sé né superata né censurabile, si è partiti cioè dal presupposto della necessità per noi di un terzo livello di amministrazione, in grado di garantire una corretta gestione di quei servizi e di quelle attività che non possono essere correttamente gestite né a livello provinciale, né a livello comunale, l'idea dell'ente intermedio, presa nella sua essenza fondamentale, è stata di per sé ritenuta tuttora valida, perché corrisponde - come dicevo questa mattina - ad un duplice ordine di considerazione: da un lato l'impossibilità di continuare a mantenere a livello provinciale accentrato la gran parte delle competenze di gestione del territorio e di amministrazione dei servizi per la popolazione, dall'altro l'impercorribilità per la Provincia di risolvere il problema del decentramento avendo come unico interlocutore il comune. Ho già detto prima quanto sono troppi e troppo frammentati i comuni nell'ambito delle due Province e in modo particolare nell'ambito della Provincia di Trento e non era, per noi almeno, realistico ipotizzare una drastica ed immediata semplificazione del quadro istituzionale comunale attraverso processi di aggregazione volontaria o imposta.

Volevamo poi stabilire contestualmente una disciplina sul decentramento dell'attività amministrativa locale, attualmente in gran parte tuttora centrata, come ho detto prima, a livello provinciale, secondo noi a questo livello occorre operare in senso correttivo rispetto ai principi statutari, tutti rivolti ad una comprensibile accentuazione della sola dimensione provinciale ed assai poco orientati ad un riconoscimento diffuso delle autonomie locali cosiddette minori. La Provincia, secondo il Partito popolare, deve finalmente ricollocare la gran parte delle attribuzioni assegnate dallo Statuto e dalle norme di attuazione ad un livello inferiore, a livello comunale fin dove è possibile e ad un livello intermedio ove ritenuto necessario o più funzionale, utilizzando in primo luogo - e qui è importante la sottolineatura - lo strumento della delega - perché questo allo stato attuale ci è concesso - già previsto dallo Statuto.

La riforma dell'ente intermedio non è quindi, per noi, una riforma fine a se stessa, ma deve essere strettamente correlata ad una riforma che noi chiamiamo 'di tipo copernicano' del modo di amministrare la comunità locale, con forti passaggi di funzioni, di uffici, di personale dal centro alla periferia e con la riserva in capo alla

Provincia delle significative funzioni - come ho già detto - di indirizzo, di controllo e di coordinamento generale. Per assolvere a questo intento ed a questo compito il Partito popolare ha prodotto due disegni di legge, uno a livello regionale e l'altro a livello provinciale.

Mi preme ancora, e spero di non tediare i pochi ascoltatori, portare a beneficio del dibattito e a contributo dell'Assemblea, quali sono le normative di riferimento che hanno assistito la costruzione dei disegni di legge regionale e provinciale da parte del Partito popolare. Il quadro normativo su cui si fonda l'iniziativa dei due disegni di legge è piuttosto complesso ed ecco da qui anche la necessità, probabilmente, di un dibattito molto più aperto e molto più approfondito, la sede probabilmente dove queste cose potevano essere valutate meglio era la Commissione, ma vi ho già detto come è stata usata, in maniera estremamente impropria ed addirittura lesiva dei diritti delle opposizioni. Dicevo che il quadro è piuttosto complesso, sono chiamate in causa disposizioni e principi contenuti in vari livelli normativi ed espressione di competenze legislative fra loro diversamente graduate quanto a provenienza ed efficacia. Del resto la stessa scelta che noi reputiamo obbligata di disciplinare i modi ed i contenuti del decentramento provinciale con due diverse leggi, una regionale e l'altra provinciale, è sintomo evidente di una complessità normativa ineliminabile. Allora: comune, ente intermedio comunità montana o come lo vogliamo chiamare, Provincia autonoma, Regione autonoma, Stato, Comunità europea, sono questi i soggetti istituzionali di riferimento su cui incidono e si intrecciano fonti normative che spaziano dai principi di grado costituzionale e statutario, ne ha già fatto cenno il cons. Benedikter, alle regole contenute nelle leggi organiche o di riforma dello Stato alle norme di tipo ordinamentale regionale, alle discipline generali e settoriali poste in essere dalla Provincia autonoma nell'esercizio delle sue molteplici competenze.

Procedendo per ordine e nella volontà - ripeto - di dare un contributo al dibattito ed alla conoscenza della materia per i consiglieri, procedendo con ordine dall'alto verso il basso e ragionando con grande sintesi, i riferimenti fondamentali sono: primo, la Costituzione, che nell'art. 5 'riconosce e promuove le autonomie locali e gli strumenti del decentramento' e nel titolo quinto della parte seconda definisce la disciplina di principio sull'organizzazione complessiva delle autonomie locali, in particolare l'autonomia comunale; l'autonomia comunale trova un riconoscimento costituzionale da definire in una apposita legge generale dello Stato - si veda l'art. 128; due: di livello costituzionale è anche lo Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670, da ultimo modificato dalla legge costituzionale 23 settembre 1993, n. 2, che per la verità contiene una disciplina scarna e non bene organizzata sulle autonomie locali, per noi, rilevano comunque due tipi di norme: quelle che definiscono il sistema delle competenze legislative amministrative che vengono ad incidere sugli enti locali e quelle che dispongono in ordine alle modalità ed agli strumenti dell'esercizio dell'azione amministrativa in ambito locale. Sotto il primo profilo alla Regione spetta una competenza legislativa sull'ordinamento di tutti gli enti locali che a seguito della modifica statutaria introdotta con la legge costituzionale n. 2 del 1993 è di grado primario ed esclusivo e che deve quindi rispettare la Costituzione, i

principi dell'ordinamento giuridico dello Stato, gli obblighi internazionali, gli interessi nazionali ed i principi delle leggi di grandi riforme economico-sociali, si tratta di una competenza tendenzialmente molto ampia, di tipo ordinamentale e che incide su tutti gli enti locali, non più quindi solo sui comuni, ma anche sugli altri enti di dimensione e valenza locali, quali possono essere i comprensori o gli enti intermedi previsti dalle leggi. Questa estensione della competenza regionale va sottolineata, prima del 1993 la competenza legislativa sull'ordinamento dell'ente intermedio era attribuita alla Provincia autonoma dall'art. 7 del D.P.R. 22 marzo 1974, n. 279, norma di attuazione dello Statuto. La modifica statutaria del 1993, attribuendo alla Regione ciò che prima era della Provincia, ha arricchito e qualificato l'autonomia regionale a scapito di quella della Provincia autonoma, che nel frattempo aveva creato ed organizzato l'ente intermedio.

A fronte della competenza ordinamentale regionale, alla Provincia autonoma spetta l'esercizio di tutte le competenze specifiche, sia legislative che amministrative, riconducibili pressoché all'intera gamma degli interventi nei settori sociale, territoriale ed economico, così come sono indicate dallo Statuto agli artt. 8, 9, 10 e seguenti e delle relative norme di attuazione. In questo ambito ricade in particolare nella competenza provinciale la determinazione complessiva dell'assetto delle funzioni a livello territoriale e quindi in termini concreti della politica del decentramento provinciale.

Sotto il secondo profilo è sufficiente ricordare che l'art. 18 dello Statuto, mentre dispone che la Regione debba esercitare normalmente le proprie funzioni amministrative delegandole alle Province ed altri enti locali, non altrettanto dispone per l'esercizio dell'attività amministrativa della Provincia, quest'ultima ha una semplice facoltà di delega nei confronti degli enti locali, fra l'altro limitata solo ad alcune delle funzioni che sono di sua spettanza, mi sembra che il tema l'abbia già sviluppato il cons. Benedikter, la differenza non è di poco conto, anche in relazione ai principi dell'art. 118, comma 3 della Costituzione, che regolano il decentramento nel sistema delle regioni ordinarie e sta a documentare la peculiare collocazione degli enti locali trentini fino ad oggi soggetti e limitati nell'esercizio delle loro funzioni dalla preponderante ed onnicomprensiva presenza provinciale.

Ad un livello immediatamente subcostituzionale stanno le norme di attuazione dello Statuto: l'art. 7 del D.P.R. 279 del 1974 è diventato impraticabile per effetto della riforma del 1993, anche il D.P.R. 19 novembre 1987, n. 526, all'art. 15 in modo particolare, che puntava ad estendere le competenze amministrative dei comuni trentini a livello proprio dei comuni del resto del paese, in pratica non ha sortito effetto alcuno, lo Statuto prevale comunque e lo Statuto, attribuendo tutte le competenze che contano alla Provincia, lascia pochissimo spazio al comune, quindi sostanzialmente nasce un problema, è inutile andare a gabellare la possibilità di trasferire funzioni se prima non è fatta la modifica dello Statuto, inoltre non ha avuto fino ad oggi alcuna attuazione la norma di obiettiva e difficile applicazione che vincola il trasferimento ai comuni di competenze provinciali all'approvazione di una apposita legge regionale su concorde richiesta delle due Province.

L'esercizio della competenza ordinamentale regionale, pur essendo assai ampio quanto a contenuti, deve comunque rispettare i principi di riforma delle leggi generali dello Stato, vengono qui in rilievo le leggi statali della riforma degli enti locali, sia quella generale sull'ordinamento delle autonomie locali, sia quella specifica sul nuovo sistema elettorale comunale e provinciale, ovviamente il grado di vincolatività dei principi contenuti in queste leggi varia a seconda dei singoli aspetti della disciplina, inoltre occorre sempre leggere ed eventualmente applicare tali principi alla luce delle regole dello Statuto di autonomia e delle relative norme di attuazione, in particolare bisogna tenere presente la disciplina sulle comunità montane contenuta nel capo nono della legge dello Stato n. 142. La disciplina statale specifica sulle comunità montane è contenuta parte in leggi di carattere generale e parte in legge di settore, quale ad esempio la legge 31 gennaio 1994, n. 97 sulla salvaguardia e la valorizzazione delle zone di montagna, la disciplina contenuta nella legge n. 142 del 1990, pur introducendo importanti innovazioni, ha sostanzialmente mantenute ferme le norme della legge 3 dicembre 1971, n. 1102 già richiamata dalla norma di attuazione del D.P.R. n. 279 del 1974 sopra citato. Vi è poi da ricordare ancora la disciplina comunitaria e le discipline statali ad essa collegate e la disciplina principale di riferimento è quella ordinamentale della Regione.

Ho voluto percorrere questo percorso fatto di leggi e di norme, che in qualche misura interagiscono e vincolano o limitano la potestà legislativa del legislatore regionale e provinciale al fine di ricondurre il dibattito in un solco di verità giuridica quando non è possibile trovare un terreno di intesa sotto il profilo delle scelte e delle espansioni dal punto di vista politico. Dico questo perché evidentemente il Partito popolare nel seguito del dibattito, a seconda di come sarà la posizione della maggioranza rispetto al disegno che il Partito popolare ha presentato, andrà a sottolineare tutti gli aspetti che sono non congrui rispetto alla normativa vigente, convinti come siamo che è un'occasione persa quella di non riscoprire il ruolo della comunità montana e del senso di appartenenza dei cittadini delle valli del Trentino.

Credo che la maggioranza, nel momento in cui preclude la possibilità - perché questo è il sentore che ho avuto dall'assessore - preclude la possibilità anche in termini teorici di poter muoverci secondo l'idea della costruzione della comunità montana, si assume una responsabilità gravissima di cui la popolazione trentina credo sappia anche fare tesoro e ripagare.

Per intanto avrei concluso.

Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz **Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini**

PRÄSIDENT: Der Abgeordnete Tosadori ist der nächste Redner. Bitte, Abgeordneter Tosadori.

TOSADORI: Grazie, signor Presidente e gentile signora assessore. Alla lettura di questo testo presentato dalla Giunta, in effetti ho avuto qualche perplessità sotto il

profilo giuridico-formale, al quale mi atterrò nella brevissima esposizione che debbo fare.

Ne ho viste di tutte i colori nella mia pur non lunghissima vita, però riuscire a gabbare una riforma, pur necessaria, indubbiamente, alla legge regionale 4 gennaio n. 1 e quindi ad un adeguamento di quelli che sono i pur sacrosanti principi cui essa sottende, quindi un principio di sussidiarietà eccetera, con una modifica, ovvero attraverso questa norma produrre una modifica costituzionale, questa effettivamente è una cosa molto difficile da comprendere, e mi spiego: a parte la dizione del comma 3 dell'art. 1, che mi lascia abbastanza perplesso, ove dice che 'le Province autonome, individuano le funzioni, nelle materie di cui al comma 2', e questo potrebbe anche essere possibile e quelle materie 'che sono trasferite o delegate o subdelegate ai comuni', questo in effetti potrebbe anche passare, ma dove l'attenzione del Consiglio regionale deve essere portata è, a mio avviso, l'art. 3, che prevede la modifica all'art. 39 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 e precisamente ai commi 2, 3 e 4.

Mi sembra che tutti gli intervenuti abbiano, in un certo senso, notato questa forte incongruenza tra questi commi e la loro direi obiettiva incostituzionalità o la difficile digeribilità da un punto di vista tecnico-giuridico e la loro collocazione in un ambito proprio.

L'art. 4 del nostro Statuto che regola quelle che sono definite dalla pratica costituzionale le leggi cornice, quindi quelle leggi che nel rispetto dei principi dell'ordinamento e nel rispetto degli obblighi internazionali e degli interessi danno facoltà agli enti esponenziali di comunità territoriali di legiferare in determinate materie, al punto 3, così come modificato dalla legge costituzionale 23 settembre 1993, n. 2, art. 6, dice: la Regione 'in armonia con la Costituzione e i principi dell'ordinamento giuridico dello Stato - eccetera - ha la potestà di emanare norme legislative nelle seguenti materie': ordinamento degli enti locali e delle relative circoscrizioni. Orbene, a me sembra, gentile signora assessore, che ove si dice nella norma, così come proposta nel testo della Giunta, 'la legge provinciale stabilisce', si debba leggere 'la legge regionale stabilisce' al comma 2 dell'art. 3 ed al comma 3 'la legge regionale individua le funzioni' ed al comma 4 'la legge regionale disciplina le modalità', vedo, assessore, che lei mi dice di no, ma io le dico che in effetti in nessun altro modo potrebbe passare un articolo di questo tipo, perché non è possibile che la legge provinciale stabilisca quali funzioni, tra quelle comprese all'art. 2, comma 2, nonché quelle delegate, sono esercitate in forma associata, perché il problema che la norma provinciale possa stabilire quali funzioni nell'ambito delle funzioni proprie della Provincia è indubbio, ma che esse siano esercitate in forma associata questo non è possibile, perché questo contravviene al punto 3 dell'art. 4, il quale prevede espressamente che l'ordinamento, cioè la struttura ordinamentale degli enti locali è riservata alla Regione ed il comma 3, quando dice che la legge provinciale individua quali funzioni ivi comprese quelle delegate passino, tutto bene, ma quando dice che 'la legge provinciale individuerà altresì quali funzioni, ivi comprese quelle delegate, sono esercitate dai comuni con popolazione inferiore a quella indicata dalla medesima legge avvalendosi delle strutture organizzative di un altro

comune' anche qui si opera un vulnus alla norma costituzionale, un vulnus preciso al terzo punto dell'art. 4, quindi al secondo comma.

Così pure il comma 4 dell'art. 3, ove prevede gli ambiti territoriali entro i quali operano le forme di collaborazione tra i comuni; ora tutto mi si potrà dire, assessore, ma che l'organizzazione dei comuni possa essere con legge provinciale stabilita, questo non è possibile, perché proprio lo vieta una norma costituzionale che è l'art. 4 e siccome l'interpretazione delle norme non può che essere fatta secondo una logica di buon senso, prima ancora che letterale, che interpretativa di qualsiasi tipo, io dico che proprio questa interpretazione che dobbiamo dare, che è nel significato che hanno le parole nella loro composizione grammaticale e semantica, null'altro non possa dire che sono trasferite alle Province competenze organizzative che in effetti competono o debbono competere secondo il dettato costituzionale alla Regione.

Ora, assessore, non ritengo che non si debba arrivare ad una modificazione di quelli che sono i contenuti, quindi che ad un certo momento non si debba arrivare all'attuazione di un vero principio di sussidiarietà, quindi di un trasferimento, di una delega ai comuni, anzi è importante, necessario ed indispensabile, però questo deve essere fatto attraverso una forma tecnico-giuridica corretta e la forma tecnico-giuridica corretta è quella che passa attraverso la norma regionale, cioè la legge regionale deve stabilire non tanto i criteri di trasferimento delle funzioni, perché quelle appartenendo alla Regione o alla Provincia obiettivamente saranno di competenza della Regione o della Provincia a seconda della funzione trasferita, ma l'organizzazione no, non è possibile trasferire o delegare alla legge provinciale il trasferimento delle funzioni organizzative degli enti locali e degli enti e delle relative circoscrizioni e quindi locali e sub-locali.

Quindi questo è un profilo tecnico che non tocca il contenuto della norma, perché noi come movimento politico riteniamo che la struttura comprensoriale, le strutture che abbiamo sempre definito quali carrozzoni vadano sicuramente superate, però questo sia fatto nella forma costituzionalmente corretta, per arrivare ad una norma di questo tipo bisognerebbe modificare lo Statuto attraverso o una legge costituzionale o una norma di attuazione la quale modifichi il punto 3, però non si può portare all'approvazione il testo normativo prima della modifica della norma costituzionale, questo non è assolutamente possibile, come commissario della Commissione dei 12 posso anche dire che questo possa essere fatto e se effettivamente risponde ad esigenze generalmente riconosciute questo debba essere anche fatto, ma indubbiamente non si può farle la norma prima della modifica costituzionale e statutaria che la presuppone.

Con ciò ritengo che i tre commi che ho descritto obiettivamente non rispondano a quei criteri tecnico-giuridici di costituzionalità alla quale osservanza siamo tenuti assolutamente e chiedo in questa sede chiarimenti in merito e per semplificare e ulteriormente chiarire non tanto sulla delega e sul trasferimento delle funzioni, le quali obiettivamente competono agli enti esponenziali delle comunità territoriali comuni, Province e Regione, ma evidentemente del trasferimento delle funzioni organizzative, le quali con questa norma sarebbero trasferite alle Province e questo, gentile assessore, non è possibile. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke, Abgeordneter Tosadori.

Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Zendron. Sie hat das Wort, bitte.

ZENDRON: Grazie, Presidente. Direi che l'obiettivo in generale di questa legge è da condividere, è una legge che vuole anticipare i trasferimenti e le deleghe ai comuni, migliorando l'assetto amministrativo, delegando alle istituzioni più vicine ai cittadini tutta una serie di competenze e quindi di per sé credo sia una cosa positiva, perché non farlo per tutte e due le Province? Questa è la domanda che ci poniamo, sappiamo che politicamente c'è una risposta ed è il forte centralismo della Provincia di Bolzano, purtroppo anche la stessa legge Bassanini trasferirà in tutte le Regioni a statuto normale direttamente ai comuni una serie cospicua di funzioni, invece da noi le darà alla Regione ed in parte alle Province e noi in Provincia di Bolzano avremo come risultato che non ci sarà nessun trasferimento e nessuna delega, vediamo in Provincia di Bolzano negli ultimi anni è sempre più frequentemente un accentrarsi dei poteri anche che da altre parti sono dei comuni nelle mani della Provincia vengono dati alle Province delle funzioni per le quali addirittura non viene dato il finanziamento sufficiente, un esempio clamoroso è quello degli asili nido e delle scuole materne che sono stati dati ai comuni, però il finanziamento è stato anche ultimamente ridotto, quindi praticamente gli si dà il compito da svolgere, però non la possibilità di svolgerlo nel modo in cui i comuni autonomamente potrebbero decidere e questo sicuramente è un esempio, potrei farne altri in altri campi, sui piani urbanistici eccetera, alcune decisioni della Giunta provinciale hanno fatto sì che i comuni venissero privati addirittura della possibilità di controllare il proprio territorio e di realizzare la pianificazione all'interno del proprio territorio e la possibilità alla Provincia, quando si tratta di interessi sovracomunali, di intervenire d'autorità ed inserire di sua iniziativa nei piani urbanistici comunali addirittura realizzazioni ed opere senza nemmeno sentire il parere dei comuni né a livello di consiglio né di giunta. Questo per dire come è la situazione e per dire che nonostante neanche io mi ponga il problema di a chi spetti la competenza e di un rispetto delle competenze regionali nel campo ordinamentale, posso anche capire che la Provincia di Trento, che vuole fare un passo avanti sulla strada del decentramento effettivo, cerchi di farlo, quindi da questo punto di vista c'è una realtà che preme e che forse forza un po' la mano su quella che è la reale possibilità di attuare questa cosa.

Vorrei anche premettere che sto parlando del disegno di legge della Giunta, condivido anche l'indignazione del cons. Valduga, che ha spiegato come è avvenuto il dibattito nella I^a Commissione, noi non siamo rappresentati come gruppo nella I^a Commissione, abbiamo assistito qualche volta, capiamo bene che questa Commissione non svolge il suo lavoro e che non permette di approfondire i disegni di legge in modo tale che in aula si abbia un dibattito civile, proficuo, un confronto serio e dignitoso fra maggioranza ed opposizione, lo sappiamo, lo abbiamo denunciato più volte, mi dispiace ma in questo caso parlo del disegno di legge della Giunta, perché addirittura non essendo in Commissione, avendo fatto l'anticipazione, sto a quello che ha detto il consigliere, non sono in grado di esprimere una posizione sul disegno di legge dei

popolari e devo dire che questo mi dispiace, perché credo che in una situazione di normale democrazia dovrebbe essere possibile arrivare in Commissione e se ci sono gli strumenti e le capacità arrivare a dei testi unificati che tengano conto di tutto, non credo sia tutto da buttare via quello che è stato presentato dal Partito popolare, pur tenendo conto che chiaramente la maggioranza riesce a fare passare più punti di vista propri che non quelli degli altri, ma su questo credo non ci siano dubbi.

Nel disegno di legge della Giunta ho trovato anche una cosa interessante ed è questa proposta delle associazioni dei comuni, credo che realisticamente, poiché si è dimostrata impraticabile la strada dell'aggregazione e dell'unificazione dei comuni, questa sia una possibile strada per risolvere alcuni problemi, sono realista, certo che quando si vedono i comuni piccolissimi, ci si chiede come fanno.

Vorrei dire qui anche che in realtà di per sé non sono così preoccupata dal fatto che ci siano dei comuni anche piccolissimi, perché questi possono corrispondere ad una identità e si sa che non è facile mettere insieme identità diverse, però probabilmente è l'ordinamento che dovrebbe essere diverso, cioè prevedere per un comune di 300 abitanti la stessa struttura - consiglio, giunta e varie cose - come c'è per una città di 100 mila abitanti, è evidente che non funziona, credo di avere detto questa cosa anche in passato, quando si è discusso, è il modello asburgico che prevede i comuni più piccoli e non ci trovo nulla di sconvolgente, l'unico problema è che prendiamo un ordinamento e lo teniamo praticamente identico per tutte le realtà che sono diversissime, devo dire che nella Provincia dove sono io questo è poi portato, al di là dell'aspetto ordinamentale, anche in tutte le leggi fondamentali, per l'urbanistica eccetera si fanno le stesse regole per la zona industriale di Bolzano e per il più piccolo centro sperduto della Provincia, perché non si vogliono fare cose diverse, il che vuol dire che non va bene né di là né di qua, oppure va bene da una parte e va malissimo dall'altra parte, quindi credo che anche lì bisognerebbe trovare dei metodi differenziati.

Mi sembra che questa ipotesi delle associazioni potrebbe essere una soluzione o comunque contribuire a fare funzionare meglio realtà troppo piccole e a metterle insieme senza fare la scelta cruenta dell'aggregazione che il cons. Valduga, per esempio, aveva detto che proponeva 'aggregazioni imposte' e lì credo che realisticamente, al di là delle volontà sarebbe piuttosto...

(Interruzione)

ZENDRON: Ho capito male, ma io avevo proprio scritto 'imposte' tra virgolette, avevo sentito questa parola, forse era un malinteso.

Detto questo, vorrei dire anche che comunque la legge che qui modificiamo avrebbe bisogno di altre modifiche, sicuramente quella all'art. 50 proposta dalla cons. Klotz è una cosa su cui ci troviamo d'accordo, la parte che riguarda tutta la Provincia è un'anticipazione di quello che è previsto dalla legge Bassanini che sarà attuata adesso attraverso una serie di iniziative del Governo e la riduzione dei controlli sulle decisioni dei comuni; credo che questo sia anche un fatto positivo, purché la riduzione dei controlli da parte degli uffici provinciali preposti non significhi anche

una diminuzione della possibilità di ricorso da parte dei consiglieri e dei cittadini, perché è giusto, come in ogni regione, che ci sia la possibilità di sollevare rilievi, altrimenti non saremmo in una democrazia, allora credo che in questo disegno di legge sia purtroppo stata ridotta la possibilità di controlli da parte dei consiglieri, sono state eliminate alcune materie nelle quali i consiglieri possono intervenire, chiedere il controllo di legittimità e credo anche che in previsione di un numero di consiglieri per i centri...

(Interruzione)

ZENDRON: Sarà interessantissimo quello che dice l'assessore provinciale Bondi, però adesso smetto di parlare, altrimenti mi tocca ripetere tutto sull'articolato!

Credo che in quest'ottica di spostare i controlli o almeno dare la possibilità del controllo a consiglieri e cittadini sia troppo alta la previsione che nei comuni superiori a 3000 abitanti si richieda un terzo dei consiglieri, credo che se anche le misure siano state prese confezionate sulla Provincia di Trento, dove i 2/3 dei comuni hanno una maggioranza assoluta o una totalità di consiglieri che sono di un solo partito, mentre 1/5 va bene per quelli sotto i 3000, prevedere che sia 1/3 che sopra i 3000 mi sembra un po' esagerato, penso che 1/4 come era prima potrebbe essere sicuramente più adeguato e ragionevole, vorrei sentire anche in base a quali valutazioni si è fatta questa cosa, vorrei dire che in Provincia di Bolzano la differenza tra i comuni piccoli e quelli grandi di solito è sui 13 mila, sopra i 13 mila c'è una regolamentazione e sotto i 13 mila ce n'è un'altra, direi che sarebbe ragionevole che la differenza fosse posta a quel livello perché non mi sembra giusto porre tante altre differenze su altri limiti e qui improvvisamente si fa un'altra misura pensando ad una realtà diversa.

Un'altra cosa che è stata cancellata è la possibilità anche per i cittadini singoli di chiedere controlli di legittimità; sappiamo che su questo c'è anche una proposta dell'associazione delle minoranze che prevede addirittura in contemporanea con la richiesta di controllo da parte del cittadino anche singolo addirittura la sospensione della decisione, questo mi sembra esagerato, però che il cittadino possa chiedere il controllo di legittimità mi pare invece una cosa giusta, perché nel momento in cui si toglie il potere all'ente che sta sopra, mi sembra giusto che ci sia la possibilità per chi sta sotto o vicino di esercitare la funzione di controllo.

Questo mi pare pressappoco tutto, forse la mia collega dirà ancora qualche altra cosa in discussione generale o sull'articolato.

PRÄSIDENT: Danke, Frau Abgeordnete. Der nächste Redner ist der Abgeordnete Divina. Er hat das Wort.

DIVINA: Grazie, Presidente. Partirò a parlare brevemente del secondo disegno di legge, Valduga Zanoni e Giordani, per ristabilire un attimo di giustizia, nel senso che qui si parla di un monotema, si parla esclusivamente del disegno di legge della Giunta, per

dire che ha pari dignità anche un altro disegno di legge presentato, sia pure su una posizione che la Lega non condivide, nel senso che ogni forza politica ha una sua impostazione sui vari livelli di governo, su come distribuire le varie funzioni e le competenze e la Lega è convinta, come lo è sempre stata, che una delle disfunzioni del Trentino sia stata questa sovrapposizione degli enti comprensori ai comuni, che se in un momento storico aveva una funzione riequilibratrice di eccessivi squilibri in certi ambiti territoriali, si è manifestata poi nel tempo un laccio e una serie di impedimenti che tutto ciò che nelle previsioni poteva essere di buono e di utile; si è verificata una sovrapposizione di burocrazia e di appesantimenti e non ultimo di costi per l'apparato e i servizi pubblici. Diciamo che noi non crediamo nell'ente intermedio nemmeno come modificato dalla proposta Valduga, Zanoni e Giordani, in quanto, pur modificandone secondo i dettami ultimi della normativa della legge quadro nazionale, non nel contenuto, ma quasi in termini nominalistici, definendoli 'comunità montane' al posto di 'comprensori', ma nella sostanza rimandare a questo ente intermedio tutte le funzioni che a tutt'oggi sono in capo ai comprensori, farebbe rimanere tutto ciò come sta adesso, problemi compresi di funzionalità e di economicità della gestione della nostra amministrazione.

Venendo al testo di legge della Giunta, vi è da dire una cosa: non si riesce a capire perché non si è fatto questo passo, se la convinzione esisteva, già nel 1994, quando la legge portò in Consiglio provinciale quella che venne definita 'la legge per commissariare i comprensori', in attesa di una riforma regionale delle varie attribuzioni e della ripartizione delle attribuzioni direttamente in capo ai comuni. Questo che cosa avrebbe permesso? Innanzitutto pensiamo che questa riforma vedrà forse la luce nel 1988 e avrebbe permesso di congelare almeno una situazione e non combinare danni peggiori di quelli che si sono combinati già dal 1994, cioè avremmo risparmiato quanto meno 4 anni sulla strada di questa riforma, avremmo condizionato la riforma degli enti intermedi ed avremmo obbligato ad una certa velocizzazione nell'assumere questo tipo o una serie di altri successivi provvedimenti, nel senso che ponendo le figure dei commissari in base alla potestà in capo alle Province, in questo caso alla Provincia di Trento, non sull'ordinamento, che sarebbe stata in ogni caso materia regionale, ma in materia di vigilanza, avremmo permesso di azzerare la parte dei costi dell'apparato degli attuali comprensori, non avremmo più avuto né assemblee, né giunte gonfie, né presidenti, ma un unico commissario ed avremmo anche ottenuto il secondo vantaggio di congelare le piante organiche e non permettere più nuove assunzioni, che, viceversa, dal 1994 ad oggi sono continuate con i ritmi che ben conosciamo.

Questo indubbiamente impone una domanda: ma a questa amministrazione interessa veramente la riforma di cui si sta parlando? A noi sembra di no, in quanto se queste fossero state le vere aspirazioni o volontà politiche, si sarebbe quanto meno preso la palla al balzo ed avremmo recuperato 4 anni su questo terreno.

Possiamo anche giocare un po' in questa seduta, dicendo che finalmente vediamo i testi di queste agognate riforme, abbiamo assistito ad un cambio dell'esecutivo, ad una nuova maggioranza in Provincia di Trento ed alcune forze riferentesi all'Ulivo, una parte della sinistra trentina, le abbiamo sentite affermare che in

questo nuovo esecutivo regionale e provinciale sarebbero entrate con l'unica volontà o l'unica scommessa di portare a casa in questo scorcio di legislatura queste due riforme, la riforma degli enti locali e la riforma della legge elettorale. Di questi testi finalmente vediamo quello di riforma degli enti locali, non abbiamo ancora potuto avere visione del testo della riforma elettorale, la assessore Chiodi mi conforta dicendo: 'lo vedrete', noi però abbiamo molto sentito parlare di queste riforme, abbiamo letto molto, nel senso che giornalmisticamente potevamo sentirci soddisfatti o sufficientemente edotti, perché credo che in 60 luoghi del Trentino gli assessori competenti provinciali e regionali si sono presentati illustrando le loro riforme, il guaio è che a forza di illustrarle metà Trentino si è convinto che queste fossero leggi che hanno già vigore, ci siamo scordati che soltanto questi organi, l'Assemblea regionale e provinciale, sono gli organi deputati per varare qualsiasi nuova normativa e le forze che qui siedono, piacciono o non piacciono, sono le uniche titolate perché godono di un mandato di rappresentanza a varare, modificare o bloccare certi tipi di riforme o qualsiasi normativa venisse qui posta.

A questo punto a noi ragionando, da uomini semplici, con i piedi per terra, viene da chiedersi alcune cose. Era obiettivo del PDS e dell'Ulivo trentino veramente puntare alle riforme, alle necessità istituzionali di questi nostri enti o su questi problemi diventati a questo punto falsi strumenti si giocava o si sta giocando la nuova campagna elettorale, cioè una specie di scommessa? In quanto la disomogeneità politica che caratterizza queste Giunte regionale e provinciale fa presupporre ad una persona di media capacità di cognizione dei processi politici che poco o nulla si farà sul fronte delle realizzazioni - e parliamo ad ambito provinciale - in termini di visibilità, di opere, di strutture e di infrastrutture, abbiamo visto alla prova l'esecutivo su alcune grosse questioni - sanità - se deve andare in un senso o se deve andare nell'altro senso, la realizzazione delle grandi opere - PiRuBi sì, PiRuBi no, Valdastico sì, Valdastico no, bretelle della Rotaliana, un terno al lotto, ce lo giochiamo ai dadi all'ultimo che arriva -, capendo, e probabilmente la sinistra trentina è più intelligente - in senso politico, in senso furbesco del termine - delle altre forze, che poco si sarebbe realizzato pertanto non era importante o non era utile fare la scommessa su ciò che si sarebbe potuto fare in termini di infrastrutture, ma era meglio giocarsi la partita sui cambiamenti delle regole.

C'è però da dire una cosa, che una mentalità federalista non la si improvvisa cavalcando la tigre del momento. Sappiamo che l'assessore Chiodi fa parte di una forza politica che fino a pochi anni fa con il federalismo aveva un rapporto del tipo che ha un plotone di esecuzione con il malcapitato da eseguire, ciò che è successo in pochi anni non è dato da capire a noi, poveri mortali, stato è che tutta la sinistra italiana si è convertita al federalismo, il guaio è che queste conversioni dell'ultima ora lasciano molti lati oscuri ed infatti il federalismo implica anche la cognizione e la conoscenza di quello che sta alla base del federalismo, di questo patto, che è innanzitutto accettare il principio di sussidiarietà che è il perno su cui poggia ogni impianto federalista...

Sono già contento che il mio collega Boldrini mi conforti dicendo che mi sta ascoltando, perché ho la netta sensazione che pochi altri abbiano interesse ad approfondire questa materia, per cui chiedo solo al Presidente che in quest'Aula tutti

facciano ciò che vogliono, ma se hanno desiderio di conversare lo possono fare anche da un'altra parte.

(Interruzione)

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Ha fatto un richiamo che condivido. Vi prego, colleghi, di prendere posto o di uscire dall'aula. Prego, collega.

DIVINA: Ed ecco che l'arcano si spiega quasi subito: al terzo comma dell'art. 1 vediamo che non ha diritto di cittadinanza il principio di sussidiarietà, perché leggendo che 'Regione e Province autonome individuano le funzioni e le materie che sono da trasferire o da delegare o da subdelegare a comuni singoli o associati' eccetera, ci fa capire quanta poca democrazia esista - non è il termine corretto -, quanto poco rispetto esista per il principio di sussidiarietà.

Sussidiarietà vuol dire attribuire la totalità delle competenze a l'ente esponenziale più vicino ai cittadini, sarà questo ente cosciente e responsabile a rendersi conto che non riuscirà a gestire la totalità delle competenze, ma questo dipenderà da ente a ente, da dimensione a dimensione, perché probabilmente il comune di Milano, se dovessimo scrivere la carta dei comuni, potrebbe gestire la totalità delle competenze, compresa l'università, cosa che i comuni del Trentino probabilmente a partire dal Massimeno, fino ad arrivare a Trento, hanno un grado ed una grossa diversità di capacità di erogare servizi eccetera ed a sua volta dovranno entro questo grado stabilire in base alle reali capacità di rispondere, di mezzi e di risorse che avrà ogni comune, di limitarsi a gestire al meglio ciò che è in grado e sa fare. Stabilire al livello superiore ciò che devono fare i comuni, come devono farlo i comuni, in che forma eccetera, questo vuol dire ribaltare completamente il principio cardine del federalismo, cioè il principio di sussidiarietà.

Che cosa comporterebbe, tra il resto, applicare nei canoni classici il principio di sussidiarietà? Si avrebbero quei benefici, quelle interrelazioni, si chiama competizione orizzontale, dove dovendo gestire al meglio ogni competenza che ogni comune ritiene di dover ottenere per se stesso, una competizione orizzontale perché ci sarebbe innanzitutto lo stimolo - perché i cittadini sono i giudici di questo sistema autoregolante - se quel tipo di servizio nella stessa zona dove non ci sono disparità né geografiche, morfologiche né di altro tipo, viene fornito ai cittadini del comune A ad un costo 10 e viene erogato ai cittadini del comune attiguo B a costo 20 o 15, saranno gli stessi cittadini che chiederanno spiegazioni ai propri amministratori del perché di questa diversità di costi, se dipende da quali condizioni comprensibili o incomprensibili, o se dipende da malaorganizzazione o malamministrazione, ed ecco che, sentendosi questo fiato sul collo, gli amministratori saranno i primi ad essere i più spronati e stimolati a far funzionare al meglio la macchina amministrativa. Poter trovare il paravento: 'ma io

questa cosa non la so fare, ma la devo fare, bene o male, perché mi obbliga la Provincia o la Regione' ricaschiamo nel sistema precedente, se vogliamo vecchio, attuale, che ognuno ha la possibilità di schermarsi, usare lo scudo dicendo: 'mah, vogliono così, si è deciso così, noi non avremmo fatto così, ma...', si vuol fare la riforma, ma di riforma non si fa nemmeno il primo passo di questa grossa responsabilità, non scaricare competenze e poi arrangiarsi, 'noi abbiamo fatto la riforma nei confronti dei nostri comuni'.

Questo si legge in tutto l'articolato, perché addirittura stabiliamo quali comuni, fino a che popolazione attribuire una serie di competenze, sotto una certa soglia di popolazione - e questo non è dato di capire, si dovrà studiare successivamente - si dirà: 'tu non lo fai più da solo, ma lo fai in forma associata', non si lascia nemmeno più il comune decidere se è ancora opportuno o meno esercitare quella funzione, ma si dice già: 'no, sarà soltanto il criterio demografico a stabilire se tu potrai o non potrai fare', lascia veramente perplessi questa carenza di democrazia, non si lascia nemmeno decidere il comune.

Nella sostanza stabilendo perfino la legge provinciale modalità, tempi per l'individuazione degli ambiti territoriali entro i quali opereranno le forme di collaborazione fra comuni, si toglie l'ultima libertà agli enti locali, che è quella di stabilire con chi stare, finché si vuole stare, perché un comune ha diritto di potersi scegliere i partners per far funzionare o erogare determinati servizi e rimanere in quella partnership fintanto che crede sia opportuno e conveniente per quel comune rimanere in quell'ambito, ma poi nell'ambito lo releghiamo come una prigionia, nella quale si dipingono magari anche bene e coloritamente le barre, ma prigionia è, dal quale il comune non potrà né discostarsi né operare con altri comuni, in altri ambiti e nemmeno decidere di non volerne più far parte, non ha nemmeno più questa facoltà.

Se leggiamo attentamente l'art. 8 di questa legge, vediamo che va a modificare l'art. 51 della legge n. 1 del 1993, che parla di delibere soggette a controllo preventivo di legittimità, scorgendo poco fa che cosa recitava l'art. 13 ho visto che partiva dalla lettera a), b), c), d), e), f), g), h), i) una serie di delibere, le quali sono tuttora soggette a controllo preventivo di legittimità, vedo che con la riforma le delibere soggette a controllo si riducono soltanto a tre: la lettera a), b) ed f), scompaiono praticamente tutte, dalle convenzioni, non si controllano più preventivamente nemmeno i mutui e potremmo dire che va anche bene accettare una scommessa di questo tipo, lasciare che i comuni siano responsabilizzati, se così fosse, dopo di che la Provincia, se non è più richiesta, non si intromette più nel controllo dell'attività amministrativa.

A questo punto se tutto funziona bene, se però qui qualcosa va per il verso storto, cari colleghi della maggioranza, voi proprio della sinistra avete combattuto il duce ed il podestà, ma voi state reintroducendo la forma del duce e del podestà, perché un sindaco con i poteri che ha il sindaco, che la nuova legge gli attribuisce, con la sempre minore capacità di controllo perché il consiglio comunale approva due delibere all'anno, controlla solo e può esprimersi soltanto sul bilancio alla fine, i controlli di legittimità preventivi li riduciamo ad una mera finzione, abbiamo il timore che quello che è uscito dalla finestra rientra dalla porta, perché si rimette in piedi un monstrum

possibile che è il nuovo sindaco-podestà, spodestato dalla sinistra negli anni del dopoguerra, rimesso in piedi dalla sinistra a distanza di pochi anni, se vogliamo, ma nel momento in cui la sinistra si è trovata nelle stesse condizioni in cui i governi fascisti avevano introdotto le stesse figure. Vorrei spiegare un attimo in più le cose: la legge, quella che diventa o che potrà diventare la famosa legge 'Chiodarellum' che cosa fa nella sostanza? Stabilisce a priori che una determinata formazione, che può arrivare al 30, 31, 32 o 33%, in funzione di una regola che essa stessa si sta dando in una condizione che fa pensare che è un auto-premio, perché, guarda a caso, l'Ulivo che lavora per le riforme sarebbe l'unico in questo momento beneficiario della riforma che si sta partorendo, se i consiglieri che equivarrebbe a questo 17 o 18% che farebbe diventare una maggioranza, noi capiamo che si vuole veramente trasformare quello che è un ambito democratico in una pura pletora di chiacchierio, 'tanto sappiamo già prima ancora di andare a votare che domani governerà questo Trentino', peggio, peggio, perché qui forse riusciamo ancora a mettere qualche falla potremmo tappare di qua e di là qualche crepa con qualche pezza, vediamo per esempio che all'interno dello stesso PDS il PDS di Bolzano non gradisce, perché, a conti fatti, rischierebbe di vedersi escluso per cui a questo punto capiamo che non è tanto un sistema che va bene, ma va bene dove il sistema produce qualcosa o crea vantaggi, non va più bene alla stessa forza politica dove può creare danni o comunque non creare gli stessi vantaggi.

Credo, colleghi, che voi però non abbiate potuto non leggere, perché era già scritto ieri sulla 'Repubblica' ed è stato scritto oggi su altri giornali nazionali, cosa sta elaborando la Bicamerale sul fronte della legge elettorale. Già parlare di legge elettorale potrebbe essere - manca il nostro giurista Tosadori - una aberrazione, in quanto, caro collega attento alle problematiche costituzionalistiche, una commissione che dovrebbe parlare in termini di principio sulle riforme costituzionali, non ditemi che è una riforma o è un principio da introdurre o da modificare una legge elettorale, che mai e poi mai è stata decisa in nessuna costituzione del mondo, si stabiliscono i diritti e i doveri dei parlamentari, il numero e le garanzie, dopo di che sono altri strumenti, per lo più leggi ordinarie che stabiliscono i criteri e le modalità di come vengono eletti, con che sistemi, con che percentuali eccetera; nella nostra bicamerale si sta discutendo di una nuova legge elettorale, già questo basterebbe per definire il bestiario che partorirà questa Commissione bicamerale, ma per chi di voi non l'avesse letta, abbiate la pazienza di ascoltare per tre minuti il collega che vi sta parlando. Si sta parlando di un sistema con una soglia secca del 7%, questo già vorrebbe dire che...

(Interruzione)

DIVINA: No, questo è il primo turno, dopo te lo spiego. Chi non supera il 7% al primo turno non ha diritto di cittadinanza nel Parlamento italiano. Al secondo turno parteciperanno probabilmente i 4 candidati che hanno superato il primo turno ed a questo punto quei fortunati - e mi rivolgo a Bertinotti, a Gasperotti - che supereranno la soglia del 7% si troveranno ad una seconda porta, potranno scegliere di abbandonare tutto e gli verrà dato un premio di consolazione: 'sarai partecipe, potrai sedere in forma

simbolica al Senato o alla Camera dei Deputati, se però non accetti questa nostra proposta di essere presente in modo simbolico, corri pure, ma sappi che se al secondo turno non supererai, o ti allei con uno dei candidati che gioca per vincere nel collegio, ma se non supererai una soglia, che ora si parla del 10 o del 15% - è più probabile che finirà per essere il 15% - tu starai a casa, tu perderai anche quel preventivo regalino che ti si poteva attribuire in precedenza', Gasperotti l'avrà sicuramente letto, perché il suo leader di partito, come i rappresentanti della Lega - seppur abbia ancora valore di proposta di ambito di discussione, ma questa può essere letta come grande, e questo è il vero ribaltone, ormai ci hanno condizionati che uno sta pensando, parla di ammucciata e pensa 'inciucio', che noi nel nostro lessico trentino, nella nostra parlata fino a ieri non si sapeva nemmeno cosa volesse dire, adesso se non usiamo questo termine non riusciamo neanche più ad esprimere un concetto - questa anomala riunione di queste forze così separate che hanno lottato per il bipolarismo stanno combattendo e si stanno appoggiando, vediamo come è andata la missione in Albania, come è partita la Bicamerale, per arrivare ad una soluzione che tagli le gambe a chi è antisistema, a che in questo sistema è portare di valori propri, ma non sono valori consoni alla grande ammucciata, così Bertinotti, che dà grande stabilità all'Ulivo, sparirà, così probabilmente la Lega sarà ridotta ad una figura simbolica in questo Parlamento, questo è quello, cara assessore Chiodi, che si sta - non sono fantasie - delineando sul panorama nazionale, quello che lei ha portato o che ha presentato suppongo, visto che la Giunta regionale in qualche modo ha pur dato il battesimo alla sua legge elettorale, con dei padrini molto poco convinti, potremmo dire, in questa condizione come possiamo noi fidarci di avvallare una legge che se passa questa che ho appena illustrata a livello nazionale, che se passasse il 'Chiodarellum' a livello locale togliessimo anche la capacità di controllo...

(Interruzione)

DIVINA: Come passa il tempo! ...Agli enti, ai consiglieri comunali, avremo un sistema, un regime peggiore del sistema più totalitario che il globo conosca, questi sono rischi reali, per chi sta governando in questo momento, forse l'importante è dare risposte, la democrazia è un impedimento, a volte, la dialettica ed il confronto sono impedimenti, ma lo era anche per la grande Germania del dopo Weimar, che ha voluto un regime forte, perché la grande democrazia di Weimar ha impedito il grande assemblearismo di governare quel Paese e così fu dopo il 21, dopo il grande crac di questo Paese che si è voluto dare corpo e dare un po' di fiducia a chi garantiva che finissero gli scioperi, che si iniziasse a lavorare, un po' di ordine, un po' di disciplina, chi governa ha sempre avuto questo problema di dare risposte nel caos che il sistema democratico inevitabilmente trascina con sé, ma che lo faccia la sinistra, che ha sempre combattuto questi sistemi, questo è quello che veramente è quello che fa specie a noi ed anche questa legge porta con sé quel morbo, la difficoltà a dialogare, il preferire rispondere con la legalità, perché le regole, ora che ci siamo, le poniamo noi e con le regole si puòappare democraticamente la bocca a tutti. Perché? Perché lo dice la legge, ma questo è

un sistema, è un binario che porta ad uno dei peggiori sistemi che i regimi europei abbiano mai visto, che noi non vogliamo ripercorre, perché sono già state percorse quelle strade, chiunque sia il conduttore del vapore, con qualsiasi credenziale questo conduttore del vapore si presenti a noi.

Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz **Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini**

PRÄSIDENT: Zur Zeit haben wir keine weiteren Vormerkungen mehr.

Die Frau Abgeordnete Kury hat das Wort, bitte.

KURY: Ich muß meine Kollegen und Kolleginnen gleich zu Anfang enttäuschen. Meine Wortmeldung wird sich nicht auf die nationale Wahlreform beziehen. Ich werde auch nicht imstande sein, sämtliche Indiskretionen aus der sogenannten Bicamerale hier aufzuzählen, wie es gerade mein Vorredner imstande war und sich dabei verwundert dazu geäußert hat, daß die Zeit so schnell verfliegt.

Ich werde mich in meinem kurzen Beitrag nur darauf beschränken, zwei, drei Gedanken noch anzubringen, in Ergänzung zu den Ausführungen meiner Kollegin von vorher.

Wir reden heute - und ich denke zum ersten Mal einigermaßen auch wieder in einer geordneten Form - ausführlich von einem äußerst wichtigen Gesetz bzw. von einer Abänderung zu einem Gesetz, das doch zumindest für Südtirol große Folgen mit sich gebracht hat, nämlich vom Regionalgesetz Nr. 1 aus dem Jahre 1993. Im Jahr 1993 ist also die Gemeindeordnung reformiert worden, sie ist zum Teil auf den Kopf gestellt worden und die Auswirkungen sind groß und ich denke - vor allem was Südtirol betrifft - würde ich es nicht scheuen, das Wort verheerend zu sagen. Ich habe aber auch anlässlich des vorgeschlagenen Gesetzentwurfes festgestellt, den die Oppositionen im Trentino ausgearbeitet haben, daß offensichtlich auch im Trentino diese Gemeindeordnung zumindest als nicht ideal angesehen wird. Nun wissen wir, daß auch im Falle der Regierbarkeit der Gemeinden ein Unterschied zwischen den Trentinern und zwischen Südtirol herrscht. Wir wissen, daß in Südtirol die Mehrheiten stabil sind bzw. äußerst stabil und, daß wenn wir von Gemeinden reden, zum Großteil jene Gemeinden mit einschließen müssen, in denen die Opposition gar nicht vorhanden ist, also ein europaweit merkwürdiger Fall. Nun hat man im Jahr 1993 mit dieser Gemeindeordnung die Gemeinderäte praktisch entmachtet und alle Macht dem Ausschuß gegeben. Ich rede deshalb heute ausführlich von dieser Problematik, weil ich es, Frau Assessor Chiodi, sehr bedauere, daß wir heute in einer Nacht- und Nebelaktion diesen ihren Gesetzentwurf vorgezogen haben, der Hand an die Gemeindeordnung von 1993 legt. Durch diese Nacht- und Nebelaktion wurde verhindert, über die gesamte Gemeindeordnung zu sprechen. Ich glaube vier Jahre nach dem Erlaß dieser Gemeindeordnung wäre es einfach notwendig gewesen, ausführlich Bilanz zu ziehen von dem, was sich durch diese Gemeindeordnung geändert hat.

Ich wiederhole noch einmal meine große Bestürzung auch darüber, daß von Südtiroler Seite niemand sich dazu geäußert hat, daß es notwendig wäre, die Gemeindeordnung in Südtirol so abzuändern, daß Kompetenzen dem Gemeinderat zurückgegeben werden. Wir haben in einer Situation, wo Demokratie sowieso Mangelware ist, nämlich in Südtiroler Gemeinden und auf Landesebene ebenso, alle Macht dem Ausschuß gegeben, die Gemeinderäte entmachtet und alles das begleitet noch von der Reform der Direktwahl des Bürgermeisters. Ich denke wir sehen in den Gemeinden genauso wie auf Landesebene einen bedenklichen Prozeß der Machtkonzentration in der Händen eines Einzelnen oder des Ausschusses. Die Folge auf Gemeindeebene ist, daß sich nicht nur unter den Oppositionsparteien - sofern es sie auf Gemeindeebene überhaupt gibt - sondern auch unter den Kandidaten und Vertretern der Mehrheitsparteien zunehmend Frustration breitmacht. Kein Mensch - wenn wir ehrlich sind - hat mehr Lust im Gemeinderat zu sitzen, weil er nichts zu sagen hat, Schwierigkeiten hat an Informationen zu kommen, weil die Beschlüsse sowieso im Ausschuß gefällt werden und bis diese an die Öffentlichkeit kommen die Einspruchsfristen u.s.w. schon längst vergangen sind. Ich denke, daß dieser Prozeß der Entdemokratisierung - falls es sie je gegeben hat - bzw. der Machtkonzentration auf alle Fälle von der Einführung von Elementen der direkten Demokratie begleitet werden könnten oder müßten. Nun gab es ja in der Gemeindeordnung die Möglichkeit solche Elemente vorzusehen z.B. die Volksbefragung auf Gemeindeebene. Wir wissen alle, daß auch diese Tradition bei uns nicht vorhanden ist und daß zum Teil beschämende Beschlüsse gefaßt worden sind, was die Prozenzhürde für die Unterschriftenanzahl zur Abhaltung eines Referendums auf Gemeindeebene eben ermöglichen.

Ich möchte hier die Gelegenheit nicht verstreichen lassen, daß wir in dem Augenblick wo wir diese Gemeindeordnung abändern, mindestens bereit sind kurz darüber nachzudenken: was hat sie gebracht in diesen vier Jahren. Für Südtirol ist diese Bilanz eindeutig negativ. Ich denke man sollte auch jene Vorschläge berücksichtigen, die die Vertreter der Minderheiten im Trentino ausgearbeitet haben, denn es ist im Grunde doch im Interesse aller, die an Demokratie interessiert sind - seien sie nun bei der Mehrheit oder bei der Opposition - das Demokratie stattfinden kann, daß Diskussion und Meinungsbildung stattfinden kann und daß möglichst viele Menschen Interesse haben mitzudenken und mitzubestimmen und auch die Verantwortung für getroffene Beschlüsse zu tragen. Was momentan passiert, ist genau das Gegenteil, nämlich Frust und Demotivation macht sich breit und kein Mensch hat mehr Lust mitzudenken und mitzubestimmen.

Was jetzt im spezifischen ihren Gesetzentwurf betrifft, Frau Assessor Chiodi, da möchte ich eigentlich nur noch zwei Gedanken anfügen. Wir werden zwei Abänderungsanträge einreichen. Ich möchte sie heute schon ankündigen und sie ersuchen darüber nachzudenken, ob es nicht wichtig ist, daß man zwei Bestimmungen beibehält. Wir haben hier nichts Neues erfunden, aber wir haben gemerkt, daß zwei wichtige Bestimmungen, die in der Gemeindeordnung von 1993 angefügt waren, daß die beibehalten werden sollten und zwar geht es einmal um Artikel 44, um die Regelung wenn die Gemeinde öffentliche Dienste vergibt und zwar durch Konzessionsvergabe an

Dritte. Da war in der alten Regelung eben vorgesehen, daß bei gleicher Bewerbung auf alle Fälle die Sozialgenossenschaften und die Sozialvereine den Vorrang haben und ich denke das ist eine gute Regelung. Ich denke auch, daß es sich in Südtirol - ich kann hier nur von Südtirol reden - bewährt hat. Wir wissen es gibt eine ganze Reihe von Sozialgenossenschaften, die auch aufgrund dieser Bestimmung hier ein gutes Leben führen und ich freue mich darüber. Ich denke, das sollte man unbedingt beibehalten, und in der Neuauflage ist der ganze Artikel 44 im Hinblick auf das Bassaninigesetz anders strukturiert und damit ist diese Regelung nicht mehr vorgesehen. Ich würde sie aber trotzdem gerne einfließen lassen in den neuzuerarbeitendem Text.

Zweite Abänderung betrifft den Artikel 92. Im Artikel 92 geht es also um die Kontrolle der Gesetzmäßigkeit. Es ist vorher von meinem Vorredner Divina darauf hingewiesen worden, daß sie den alten Podestà wieder einführen möchten. Ich kann hier die Logik eigentlich nicht nachvollziehen, denn es ist ein Unterschied ob ich verlange, daß die Kompetenzen den Gemeinderat zurückgegeben werden, und das verlange ich so gut es möglich ist auszudrücken. Daß hier unbedingt die Kontrolle durch die Obrigkeit auf das Land ausgedehnt wird, das ist nicht im Sinne meines Demokratieverständnisses. Möglichst viel Macht dem Gemeinderat zurück, das Ja, und dann können wir die Kontrolle durch das Land ohne weiteres einschränken. Ich nehme an, das würde den Prozeß, daß man die Gemeinden mehr zur Verantwortung zieht, eher stärken. Allerdings ist bei diesem alten Artikel 92 im Absatz 9 vorgesehen gewesen, daß jeder Bürger Einspruch erheben kann gegen Beschlüsse des Gemeindeausschusses und das ist in Ihrem neuen Gesetz nicht mehr vorgesehen. Ich glaube, das ist eine schlechte Eliminierung des Bürgers. Wenn der Bürger nicht mehr reagieren kann auf die Entscheidungen des Ausschusses, hat er natürlich auch gar keine Lust mehr hier lange nachzuschauen was der Gemeindeausschuß überhaupt beschließt. Insofern erhöht es noch einmal jenen Prozeß, den ich vorher als negativ dargestellt habe, nämlich die Lust des Bürgers mitzuarbeiten und vor allem auch das Recht des Bürgers Einspruch zu erheben und so zu seinem Recht zu kommen. Diese beiden Abänderungen sind von uns eingebracht und wir ersuchen vor allem die zuständige Assessorin, sie heute abend noch zu überdenken und uns morgen zuzustimmen.

PRÄSIDENT: Danke, Frau Abgeordnete. Abgeordneter Willeit, bitte.

WILLEIT: Grazie, signor Presidente. Purtroppo il tempo è quello che è, posso iniziare.

Anch'io vorrei associarmi a coloro che hanno espresso il malumore circa questa anticipazione, che trova più di un consigliere impreparato o dotato di una preparazione parziale, una preparazione che servirebbe indubbiamente per discutere meglio una proposta di legge assai più importante di quanto possa apparire, in quanto riguarda il futuro assetto delle istituzioni, il futuro rapporto tra i vari livelli amministrativi ed organizzativi e non soltanto un'integrazione o una riforma parziale dell'ordinamento dei comuni, rivolta in prima linea a sopprimere i Comprensori nella provincia di Trento, ad introdurre nuove forme associative di collaborazione, a privatizzare forse qualche servizio ed a modificare il sistema dei controlli. A mio avviso

questa legge coinvolge direttamente o indirettamente il futuro ruolo dello Stato, della Regione, della Provincia, delle Province e degli enti locali. E' già stato detto, giustamente, che è normalmente lo Stato che definisce l'ambito delle autonomie locali con propria legge generale della Repubblica, in base ai due articoli citati da uno dei colleghi, gli artt. 5 e 128 della Costituzione, sappiamo anche la Regione esercita le proprie funzioni delegandole alle Province ed ai comuni, in quanto ne esistono ancora, sappiamo anche che la Provincia può delegare e non trasferire, come ha detto prima il collega Benedikter, le proprie funzioni ai comuni, ma quello che non mi risulta emerga da questo disegno di legge è un'altra cosa molto importante, a mio avviso, cioè che gli enti locali hanno le proprie competenze, hanno le competenze originarie proprie e, se leggete il testo della legge n. 1 del 1993 troveremo un articolo che parla di queste competenze proprie, ora non vedo come si possa fare rientrare queste competenze in un sistema di deleghe, non vedo proprio, eppure a leggere i testi si evince l'impressione che sia un domani la Provincia a definire l'ambito delle competenze comunali e delle forme di associazione e di collaborazione fra i comuni.

Ciò che mi meraviglia di più è questa delega alle Province a legiferare, al posto di legiferare direttamente, ferma restando la competenza della Regione in materia di ordinamento dei comuni e delle comunità montane, la delega alle Province di determinare le funzioni di cui all'art. 2, tra le quali ne troveremo tantissime di originariamente proprie dei comuni, non da trasferire, non da trasferire o da delegare, al massimo da determinare, a meno che non si preveda una competenza residuale generale del comune, che non si dica che ciò che è riservato allo Stato, alle Regioni, alle Province è del comune e basta, ed allora non occorre definirlo, ma se ciò non avviene bisogna distinguere la funzione che è del comune sin dall'inizio da quella che viene trasferita da un altro ente.

Si delega alle Province di determinare il modo di esercizio delle funzioni, in modo singolare, associativo, attraverso strutture di altri enti, si delega alla Provincia la disciplina dell'ambito territoriale per le forme associative e collaborative e così via, ma a prescindere, direi, dalla legittimità costituzionale di questa delega a legiferare, a me pare che questa forma scelta dalla legge regionale non comporti soltanto un decentramento o un decentramento solo fittizio, in quanto la legge provinciale di domani non è una facoltà, ma un vincolo, un dovere, e questa legge provinciale nuovamente comporta una restrizione necessariamente dell'autonomia locale, alla quale deve essere conservata la libertà di scelta delle forme associative, delle forme per esercitare le proprie funzioni, soprattutto quelle proprie, non trasferite, non delegate.

Un secondo punto mi preme in particolare modo e desidero chiedere all'assessore Chiodi una risposta chiara nella sua replica, questo secondo punto riguarda la valenza territoriale di questa proposta di legge; mi si dica nella replica chiaramente quali istituti di questa proposta di legge riguardano Trento e quali riguardano Bolzano, normalmente una legge regionale di questo tipo dovrebbe riguardare la Regione, l'intero territorio, normalmente, ma siccome siamo - lo ripeto - in fase di liquidazione dell'ente che sta legiferando, di cui questa stessa proposta è un esempio, siccome siamo in questa fase, debbo chiedere precise informazioni su ciò che riguarda una Provincia e ciò che

riguarda l'altra, perché diversamente non sono nemmeno in grado di formulare eventuali proposte di emendamento.

Vorrei anticipare ancora una sola cosa, che riguarda i criteri di delimitazione dell'ambito territoriale per l'esercizio delle funzioni associative. Prendo atto con soddisfazione che questo progetto di legge nell'art. 3 comprende fra i criteri per la delimitazione dell'ambito territoriale in questione anche quelli posti a salvaguardia delle minoranze etniche e linguistiche, si parla chiaramente 'omogeneità e positiva integrazione delle caratteristiche geografiche socio-economiche e sufficiente grado di identificazione e comunanza nelle caratteristiche etnico-linguistiche e nelle tradizioni storico-culturali della popolazione', in ogni caso deve essere assicurata unicità di ambito territoriale ai comuni ladini della Provincia di Trento' individuati dall'articolo tale della norma di attuazione dello Statuto di autonomia. Prendo atto con soddisfazione di questa norma, ma debbo chiedere se e in quale misura vale per la Provincia di Bolzano, se e in quale misura può essere introdotta con un emendamento nella Provincia di Bolzano ed applicata anche alla comunità comprensoriale. Perché? Il perché lo sapete, ciò che vale per le minoranze della Provincia di Trento vale indubbiamente anche per quelle della Provincia di Bolzano e trattasi di coordinare questa proposta di legge con quella sull'ordinamento delle comunità comprensoriali nella Provincia di Bolzano.

Direi di fermarmi qui e, se ne avrò voglia, continuerò domani mattina.

PRÄSIDENT: Wir stimmen ab über den Übergang zur Sachdebatte. Abgeordneter Willeit, sind Sie noch nicht fertig. Dann wollen wir das respektieren und stimmen über den Übergang zur Sachdebatte noch nicht ab.

Wir setzen die Arbeiten morgen fort. Um 9.15 Uhr ist das Präsidium einberufen und um 10.00 Uhr setzen wir die Arbeiten wie üblich fort. Um 9.00 Uhr ist auch die Wahlprüfungskommission einberufen. Bitte zu beachten. Danke. Ich wünsche einen schönen Abend.

(ore 18.00)

INDICE

In discussione congiunta:

Disegno di legge n. 86:

Modifiche alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 (Nuovo ordinamento dei Comuni della Regione Trentino-Alto Adige) (presentato dalla Giunta regionale)

Disegno di legge n. 74:

Modifiche alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 (Nuovo ordinamento dei Comuni della Regione Trentino-Alto Adige). Ordinamento delle comunità montane e principi sul decentramento amministrativo (presentato dai consiglieri regionali Valduga, Zanoni e Giordani)

pag. 22

Interrogazioni e interpellanze

pag. 65

INHALTSANGABE

In vereinheitlichter Debatte:

Gesetzentwurf Nr. 86:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 (Neue Gemeindeordnung der Region Trentino-Südtirol) (eingebracht vom Regionalausschuß)

Gesetzentwurf Nr. 74:

Änderung des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 (Neue Gemeindeordnung der Region Trentino-Südtirol). Ordnung der Berggemeinschaften und Grundsätze für die Verwaltungsdezentralisierung (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Valduga, Zanoni und Giordani)

Seite 22

Anfragen und Interpellationen

Seite 65

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

DENICOLO' Herbert Georg (<i>Gruppo Südtiroler Volkspartei</i>)	pag.	4
GRANDI Tarcisio (<i>Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.</i>)	"	5
ZANONI Danilo (<i>Gruppo Partito Popolare Italiano</i>)	"	5
PALERMO Carlo (<i>Gruppo Misto</i>)	"	7
KLOTZ Eva (<i>Gruppo Union für Südtirol</i>)	"	8-21-38
ZENDRON Alessandra (<i>Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc</i>)	"	9-50
TAVERNA Claudio (<i>Gruppo Alleanza Nazionale</i>)	"	11-12
DALBOSCO Marco (<i>Gruppo La Rete</i>)	"	15
LEITNER Pius (<i>Gruppo Die Freiheitlichen</i>)	"	16
BONDI Mauro (<i>Gruppo P.R.I. - A.T. - P.S.D.I.</i>)	"	17
GASPEROTTI Guido (<i>Gruppo Solidarietà - Rifondazione</i>)	"	17
BENEDIKTER Alfons (<i>Gruppo Union für Südtirol</i>)	"	19-35
MORANDINI Pino (<i>Forza Italia - C.D.U.</i>)	"	20
ATZ Roland (<i>Gruppo Südtiroler Volkspartei</i>)	"	20-25
CHIODI-WINKLER Wanda (<i>Gruppo Partito Democratico della Sinistra</i>)	"	22-32

VALDUGA Guglielmo (Gruppo Partito Popolare Italiano)	pag.	26-42
CIGOLLA Luigi (Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.)	"	31
TOSADORI Maurizio (Gruppo Lega Nord Trentino-minoranze etniche per l'indipendenza della Padania)	"	48
DIVINA Sergio (Gruppo Lega Nord Regione Trentino-A.A. per l'indipendenza della Padania)	"	53
KURY Cristina Anna (Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)	"	59
WILLEIT Carlo (Gruppo Ladins - Autonomia Trentino Integrale)	"	62